

Abg. **Bensch** (CDU): Herr Staatsrat, erst einmal vielen Dank für die Informationen! Sie haben davon gesprochen, dass aktuell auch eine Untersuchung stattfindet. Wann wird diese Untersuchung abgeschlossen sein, und wird der Deputation für Gesundheit dann ein Bericht vorgelegt?

Staatsrat Härtl: Wir rechnen mit dem Abschluss dieser Untersuchung im April dieses Jahres.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Bensch** (CDU): Ja, noch einmal zum Nachhaken! Das heißt, nachdem das Ergebnis vorliegt, werden wir dann in der Deputation für Gesundheit selbstverständlich unterrichtet?

Staatsrat Härtl: Selbstverständlich, Herr Bensch!

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Entwicklung Grünpfeil**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Strohmann, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele grüne Pfeile wurden in den letzten drei Jahren im Stadtgebiet entfernt und wie viele wurden neu angebracht?

Wie bewertet der Senat die Nutzung des Grünpfeils?

Plant der Senat, in den nächsten Jahren die Nutzung des Grünpfeils im Stadtgebiet weiter auszubauen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird ebenfalls von Herrn Senator Dr. Lohse beantwortet.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Im Zeitraum von 2011 bis Februar 2014 wurden fünf Grünpfeilschilder demontiert; der Abbau eines weiteren Schildes befindet sich derzeit in der Umsetzung. Im selben Zeitraum wurde ein Schild mit grünem Pfeil an einer Lichtsignalanlage montiert.

Zu Frage 2: Das Grünpfeilschild ist grundsätzlich geeignet, den Verkehrsfluss zu fördern und damit die Wartezeiten sowie Stauzeiten für Verkehrsteilnehmer an Lichtsignalanlagen zu reduzieren, wodurch sich die Leistungsfähigkeit der entsprechenden Verkehrsknoten erhöhen kann. Andererseits wird der Grünpfeil von Behinderten-, Fußgänger- und Radfahrerverbänden wegen Einschränkungen der Verkehrssicherheit kritisch gesehen. Insofern muss seine Anwendung verantwortlich im Einzelfall abgewogen werden. Dies geschieht auf Basis einer Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung. Diese fordert eine regelmäßige Auswertung des Unfallgeschehens. Sie definiert außerdem Bereiche, an denen Grünpfeile nicht verwendet werden dürfen, beispielsweise an Schulwegen, im Fall von mehreren Rechtsabbiegerspuren und bei Beidrichtungsradverkehr.

Zu Frage 3: Seit 15 Jahren werden in Bremen Grünpfeilschilder angeordnet. Nach der Montage eines jeden Schildes wird die Verkehrssituation kritisch beobachtet, und im Bedarfsfall werden die Pfeilschilder wieder demontiert. Dieses Verfahren hat sich bewährt und soll zukünftig fortgesetzt werden. Eine Erweiterung darüber hinaus ist nicht geplant. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Strohmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Ja! Herr Senator, Sie sprachen gerade von einer Abwägung. Hat es bei diesen fünf abmontierten Schildern die Abwägung gegeben, da dort ein beidseitiger Fahrradweg gebaut wurde, oder hat es andere Gründe dafür gegeben, die Schilder abzumontieren?

Senator Dr. Lohse: Ich kann Ihnen das jetzt nicht für jeden dieser fünf Einzelfälle sagen. Ich habe die Kriterien, nach denen das erfolgt, genannt, und ich gehe davon aus, dass es bei jedem einzelnen dieser fünf Fälle mindestens eines dieser Kriterien als stichhaltigen Grund dafür gegeben hat. Ich sage einmal so: Die Verkehrssicherheit ist für uns ein hohes Gut. Wir wissen, dass wir eine vergleichsweise hohe Unfallrate hier in Bremen bei Radfahrern und auch bei Schülern haben, und deswegen ist es uns besonders wichtig, auf diesen Aspekt zu achten.

Präsident Weber: Herr Kollege Strohmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein!)

Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saxe!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben das Stichwort Verkehrssicherheit schon genannt! Eine ganz wichtige Regel bei der Nutzung des Grünpfeils ist ja, dass der Fahrzeugführer - das kann auch ein Fahrradfahrer sein - durchaus an der Haltelinie anhalten muss wie bei einem Stoppschild. Es gibt Untersuchungen dazu, dass 77 Prozent der Fahrzeugführer - ob nun als Fahrradfahrer oder als Autofahrer - diese Regeln nicht beachten oder sie übertreten. Was ist von einer Regel zu halten, die in ihrem wichtigsten Bestandteil den meisten Leuten nicht bekannt ist und nicht beachtet wird? Was können wir tun, damit das besser wird, denn wir wollen ja die Sicherheit an diesen Grünpfeilen verbessern?

Senator Dr. Lohse: Herr Saxe, leider ist die Frage des grünen Pfeils nicht die einzige, bei der die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer die Verkehrsregel nicht kennen. Ich darf daran erinnern, wir haben zulässige Höchstgeschwindigkeiten, die von manchen Verkehrsteilnehmern als vorgeschriebene Mindestgeschwindigkeiten interpretiert werden und unabhängig davon gibt es ja auch andere Regeln, ich muss meine Autogeschwindigkeit dem Verkehrsfluss anpassen, dem Umfeld und so weiter.

Die Tatsache aber, und da haben Sie völlig recht, der mangelhaften Kenntnis dieser Regel - anhalten und sich überzeugen zu müssen, ob wirklich niemand gefährdet ist, bevor dann vom grünen Pfeil und dem Fahrtrecht Gebrauch gemacht wird - kann nur zur Folge haben, dass wir zum einen immer wieder versuchen aufzuklären, das immer wieder bekannt zu machen. Zum anderen ist dies mit ein Grund für den relativ zurückhaltenden Einsatz weiterer grüner Pfeile. Ich habe die Zahlen genannt, fünf sind weggenommen worden, einer ist hinzugekommen. Ich gehe nicht davon aus, dass wir in Zukunft in großer Zahl Schilder mit grünen Pfeilen montieren werden. In Einzelfällen müssen wir immer damit rechnen, dass ein Beirat in einem Stadtteil gern einen hätte, dann müssten wir auch das mit Rücksicht auf die Rechte der Beiräte natürlich ernsthaft prüfen, aber wir werden diese Sicherheitsaspekte in jedem Fall sehr ernst nehmen dabei.

Präsident Weber: Herr Kollege Saxe, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

(Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf den **Sportpark in der Überseestadt**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dr. Korol, BIW.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Warum wurden Grundzüge des rechts-gültigen Bebauungsplans für das Gebiet Überseestadt maßgeblich verändert, indem der vorgesehene Park von einer Grünfläche, Park, zu einem Sportpark für ganz Bremen umgewidmet wurde, ohne dass der Senat seiner Pflicht zur öffentlichen Neuauslage des Plans nachgekommen wäre, mit dem Ergebnis, dass er damit den Anwohnern ihr Einspruchsrecht nahm?

Zweitens: Welchen Ausgleich gedenkt der Senat Bewohnern der Überseestadt für den Verlust der Wohnqualität aufgrund der - möglicherweise - rechtswidrigen Errichtung dieses Sportparks zu leisten?

Drittens: Weshalb müssen die Betriebs- beziehungsweise Erhaltungskosten für den Sportpark, dessen Sportflächen aufgrund ihrer Einzigartigkeit ausdrücklich zur Nutzung für ganz Bremen eingerichtet werden, von der Überseestadt getragen werden?

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, auch diese letzte Frage wird beantwortet von Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bebauungsplan 2435 „Überseeparkanlage“ ist seit dem 11. September 2013 rechtsverbindlich. Er ersetzt für den Teilbereich der Parkanlage den Bebauungsplan 2335. Der Bebauungsplan 2435 setzt öffentliche Grünfläche mit den Zweckbestimmungen Sport- und Spielplatz, Parcours, Tanzboden und Spielplatz sowie Parkanlage fest. Er lag vom 25. Januar bis 25. Februar 2013 öffentlich aus. Parallel zum Bauleitverfahren wurde eine breit angelegte Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugendlichen, durchgeführt.

Zu Frage 2: Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens für den Bebauungsplan 2435 wurden die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umgebung untersucht. Nachteilige Umweltauswirkungen auf Erholung, Stadt- und Landschaftsbild werden durch das Vorhaben nicht ausgelöst, im Gegenteil, es werden die Qualität des Stadtbildes ver-

bessert und neue Erholungsmöglichkeiten geschaffen. Die schalltechnische Untersuchung zeigt, dass die gewählte räumliche Anordnung der Skateranlage beziehungsweise der Fußballplätze geeignet ist, schalltechnische Konflikte an den Gebäuden in den Mischgebieten zu vermeiden. Die Werte der Freizeidlärm-Richtlinie können an diesen Gebäuden werktags sowohl außerhalb als auch innerhalb der Ruhezeiten und sonntags eingehalten werden.

Zu Frage 3: Entsprechend des Ersten Ortsgesetzes über Kinderspielflächen in der Stadtgemeinde Bremen sind Kinderspielflächen beim Neubau von Wohnungen auf dem Grundstück oder in dessen Nähe als Einzelanlagen oder Gemeinschaftsanlagen zu errichten oder abzulösen. Mit den Wohnungsbauinvestoren der Überseestadt besteht Einvernehmen darüber, dass anstelle der im direkten Wohnumfeld zu schaffenden Spielplätze der Bau einer öffentlichen, zusammenhängenden und für alle Altersgruppen interessanten Spiel- und Freizeitanlage für die Überseestadt deutlich attraktiver und familienfreundlicher ist. Daher beteiligen sich die Wohnungsbauinvestoren an der Umsetzung der Spiel- und Sportanlagen im Überseepark. Eine entsprechende Finanzierungsregelung wurde durch die Wirtschafts-, Sozial- und Baudeputationen im Mai und Juni 2013 beschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Korol, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Herr Senator, Sie erwähnen Jugendliche, mit denen gesprochen worden sei, Sie erwähnen Wohnungsbauinvestoren, mit denen gesprochen worden sein. Kein Zweifel, dass dem wohl so ist! Hat irgendjemand aus Ihrer Behörde mit den Bewohnern der bisher rund 300 Wohnungen über diese Umwidmung gesprochen, die ja nun wirklich grundsätzlicher Art ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Herr Korol, ich hatte ja mit der Antwort vorgetragen, dass der Bebauungsplan vom 25. Januar bis 25. Februar 2013 auslag. Diese öffentliche Auslegung dient der Information der Öffentlichkeit, und Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihren Rechten tangiert fühlen, haben die Möglichkeit, im Rahmen eines solchen öffentlichen Auslegens ihre Einwände vorzutragen.

(Abg. Dr. Korol [BIW]: Darf ich?)

Präsident Weber: Bitte sehr, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Wie viele Anfragen, Herr Senator, von den Bewohnern in dieser Angele-

genheit - in etwa zweistelliger Höhe - wurden bisher von Ihrer Behörde oder vom Senat beantwortet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das habe ich jetzt nicht recherchiert, Herr Korol, aber ich werde Ihnen die Zahl gern nachreichen.

(Abg. Dr. Korol [BIW]: Danke schön! Eine letzte Frage noch!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Herr Senator, kennt der Senat diesen wunderschönen Plan der Überseestadt, DIN A3, vierfarbig, herausgegeben von der Tourismuszentrale Bremen im Juni 2013? Ist dem Senat vielleicht aufgefallen, dass dieser Plan den Überseepark zeigt, aber nicht den Sportpark, über den wir gerade sprechen, der ja bitte schön in drei Monaten fertig gestellt sein wird? Weiß der Senat, dass dieser Plan immer noch Miet- und Kaufinteressenten von Wohnungen in der Überseestadt als der neueste Stand angeboten wird, so etwa mir am letzten Sonntag zwischen 14.00 und 16.00 Uhr, und wie beurteilt der Senat das?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Herr Korol, das Baurecht ist nicht in Werbeprospekten niedergelegt, sondern in Bebauungsplänen, die, bevor sie als Satzung beschlossen werden, öffentlich ausgelegt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich nehme den Hinweis auf und werde ihn weitergeben an die Kollegen, dass man darüber nachdenkt, das an dieser Stelle dann zu aktualisieren, wenn man eine Neuauflage dieses Plans macht. Es ist ja richtig, wenn er aus dem Jahr 2013 ist, möglicherweise gibt er auch einen älteren Stand wieder, das kann passieren, dann müssen wir an der Stelle sehen, dass wir tatsächlich aktuelle Unterlagen haben.

Präsident Weber: Herr Dr. Korol, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

(Abg. Dr. Korol [BIW]: Danke, nein! Danke, Herr Senator!)

Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Krümpfer! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Herr Senator, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass im Rahmen der

demografischen Entwicklung, die ja auch in unserer Stadt dazu führt, dass uns Kinder und Jugendliche fehlen, gerade solche Baugebiete und auch viele andere Gebiete möglichst mit öffentlichen Spiel-, Bewegungs- und Sporteinheiten für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden sollten?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Frau Krümpfer, ich teile die Auffassung ausdrücklich! Einer der schönsten Sätze, die ich in diesem Haus gehört habe - es ist ungefähr zwei Jahre her -, war der Satz: Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Ich glaube, das ist die Art und Weise, wie wir auf diese Art von Geräuschentwicklung reagieren sollten.

Ich möchte auch ganz deutlich sagen an der Stelle, es ist ja in der Frage auch indirekt kritisiert worden, dass das Einzugsgebiet dieser Spiel- und Sportanlage größer ist: Auch das begrüße ich ausdrücklich! Wir wollen ja gerade die Verbindung des alten gewachsenen Bremer Westens, von Walle und Gröpelingen, mit der Überseestadt. Ich finde, es gibt nichts Besseres als das, was wir hier in allen Gremien gemeinsam beschlossen haben, in den öffentlichen Verfahren entwickelt haben, dass wir nämlich genau diese Verbindung schaffen und damit die Überseestadt auch öffnen, erschließen und damit auch für eine Vernetzung zwischen den Stadtteilen und für den sozialen Zusammenhalt sorgen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Krümpfer [SPD]: Nein, danke!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Winston Churchill soll auf die Frage, warum er solch ein hohes Alter erreicht hat, geantwortet haben: „First of all: No Sports!“ Herr Kollege Kastendiek, auf Sie trifft das nicht zu.

Seien Sie herzlich willkommen, wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre Genesung!

(Beifall)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens, auf Antrag der Abgeordneten Frau Bernhard, Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE das Thema „Aufgegeben, verkauft, verpennt? Senat verpasst den Anschluss in der Grohner Düne“, und zweitens, auf Antrag der Abgeordneten Dr. vom Bruch, Kau, Röwekamp und Fraktion der CDU das Thema „Freihändige Vergabe an Ex-Senator statt Verkauf an Höchstbietenden - Rot-Grün mauschelt bei Büroпарк“.

Ich rufe nun auf das erste Thema der Fraktion DIE LINKE auf. Es lautet:

Aufgegeben, verkauft, verpennt? Senat verpasst den Anschluss in der Grohner Düne

Außerdem rufe ich das zweite Thema der Fraktion der CDU mit folgendem Wortlaut auf:

Freihändige Vergabe an Ex-Senator statt Verkauf an Höchstbietenden - Rot-Grün mauschelt bei Büroпарк

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse sowie Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Grohner Düne. Im März sind 420 Wohnungen in der Grohner Düne an Grand City Property verkauft worden. Die GEWOBA und der Bausenator in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender haben mitgeboten, sind aber nicht zum Zuge gekommen. Ich kann hier nur feststellen - das ist etwas, das mir sehr am Herzen liegt -, dass hier die soziale Stadtentwicklung inklusive dem Anspruch, Wohnungsbauentwicklung mit zu integrieren, ziemlich vor die Wand gelaufen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch den Verkauf von über 420 Wohnungen im größeren, ringförmigen Block hätte an dieser Stelle die Chance bestanden, diesen Wohnungsbestand wieder in kommunalen Besitz zurückzuführen. 150 weitere Wohnungen stehen in diesem Gebiet zum Verkauf, möglicherweise wird es jetzt funktionieren, dass die GEWOBA sie tatsächlich kauft. Die einzigartige Chance, hier zu sagen, an diesem Standort hätten wir es möglich gemacht, tatsächlich wieder kommunalen Wohnungsbau zu

betreiben, und zwar in der Weise, dass diese Wohnungen entsprechend instand gehalten werden und bewohnbar sind, ist eine Chance, die wir gerade an dem Standort hätten auf jeden Fall wahrnehmen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Grohner Düne, das wissen wir alle, wird gefördert über das Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“, und selbstverständlich ist hier auch ein WiN-Gebiet. Beides sind letztendlich großartige Programme, die auch ihren Sinn haben, denn die Grohner Düne ist ein virulenter sozialer Brennpunkt. Wir haben dort gerade auch ein Projekt nicht gerade sehr erfolgreich zu Ende geführt, das Projekt „Pro Düne“ ist nämlich gescheitert. Hinzu kommt noch erschwerend, dass wir eine Vielzahl von Problematiken genau an diesem Ort haben. Jetzt ist es so, dass wir vor einer eigentlich komplett verfehlten Stadtteilpolitik stehen.

Wenn wir uns noch einmal die Zahlen und die Historie in Erinnerung rufen: Die Grohner Düne ist in den Siebzigerjahren gebaut worden. Es gibt etwa 470 Wohnungen in zwei Blöcken, aktuell wohnen 1 500 Menschen dort. Die durchschnittliche Wohndauer liegt im Verhältnis zum Ortsteil bei ungefähr einem Drittel. Der Migrationsanteil ist hoch, die ethnischen Communities haben in mehreren Schüben gewechselt. Das kann man als Problem diskutieren, es ist letztendlich aber auch ein Anspruch, dem wir uns als Stadt stellen müssen, um uns mit genau diesen Problematiken auseinanderzusetzen und sie in Angriff zu nehmen.

Die Düne ist eine Wohnanlage, für die Integration wichtig ist. Hier findet Zuwanderung statt. Ich kann Ihnen sagen - ich kenne Stadtteilpolitik aus meiner zehnjährigen beruflichen Erfahrung -, wir haben integrierte Handlungskonzepte, wir haben eine Vielzahl von Ansätzen, wir wissen ganz genau, wo die Probleme der Jugendlichen, der Kinder, bei Hortplätzen bis hin zur Qualifizierung in den Schulen, bei Arbeitsplätzen und insbesondere in der Wohnsituation liegen. Wir haben die Erfahrungen in Tenever gemacht, wir haben diesen Stadtteil tatsächlich wieder herausbefördert und ihn positiv entwickelt. Die Grohner Düne ist momentan ein Negativbeispiel, und ich kann in keiner Weise nachvollziehen, warum man diese Möglichkeit hat einfach vorüberziehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Inzwischen ist bekannt geworden, dass dieser Verkauf ja nicht so überraschend kam. Im August 2012 hatte die Sozialsenatorin in einem Bericht in

der Sozialdeputation erklärt, dass Gespräche bezüglich eines Rückkaufs der Grohner Düne nicht bekannt seien. Spätestens im Juni 2013 wurde der GEWOBA jedoch der Bestand angeboten, und zwar für circa 22 Millionen Euro, auch das konnte man in den letzten Tagen der Presse entnehmen. Daraufhin haben sich - der Senator nannte es vorhin, wir haben das im Auge - die GEWOBA und der Senator zusammen aufgerafft und gemeint, dass es ja eine Möglichkeit wäre, diesen Bestand tatsächlich wieder in den kommunalen Besitz zurückzuführen, und sie haben geboten. Die GEWOBA bestätigte, dass man in Verhandlungen stand.

Grundsätzlich wäre das ja positiv zu bewerten, offenbar schleppte sich das Ganze aber dermaßen lange hin, und dem war eine, sagen wir einmal, leichte Unentschlossenheit zu entnehmen, denn irgendworan muss es ja gelegen haben, dass es nicht funktioniert hat. Jetzt ist der Bestand weg. Die Tatsache, dass auf eine schreckliche Heuschrecke jetzt eine noch schrecklichere Heuschrecke folgt, muss uns wirklich schwer zu Denken geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wieso hat man diese Verkaufsverhandlungen dermaßen vernachlässigt? Warum ist niemand informiert worden? Warum hat man das nicht anders gelöst? Wir haben mehrfach darüber diskutiert, dass die Gewinnausschüttungen der GEWOBA in bestimmten Bereichen durchaus für so etwas zu verwenden wären. Jetzt stellen wir aber fest, dass wir zu einer gewissen Handlungsunfähigkeit neigen. Meine Fraktion hat erst vor Kurzem den Vorschlag gemacht, dass wir ein Sondervermögen „Wohnen“ einrichten, das wäre auch eine Möglichkeit gewesen, darüber Mittel zur Verfügung zu stellen. Jetzt haben wir das Problem, dass sich das Spekulantenkarussell fröhlich weiterdreht.

Wir haben seit Längerem eine Welle von großen Immobilienverkäufen. Das hat damit zu tun, dass große Bestände, die weltweit zusammengekauft worden sind, jetzt zur Refinanzierung anstehen, sie sind mit Krediten gekauft worden, die jetzt umgeschuldet werden müssen. Die Deutsche Wohnen AG zum Beispiel, der letzte Besitzer der Grohner Düne, hat im Sommer 2012 ein Paket von 23 000 Wohnungen gekauft, und darin waren auch die Wohnungen der Grohner Düne enthalten. Spätestens im Sommer 2013 wurde bekannt, dass die Deutsche Wohnen AG sie verkaufen möchte, das ist im Rahmen dieses Pakets ein vergleichbar winziger Bestand. Diese Größenordnungen, die über den Tisch gehen, muss man sich einmal verdeutlichen, das sind Beträge von

500, 600 Millionen Euro. Hier wäre es aber für Bremen ein riesiger Schritt gewesen, tatsächlich einmal zu investieren und ein Stück weit über den Tellerrand zu schauen.

Wenn der Senat jetzt verlautbaren lässt, man habe hier sehr wohl Interesse bekundet und mitgeboten, aber der Verkäufer habe die ganze Zeit auch mit anderen Interessenten verhandelt, dann muss man sich ja denken: Na ja, wovon wollen wir denn auch ausgehen? Ich meine, sämtliche Teenager bei eBay lernen, dass man letztendlich mitbieten muss.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf dem Weg bekommen sie auch nicht alles!)

Die Frage ist doch nicht, wie man das letztendlich an der Stelle - -. Man kann ja nicht weiterhin darüber überrascht sein, oder? Die Frage ist ja: War es zu wenig Geld, hat man zu lange gewartet, oder wie ist dieses Desinteresse zu erklären?

Mit der gleichen Haltung - wir haben vorhin schon kurz darüber in der Fragestunde gesprochen - schaut der Senat ja zu, wie derzeit 9 500 Wohnungen aus alten Beständen der Bremischen unter Wert verkauft werden. Sie sollen jetzt von Vitus Immobilien zur Deutschen Annington übergehen, auch das sind Bestände in Bremen-Nord. Auch in anderen Stadtteilen hätte man die Chance zu rekommunalisieren. Die Wohnungen gehen hier - und das ist auch bei der Grohner Düne so - für etwa 50 000 Euro pro Wohnung über den Tisch, und das ist nun wirklich nicht teuer, ganz im Gegenteil, das ist das berühmte preiswerte Segment, das hier verkauft wird. Hier dazwischen zugehen wäre deutlich günstiger als jedes Neubauprogramm. Die Schlacht um das preiswerte Wohnen wird ja nicht auf dem Stadtwerder oder in der Überseestadt geschlagen, sondern in Grohn, Gröpelingen, Lüssum und Kattenturm, in Stadtteilen mit sozialem Wohnungsbedarf.

Der Bürgermeister - ich möchte noch einmal kurz darauf eingehen - hat im letzten Jahr in der Liebfrauenkirche beim Aktionsbündnis „Wohnen ist ein Menschenrecht“, verantwortungslose Besitzer vermieteter Schrottimmobilien scharf kritisiert. Er würde sich die Krätze ärgern, dass solche Spekulanten möglichst viel Miete verlangen, dabei aber nichts investieren. Die Behörden könnten aber kaum etwas dagegen tun. Wörtlich sagte er: „Wir haben im Grunde keine richtige Antwort.“ Zur gleichen Zeit besteht die Möglichkeit, hier tätig zu werden für einen vergleichsweise überschaubaren Preis mit einer relativ niedrighschwelligeren Möglichkeit.

Ich möchte Ihnen noch einmal in das Gedächtnis rufen, wovon wir hier eigentlich reden! Wenn wir Stadtteilpolitik ernst nehmen mit den sozialen Problemen, die wir dort haben - und gerade dort in der Grohner Düne sind wir weit von einer Lösung entfernt -, hängt es davon ab, dass man letztendlich ein Wohnumfeld hat, in dem man sich auch gern aufhält, in dem man existieren möchte. Ich meine, wo brechen wir uns denn mit relativ vielen kleinen Projekten nicht die Ohren, um zu sagen, man macht noch eine Hauswand schöner et cetera.

So sieht es doch aus! Wie lange haben wir um die Neuwieder Straße gekämpft, und dann müssen sie dort mit Wohnungen zurecht kommen, in denen der Aufzug nicht geht, die Fenster verschimmeln und irgendetwas von der Hauswand herunterfällt? Ich meine, welche Art sozialen Kapitals soll denn dort noch entstehen? Ich frage mich wirklich: Warum haben Sie das vorüberziehen lassen?

Die Aussage von Herrn Senator Lohse - das muss ich ganz ehrlich sagen -, wir haben das im Auge, die, finde ich, ist an dem Punkt ein Armutszeugnis. Ich kann überhaupt nicht mehr nachempfinden, warum wir da nichts gemacht haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann, Fraktion der SPD.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, die grüne Düne, die Grohner Düne

(Abg. Röwekamp [CDU]: Die grüne Düne! Die grüne Drohne!)

ist ein entscheidender sozialer Brennpunkt, wenn nicht sogar der soziale Brennpunkt in Bremen. Für die 1 500 Menschen - Frau Kollegin Bernhard hat es gesagt, 1 500 Menschen wohnen dort -, die in dieser Wohnanlage wohnen, ist es eine Zumutung, so muss man es sagen, unter welchen Bedingungen sie dort leben müssen. Die Lösung dieses Problems ist für eine nachhaltige, verantwortungsbewusste Quartiersentwicklung im Zentrum Vegesacks von ganz entscheidender Bedeutung.

Aus der Presse konnte man erfahren - und auch ich habe es aus der Presse erfahren -, dass 422 Wohneinheiten an die Grand City Property und nicht an die GEWOBA verkauft worden sind. Ich möchte auch für die SPD-Bürgerschaftsfraktion

ganz eindeutig sagen, das ist eine verpasste Chance!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die reale Praxis dieser Heuschrecke am Wohnungsmarkt betrachten, so müssen wir nur auf die Bestände der beiden Blocks in der Neuwieder Straße in Osterholz-Tenever schauen, die zu diesem Unternehmen gehören. Es geht dieser Gesellschaft - und das zeigt ihr praktisches Handeln - nicht um menschenwürdige Wohnungen für ihre Mieterinnen und Mieter. Es geht ihr nicht um den Erhalt der Bausubstanz und der sozialen Stabilität im Umfeld der eigenen Immobilien, es geht ihr - so ist mein Eindruck - ausschließlich um eine hohe Rendite und die Abschreibungsmöglichkeit eines Hedgefonds.

Die berechtigten Interessen und Anforderungen der betroffenen Menschen werden außer Acht gelassen, das darf in unserer Stadt kein legaler Zustand werden. Ich möchte noch einmal betonen, dass der andere Bereich der Neuwieder Straße hervorragend saniert worden ist. Dort haben wir auch durch das große Engagement der Menschen vor Ort viel erreicht. Aber es darf nicht sein, dass dies für die beiden Blocks in der Neuwieder Straße, für die Grohner Düne und auch für andere Wohnquartiere unserer Stadt zum Standard erhoben wird.

Für die Wohnungspolitik ist eine Strategie notwendig, die in enger Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Verantwortungsbewussten dieser dem Gemeinwesen verpflichteten Wohnungsbaugesellschaften den Heuschrecken wirksam etwas entgegengesetzt. Notwendig sind nicht nur richtige Analysen, Problembeschreibungen und Papiere, sondern in diesem Bereich muss endlich gehandelt und umgesetzt werden.

Frau Kollegin Bernhard, gestatten Sie mir einen Einschub! Ich möchte für mich, auch für die SPD, und ich bin der Auffassung, auch im Namen unseres Koalitionspartners, ganz deutlich sagen, dass wir von der LINKEN keinen Nachhilfeunterricht, der die soziale Stadtentwicklungspolitik betrifft, brauchen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte aber auch gleichzeitig sagen - und ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört -, dass ich vielen Punkten, die Sie hier in der Debatte entwickelt haben, persönlich zustimme und ihnen auch inhaltlich nahestehe. Ich glaube, auf dieser Ebene sollten wir auch weiter diskutieren. Wir als SPD stehen für eine Politik der Stärkung

der Quartiere mit besonderem Förderbedarf sowie für die Entwicklung und Durchsetzung von bezahlbarem Wohnraum im Neubaubereich und auch im Bestand. Diese Politik setzt eine starke GEWOBA voraus.

Meine Damen und Herren, es ist ein Stück aus dem Tollhaus und ein durchsichtiges Manöver, wie die CDU in der Debatte zur Grohner Düne auftritt. Ich erinnere mich noch sehr genau, Sie waren es doch, die schon seit Jahren die GEWOBA verkaufen wollten. Es ist noch gar nicht so lange her, dass wir gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern, mit der Bevölkerung vor Ort, Aktionen entwickelt und Unterschriften gesammelt haben. Ich glaube, das sollte man nicht vergessen.

(Abg. Imhoff [CDU]: Geschenk! - Abg. Kastendiek [CDU]: Das ist geschenkt!)

Das ist geschenkt, selbstverständlich, Herr Kastendiek!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Genützt hat euch die Beteiligung auch nicht!)

Nein, aber wir haben dafür gekämpft, und ich glaube, das war auch richtig so! Das ist ein wichtiger Erfolg der bremischen Politik und dieser Koalition.

(Beifall bei der SPD)

Zur aktuellen Situation der Grohner Düne! Ja, es ist eine Chance verpasst worden. Ich möchte wissen - und das werden wir vom Senat hören -, wie die einzelnen Gespräche, auch die mit der GEWOBA, abgelaufen sind. Dazu werden wir gleich etwas hören. Ich bin der festen Überzeugung, dass dargelegt werden wird, dass alles unternommen worden ist, dieses Objekt zu erwerben. Wir werden das erfahren. Ich bin davon fest überzeugt, dass es darum ging, diese Übernahme realistisch anzugehen.

Wenn jetzt bei den weiteren 150 Wohnungen, die auf dem Markt angeboten werden, die Möglichkeit besteht, sie zu erwerben, möchte ich für die SPD ausführen, dass wir es als dringend erforderlich ansehen, hier zuzugreifen. Ich glaube, es sollte eine Lehre gewesen sein, sodass diese zweite Chance, die man in diesem Bereich hat, wahrgenommen werden wird.

Ich möchte einen Blick auf die Geschäftspolitik der GEWOBA richten! Es ist richtig, dass wir im Bereich des Neubaus verstärkte Aktivitäten der GEWOBA erkennen und dass das festgelegt worden ist. Das ist richtig. Genauso muss es aber

auch sein, dass der Erwerb von Bestandsimmobilien als Geschäftsmodell zur unternehmerischen Strategie der GEWOBA gehört und in die Praxis umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Blick auf die Entscheidungen der Neunzigerjahre zu werfen, das war die Zeit der ersten Großen Koalition und ihrer Diskussionen und Entscheidungen! Ich möchte es einmal so sagen: Es war ein Fehler, die Bremische zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war ein Fehler, die Bremische zu verkaufen, denn die negativen Folgen dieser Entscheidung können wir heute in den betroffenen Quartieren hautnah erleben.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Absolut!)

Man muss sich die Frage stellen: Was haben die Einnahmen von damals - gut 50 Millionen D-Mark - für den allgemeinen Haushalt unserer Stadt gebracht? Wie sieht die Realität in unserer Stadt heute aus? Wie sieht es aus, wenn wir in die Quartiere hineinschauen? Wir müssen mit hohem Einsatz und mit sehr vielen finanziellen Mitteln dazu beitragen, dass wir die Verwerfungen, die es in diesen Quartieren gibt, auffangen. Das rechnet sich in keiner Weise. Wir müssen unsere Wohnungspolitik weiterentwickeln und so stärken, dass die Botschaft und das, was wir auch nach außen hin dokumentieren, klar sind: Die Hedgefonds müssen wissen, dass es hier in Bremen schwerer wird, ihr gewinnorientiertes Heuschreckenwesen zu betreiben. Wir müssen hier politisch etwas entgegensetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in diesem Zusammenhang ein starkes Wohnungsunternehmen wie die GEWOBA, das sich auf diesem Markt aktiv im Sinne der allseits bekannten und bewährten sozial ausgerichteten Stadtentwicklungspolitik einschaltet. Wir müssen uns aber auch darüber verständigen, was wir mit den Beständen machen, die noch nicht erworben sind oder die aktuell nicht erworben werden können. Auch hier muss konkret gehandelt werden. Es müssen alle Möglichkeiten des Baugesetzbuches geprüft werden, und wir müssen zu einer schnellen Anwendung durch das Baurecht kommen.

An erster Stelle steht nach meiner Meinung die

Durchsetzung eines Modernisierungs- und Instandhaltungsgebots gemäß Paragraph 177 Baugesetzbuch, es gilt, ihn anzuwenden. Die Anwendung ist aus städtebaulichen Gründen erforderlich. Eine unserer Forderungen ist in Bezug auf bestimmte Immobilien und Gebiete, ein Modernisierungs- und Instandhaltungsgebot anzuordnen und durchzusetzen.

Die SPD wird die fachliche Debatte zum Modernisierungs- und Instandhaltungsgebot in der Bau-deputation auf die Tagesordnung setzen und zeitnahe Handlungsstrategien einfordern. Es geht, Kolleginnen und Kollegen, um die nachhaltige Lösung der Probleme der Grohner Düne und weiterer Quartiere mit besonderem Förderbedarf in unserer Stadt. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal einen herzlichen Dank für die Genesungswünsche! Ich hoffe, dass sie entsprechend wirken.

Ich will, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf den Kern dieser Aktuellen Stunde wieder zurückkommen, weil die Allgemeinplätze, die wir eben gerade gehört haben, bei mir und bei uns eher den Eindruck hinterlassen haben, als wollte man versuchen, die Sichtweise und die Debatte in eine andere Richtung zu lenken, als sie hier heute überschrieben ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grohner Düne ist der soziale Brennpunkt in Bremen-Nord, das ist gerade eben sehr stark zum Ausdruck gekommen, und das ist auch ein ganz entscheidender Punkt bei der Beurteilung des Sachverhaltes und der Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure in dieser Sache. Wir haben es zu tun mit 55 Nationen, 1 500 Menschen, gegenseitig rivalisierenden Volksgruppen. Die Problematik, die von dieser Grohner Düne ausstrahlt, strahlt auf den ganzen Stadtteil aus, strahlt auf Vegesack im Bereich des Bahnhofs und auf das Haven Hööv't aus und macht die ganze Diskussion, die wir ja in Bremen-Nord haben, umso schwerer. Daher wird im Beirat, aber auch auf der politischen Ebene in den vergangenen Jahren sehr intensiv darüber diskutiert, Herr Kollege Pohlmann, wie man mit der Grohner Düne und mit dem Bereich um den Bahnhofsvorplatz in Vegesack umgeht. Da spielt natürlich die Grohner Düne die entscheidende Rolle.

Es wird darüber diskutiert - das ist ja schon angesprochen worden -, ähnlich wie in Osterholz eine Sanierung einzuleiten, einen Teilrückbau, wie auch immer. Es ist, auch das ist schon gesagt worden, über Jahre diskutiert worden, leider ist wenig passiert. Es ist richtigerweise angesprochen worden, das Konzept „Pro Düne“ ist gescheitert, da gibt es überhaupt keine Diskussion und keinen Zweifel. Man hat hier mehrere Hunderttausend Euro in ein Projekt hineingesteckt, das von Anfang an doch mit großen Zweifeln versehen war. Man muss leider auch hier resümieren, dass Rot-Grün an dieser Stelle bisher an den Symptomen herumgedoktert hat, anstatt die Probleme am Kern anzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt auch große Einigkeit bei den Akteuren, zumindest vor Ort, darüber, dass einer der Kernpunkte die städtebauliche Reaktivierung beziehungsweise Modernisierung und der Umbau dieses Bereiches ist. Das ist der Kern der Lösung des Problems Grohner Düne. Alle anderen Ansätze, zum Beispiel der verstärkte Einsatz der Polizei wie im Februar dieses Jahres, wo mit einer Großrazzia gegen Drogenschmuggler und -händler vorgegangen worden ist, wie gesagt, sind nur ein Herumdoktern an den Symptomen.

Daher waren wir sehr überrascht, dass der Senator für Bau und Stadtentwicklung darüber überrascht war, dass die Wohnungen von der Deutschen Wohnen AG an die Grand City Property verkauft worden sind und der kleinere Teil von 150 Wohnungen jetzt noch zum Verkauf ansteht. Wir waren noch viel mehr darüber überrascht, dass der Senator darüber überrascht war, weil offensichtlich - das hat sich ja in den letzten Tagen mehr als deutlich herausgestellt - das Ressort/die GEWOBA seit über zwei Jahren mit dieser Thematik des Ankaufs von Wohneinheiten in der Grohner Düne beschäftigt waren. Seit zwei Jahren!

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Überraschend!)

Eine große Überraschung vor diesem Hintergrund war dann auch, dass er das alles aus der Zeitung erfahren haben will. Er hat gestern - und das zeigt ja auch, wie in dieser Behörde gedacht und argumentiert wird - die Mitglieder des Aufsichtsrates beziehungsweise die baupolitischen Sprecher darüber informiert, wie sich der Sachverhalt aus Sicht des Vorstands und des Aufsichtsratsvorsitzenden darstellt. Das zeigt natürlich die operative Hektik und das schlechte Gewissen in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU)

Der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand der GEWOBA haben es für unnötig gehalten, die Gremien des Unternehmens darüber zu informieren, dass es Ankaufsgespräche gibt, es ist weder der Aufsichtsrat informiert worden noch der Anlagenausschuss des Aufsichtsrates. Das zeigt - und das sind eindeutige Indizien, Herr Bausenator! -, dass Sie offensichtlich den Ernst dieser Problematik, den Ernst eines solchen Kaufprozesses überhaupt nicht erkannt haben und es Ihnen offensichtlich an einer abgestimmten Strategie zum Ankauf dieses wichtigen Immobilienbesitzes in Bremen-Nord fehlt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein Armutszeugnis, Herr Senator, dass Sie in dieser ganzen Zeit nicht darüber nachgedacht beziehungsweise haben prüfen lassen, welche Optionen es denn überhaupt zum Ankauf über direkte Verkaufsverhandlungen gegeben hat.

Ein Paragraph des Baugesetzbuches ist genannt worden, ein weiterer Paragraph ist Paragraph 24 Baugesetzbuchs, in dem den Gemeinden und Kommunen ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird; zwar in einem engen Rahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber es wird ihnen eingeräumt. Es wird auch explizit davon gesprochen, in welchen Zusammenhängen dieses Vorkaufsrecht eingeräumt werden kann. Das ist im Übrigen ein gängiges Verfahren, falls Sie es nicht wissen sollten: Bei jedem An- und Verkauf eines Grundstückes muss eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Stadt beifügt beziehungsweise eingeholt werden, dass die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet. Selbst wenn man in enger Auslegung dieses Paragraphen 24 Baugesetzbuch gemeint hätte, ein Vorkaufsrecht sei nicht auszuüben, hätte man die Zeit seitdem nutzen können, die Voraussetzungen zu schaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es gibt zahlreiche Instrumente, man muss es nur nachlesen. Man könnte zum Beispiel einen städtebaulichen Entwicklungsbereich, eine Durchführungsmaßnahme des Städtebaus oder ein Sanierungsgebiet definieren, eine Festlegung vornehmen, dann wäre ein Vorkaufsrecht ohne Weiteres durchführbar und ihre Verhandlungsposition zehnmal besser, als Sie im Nachhinein hier der Öffentlichkeit versuchen vorzumachen.

(Beifall bei der CDU)

Über die Rolle der GEWOBA ist hier gerade schon gesprochen worden. Ich nehme den geschenkten Hinweis des Kollegen Pohlmann auf, weil natürlich die Frage, die Sie aufgeworfen haben, schon ernsthaft debattiert werden muss. Sie

selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün, messen der GEWOBA eine herausragende Bedeutung bei. Man kann im Koalitionsvertrag auf Seite 34 noch einmal eindeutig nachlesen, welche Erwartungen Sie an die GEWOBA haben und welche Aufgaben Sie ihr zuordnen. Wir fragen uns als CDU-Fraktion: Warum handeln sie denn nicht danach, wenn die GEWOBA eine herausragende Funktion hat? Welche politische Führung wird von Ihnen als Mehrheitsgesellschafter bei der GEWOBA denn wahrgenommen, wenn der Vorstand offensichtlich frei von politischen Vorgaben hier nach Gutdünken agieren kann? Hier ist eine Verantwortung der Kommune wahrzunehmen, und Sie haben sie nicht wahrgenommen, Herr Senator. Als Aufsichtsratsvorsitzender der GEWOBA haben Sie keine klare politische Vorgabe gemacht, und das ist der Vorwurf unserer Fraktion an Sie, Sie haben desinteressiert gehandelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist, dass die GEWOBA sich Rendite- und Wirtschaftlichkeitserwägungen überhaupt nicht entziehen kann, daher will ich auf das Schreiben des Maklers vom 21. Juni zurückkommen, es ist ja gerade eben schon zitiert worden, es ist auch in der Öffentlichkeit genannt worden, deswegen plaudere ich hier an der Stelle keine Geheimnisse aus: Es ist ein Verkaufspreis genannt worden in Höhe von rund 22 Millionen Euro für beide Teile, nicht des kleinen oder des großen Teils, sondern beider Teile. Es sind auch Angaben zur Jahres-Ist-Miete und zur Jahres-Soll-Miete gemacht worden, also dem, was sie mit den laufenden Mietverträgen im Optimalfall herausholen können, und dem, was der Realität entspricht. Nehmen wir einmal die Jahres-Ist-Miete, das ist immer der niedrigere Betrag, nämlich das, was am Monat auf dem Konto des Vermieters eingeht. Wenn Sie diesen Ansatz - den Betrag können Sie in dem Schreiben nachlesen, da er bisher nirgendwo öffentlich verlesen wurde, werde ich ihn hier auch nicht nennen -, diesen Jahres-Ist-Betrag nehmen und von einer AfA von 3 Prozent ausgehen, hätten Sie immer noch eine Rendite von 6 Prozent erzielt unter den am 21. Juni der GEWOBA angebotenen Verkaufsparameter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage mich: Warum haben Sie an der Stelle nicht einfach zugegriffen, denn ein besseres Geschäft hätte auch die GEWOBA unter rein wirtschaftlichen Erwägungen überhaupt nicht machen können? Es ist fahrlässig gewesen, dass man diesen Zug an der GEWOBA hat vorbeifahren lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Selbst wenn man städtebauliche Aspekte hier in die Diskussion eingeführt hätte, dann hätte man ebenfalls einen Obolus zahlen können und müssen. Sie haben es doch beim Lloydhof auch gemacht: Sie haben 25 Millionen Euro für eine Gewerbeimmobilie auf den Tisch gelegt, die nach Ertragswert gerade einmal 12 Millionen Euro wert ist. Wo ist denn an dieser Stelle die Gerechtigkeit? Auf der einen Seite geben Sie für die Innenstadt Geld aus, und dort, wo Sie die Situation für 1 500 Menschen verbessern könnten, wo Sie den Menschen entgegenkommen könnten, in Bremen Nord, in Bremen-Vegesack, unternehmen Sie nichts. Das ist nicht koscher, das ist nicht in Ordnung, was Sie hier machen!

Sie versuchen jetzt eine Schadensbegrenzung, indem Sie den kleinen Teil kaufen wollen - Sie haben ihn noch nicht -, ich hoffe, dass Ihnen der Ankauf gelingt, ich will das ganz deutlich sagen. Sie kommen hier aber mit dem schlanken Fuß, den Sie sich machen wollen, letztendlich nicht heraus.

Das, was wir hier zur Kenntnis nehmen, nicht nur wir als CDU Fraktion, sondern sicherlich auch viele andere, ist das Eingeständnis des eigenen Desinteresses des Senators an Bremen-Nord. Er will seine Rolle verschleiern, er hätte dem Vorstand einen entsprechenden politischen Auftrag mit Rückendeckung des Aufsichtsrates, mit Rückendeckung der zuständigen Gremien der GEWOBA, auch mit Rückendeckung des Senats geben können.

Es ist ein Armutszeugnis! Wir kommen zu dem Ergebnis, dass Sie Ihrer Aufgabe als Aufsichtsratschef der GEWOBA nicht gewachsen sind. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Dr. Schaefer, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder in Bremen-Nord - und vor allen Dingen natürlich in Vegesack -kennt die Grohner Düne, klar, man kann sie auch kaum übersehen. Die Grohner Düne ist ein ringförmiger Hochhauskomplex mit insgesamt 15 Stockwerken und insgesamt 570 Wohnungen auf allerengstem Raum. Sie wurde im Jahr 1972 an der Grenze zwischen den Ortsteilen Grohn und Vegesack gebaut, ich glaube, damals von der Neuen Heimat.

Die Wohnanlage liegt eigentlich an einer extrem exponierten Stelle im Zentrum Vegesacks, in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Vegesack, zum Einkaufszentrum Haven Hööv, zum Vegesacker Hafen, zur Weser und zur Lesum. Sie liegt also eigentlich, weil sie flussnah im alten ursprünglichen Zentrum Vegesacks gebaut worden ist, in einer Eins-a-Lage, eigentlich!

In diesem Hochhauskomplex ist das Leben und Wohnen allerdings nicht eins a. Auf engstem Raum leben dort sehr, sehr viele Menschen, nämlich 1 500 - andere sprechen von 1 700, dazwischen schwankt es offensichtlich - auf wenigen Quadratmetern Grundfläche. Der Gebäudekomplex ist ein Bollwerk, man sieht es, wenn man davorsteht. Er ist sehr hoch, es gibt nur einen kleinen Eingang, der ins Innere führt. Eine wirkliche Öffnung zum Stadtteil ist hier rein baulich überhaupt nicht möglich. Die Gebäude sind - und das sieht man auf den ersten Blick - in einem extrem schlechten Zustand.

Zuletzt gehörte der Hochhauskomplex dem Unternehmen Deutsche Wohnen AG. Man muss sagen, Frau Bernhard, es war keine einmalige Möglichkeit, die Grohner Düne zu kaufen, denn in den vergangenen Jahre ist die Grohner Düne wiederholt verkauft worden. Im Jahr 2005 hatte sie die BauBeCon erworben, danach Cerberus, Pirelli und zuletzt die Deutsche Wohnen AG. Der Besitzer hat also sehr oft gewechselt, und deshalb, Herr Kastendiek, ist die Chance in der Vergangenheit genauso oft verpasst worden, wie - und das muss man ehrlicherweise sagen - auch jetzt gerade.

Den Käufern geht es nicht darum, den Bewohnern ein schönes Zuhause zu bieten, nein, meine Damen und Herren, die Grohner Düne ist ein reines Spekulationsobjekt für börsenorientierte Unternehmen. Sie wurde in den letzten Jahren von Heuschrecke zu Heuschrecke weiterverkauft. Die Firmen haben sich weder um die Menschen in den Wohnungen noch um den Stadtteil und die Stadtteilentwicklung noch um städtebauliche Belange gekümmert.

Die Hochhaussiedlung Grohner Düne in Bremen-Vegesack wurde jetzt erneut wiederverkauft. Die komplette Grohner Düne - das haben wir vorhin auch schon gehört - wurde offensichtlich der GEWOBA im vergangenen Juni für 21,7 Millionen Euro zum Kauf angeboten. Der Verkauf an das städtische Wohnungsunternehmen kam nicht zustande, stattdessen wurde der private Immobilienkonzern Grand City Property neuer Eigentümer, ein börsenorientiertes Wohnungsunternehmen aus Berlin.

Die GEWOBA hatte dem Eigentümer des einen Teils, der nun anderweitig verkauft wurde, ein Kaufpreisangebot gemacht, aber auch darum gebeten, unter anderem die Bausubstanz prüfen zu können, da für diese Immobilie offensichtlich keine Bauunterlagen beim Eigentümer mehr vorliegen. Für diese Prüfphase hatte sich die GEWOBA eine Art Exklusivität erbeten, die aber nicht zustande gekommen ist. Die Zeit hatte der Verkäufer wohl nicht, und er hat dann anderweitig verkauft.

Seit dem 1. März 2014 gehören 435 Wohnungen Grand City Property, doch so „Grand“, wie der Name vielleicht vermuten lässt, ist die Firma nicht. Die Managementgruppe ist deutschlandweit nicht unbekannt, und auch in Bremen - Herr Pohlmann ist vorhin schon darauf eingegangen - hat sie die Wohnungen in der Neuwieder Straße 1 in Tennever gekauft. Wir haben in der Bürgerschaft über die Neuwieder Straße schon einmal diskutiert. Der Zustand der Häuser war katastrophal, weil der Besitzer gar nichts in den Erhalt der Haussubstanz investiert hatte, sodass damals sogar über eine Enteignung nachgedacht werden musste.

Die Hochhaussiedlung Grohner Düne ist laut Sozialreport „Monitoring Soziale Stadt“ aus dem Jahr 2013 Bremens sozialer Brennpunkt Nummer eins, und zwar deutlich vor den Gebieten in Tennever oder Kattenturm. Das verwundert nicht, wenn so viele Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen, oftmals mit Armut konfrontiert, auf engstem Raum wohnen. Immer wieder gibt es - das muss man ehrlicherweise auch sagen - negative Schlagzeilen, vor ein paar Wochen war es die Großrazzia mit Drogen- und Waffenfunden. Die letzte Aktion mit einem vergleichbaren Polizeiaufgebot liegt eineinhalb Jahre zurück. Damals mussten starke Einsatzkräfte zweimal innerhalb weniger Tage verfeindete Bewohnergruppen voneinander trennen.

Eines ist mir extrem wichtig - und ich spreche da nicht nur für mich, sondern auch für meine Fraktion -: Es stimmt zwar, dass es soziale Probleme und auch Kriminalität in der Grohner Düne gibt, aber der allergrößte Teil der Bewohner besteht aus ganz normalen gesetzestreuenden Menschen, netten und verständnisvollen Eltern, die ihre Kinder in Grohn in den Kindergarten und in die Schule schicken,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

die auch lieber heute als morgen woanders leben und wohnen würden, wenn sie es sich leisten könnten, aber sie sind auf preiswerten Wohnraum angewiesen. Viele Bewohner, das muss man jetzt

auch einfach einmal in aller Deutlichkeit sagen, leiden unter der ständigen Stigmatisierung ihrer Adresse,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

denn alle Bewohner werden gern, wenn es einmal wieder zu Vorfällen und Negativschlagzeilen kommt, über einen Kamm geschoren.

Ein Mädchen erzählte mir im Rahmen ihrer Projektarbeit zu einem EU-Projekt, das hier im EuropaPunkt organisiert wurde, dass viele von ihnen keine Chance auf ein Praktikums- oder Ausbildungsplatz bekommen, wenn auf ihrer Bewerbung allein die Adresse Hermann-Fortmann-Straße steht. Eine Pauschalstigmatisierung der Grohner Düne hilft weder dem Stadtteil noch den einzelnen Bewohnern der Grohner Düne, und am wenigsten hilft sie den Kindern, die dort leben. Wir hoffen - wir unternehmen auch viele Anstrengungen dafür -, dass sie eine Chance auf Bildung, auf Spracherwerb, auf Teilhabe und ein normales Kinderleben bekommen. Diese Chance verdienen sie!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich erwarte vom Senat und von der Politik, dass sie sich auch entschieden im Stadtteil, in dem die Emotionen oft hohe Wellen schlagen, wenn es um die Grohner Düne geht, gegen die Stigmatisierung der gesamten Grohner Düne und ihrer Bewohner wenden.

Die Wahrheit ist aber auch, dass sich die Frage stellt, wie kann eine Integration der Menschen aus der Grohner Düne, von denen 87 Prozent einen Migrationshintergrund haben, gelingen, wenn die Menschen weder aufgrund der geschlossenen Bauweise noch aufgrund der mangelnden Durchmischung der Gesellschafts- und Bevölkerungsstrukturen überhaupt eine Möglichkeit zur Integration bekommen. Dass Konflikte bei der Vielzahl der Kulturen, die auf allerengstem Raum zusammenleben, vorprogrammiert sind, ist nach meinem Erachten überhaupt kein Wunder. Aus dem Grund ist die Grohner Düne nicht nur ein Thema der Baupolitik, sondern genauso eines der Sozialpolitik, der Integrationspolitik, der Innenpolitik und der Stadtentwicklungspolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, muss Bremen daher ein großes Interesse daran haben, auf solche Großwohnanlagen wie die Grohner Düne einen direkten Einfluss zu haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es sind vorhin einige positive Beispiele genannt wurden, zum Beispiel Osterholz-Tenever, aber auch in Lüssum, in Bremen-Nord, hat man sehr gute Erfahrungen gemacht. Es kann für einen Stadtteil und seine Bewohner eine deutliche Verbesserung des sozialen Umfeldes erzielt werden, wenn es zum Beispiel gelingt, Hochhäuser zurückzubauen.

Ich finde, dass jetzt dringend - und das habe ich bisher vermisst - eine Strategie des Senats gefragt ist, wie mit einem künftigen Kaufangebot umgegangen werden soll. Für die Grohner Düne erwarte ich vom gesamten Senat, dass er politisch überlegt, wie die Zukunft der Grohner Düne aussehen soll. Kommt ein Abriss, wie viele ihn im Stadtteil Vegesack fordern, infrage? Wenn ja, dann muss man nämlich auch klären, ob es preisgünstigen alternativen Wohnraum für die Bewohnerinnen und Bewohner gibt. Will man die Grohner Düne lieber sanieren? Hier habe ich bei den Vorrednerinnen und Vorrednern bisher auch keine Lösung oder eine Richtung gehört, in die es gehen soll, sondern nur, dass man sich Gedanken machen muss.

Wir müssen überlegen, was dem Stadtteil, aber auch den Bewohnern hilft. Natürlich spielen bei diesen Fragestellungen gerade in einem Haushaltsnotlageland finanzpolitische Aspekte eine Rolle. Es geht ja nicht nur um den Kaufpreis, auch ein Rückbau oder eine Sanierung kosten Geld, und das muss mit eingepreist und mit überlegt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Röwekamp [CDU]: Vielleicht wäre es ganz gut, wenn der zuständige Senator einmal die Auffassung des Senats darstellt!)

Deshalb sollte der Senat das Thema Grohner Düne jetzt dringend ressortübergreifend auf seine Agenda setzen.

Man muss sich auch noch einmal vor Augen halten, die GEWOBA ist ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, an dem Bremen die Mehrheit der Anteile hält, und sie verfügt über eine eigene Unternehmenspolitik. Operativ ist der Vorstand und strategisch der Aufsichtsrat für die Unternehmenspolitik zuständig, das heißt, wir in Bremen haben einen Einfluss auf Entscheidungen, aber politische und unternehmerische Aspekte müssen nicht immer zwangsläufig identisch sein.

Für die noch verbleibenden 150 Wohneinheiten erwarte ich, dass man aus den oben genannten Gründen ernsthaft deren Erwerb in Betracht zieht. Wenn man jetzt dort einen Anfang macht, dann

habe ich die Hoffnung, dass sich für den restlichen Teil der Grohner Düne perspektivisch auch etwas zum Positiven ändern kann. Die Menschen in Vegesack erwarten das, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bei zukünftigen Kaufentscheidungen muss für die gerade verkauften Wohnungen eine schnellere Strategie her, wie die Stadt sich hier eine reelle Chance für ein Vorkaufsrecht sichert, zum Beispiel durch die Einstufung des Areals in ein Sanierungsgebiet.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Hört, hört!)

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Grohner Düne weiterhin ein Spekulationsobjekt von weltweit agierenden Heuschrecken bleibt, von Unternehmen, die weder einen Bezug zum Stadtteil noch zu Bremen und am allerwenigsten zu den leidtragenden Bewohnern haben. Daher erwarten wir jetzt vom Senat, dass sich alle Ressorts, vom Bau über das Sozial-, das Innen- und das Finanzressort bis hin zum Bürgermeister und seiner Nordbremmer Entwicklungsgruppe, an einen Tisch setzen und einen Masterplan für die Grohner Düne entwickeln, damit eine kurz-, mittel- und langfristige Planung möglich wird und man nicht wieder von kurzfristigen Ereignissen beziehungsweise Kaufoptionen überrollt wird.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Seit sieben Jahren sind Sie in der Regierungsverantwortung und haben nichts gemacht!)

Ja, Herr Röwekamp, Sie hatten aber vor dem Jahr 2007 auch die Möglichkeit, sich bei den Verkäufen zu beteiligen, das haben Sie auch nicht gemacht!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Was haben Sie jetzt gemacht? Nichts! - Glocke)

Ja, und Sie davor, Herr Röwekamp! Jetzt einmal ganz entspannt bleiben!

Daher erwarten wir jetzt vom Senat, dass sich alle Ressorts zusammensetzen und einen Masterplan entwickeln. Lassen Sie uns diesen sozialen Brennpunkt anpacken, und zwar zum Wohle der Bewohnerinnen und der Bewohner der Grohner Düne, aber auch des Standorts Vegesacks! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dem Abgeordneten Pohlmann ausdrücklich zustimmen: Wir benötigen keine Nachhilfe in Sachen sozialer Stadtentwicklung von der Fraktion DIE LINKE. Ich möchte hinzufügen, ich muss mir auch von der CDU-Fraktion nicht vorwerfen lassen, wir würden uns einen schlanken Fuß machen, wenn wir im Moment mit den Folgen dessen kämpfen, was hier in Bremen in der Zeit falsch gelaufen ist, als Sie das Baurecht geleitet haben. Es ist schon darauf hingewiesen worden, die Anteile der Bremischen sind in den Jahren 1997 und 2004 verkauft worden.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Dieser Fehler wird auch lange nachwirken, Herr Senator!)

Ich komme gleich noch darauf, was die Konsequenzen dessen und was die Handlungsmöglichkeiten sind, die wir heute haben, Herr Röwekamp!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und dann? Dann gucken Sie auch zu!)

Herr Kastendiek, in allem, wie Sie argumentieren, bringen Sie ständig durcheinander, welches die Möglichkeiten der Stadt und die Möglichkeiten der GEWOBA sind. Sie machen sich überhaupt nicht die Mühe, die Dinge einmal sorgfältig auseinanderzudividieren und zu schauen, wer tatsächlich welche Handlungsmöglichkeiten hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte vorwegschicken - das ist auch etwas, das Herr Pohlmann vorhin schon gesagt hat -, diese Koalition will mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und den vorhandenen bezahlbaren Wohnraum erhalten. Wir wollen nicht, dass mit der Ware Wohnung in Bremen spekuliert wird. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, wir wollen dem entgegenwirken, dass die Quartiere auseinanderdriften, und deshalb hat diese Regierung vieles getan, was wichtig ist. Wir haben das Bündnis für Wohnen und die Sozialwohnungsquote, wir haben die Bautätigkeit verdoppelt - das betrifft den Neubau -, im Bestand bereiten wir aktuell die Mietpreisbremse vor, für die wir jetzt die Möglichkeit haben.

Seit dem Jahr 1998 - also auch schon vor dieser Koalition - ist viel Geld in die Grohner Düne investiert worden, es ist also nicht so, dass da nichts getan worden ist. Es sind dort Mittel in Höhe von

deutlich über zweieinhalb Millionen Euro aus den Projekten WiN und Soziale Stadt hineingeflossen.

Wir haben uns vor einigen Monaten auch im Senat darauf verständigt, wenn bei der Grohner Düne eine Chance besteht, sie zu erwerben, dass dann zugegriffen wird, und das ist versucht worden. Das ist hier das Entscheidende - das ist anders als in der Vergangenheit -, die GEWOBA hat mitgeboten. Es ist richtig, dass das am Ende nicht erfolgreich war, meine Damen und Herren, aber die GEWOBA hat genau so gehandelt, wie wir es wollten. Der Vorstand ist tätig geworden, er hat indikative Angebote abgegeben und das indikative Angebot erhöht, als sich herausstellte, dass es nicht ausreichend ist.

Herr Kastendiek, überraschend war nicht die Tatsache, dass die Grohner Düne zum Verkauf steht, sondern dass der Verkäufer zu einem Zeitpunkt, als wir davon ausgingen, dass die Due Diligence vorbereitet wird - das Einverständnis war, dass man sich das Objekt für die technische und rechtliche Prüfung genau anschauen kann -, an jemand anderen veräußert hat. Das war unvorhersehbar, und das ist das Einzige, was hier überraschend war.

Jetzt fragen natürlich alle, wer hat Schuld. Das kann man durchaus so fragen, aber noch einmal: Die Absprache im Senat war, wir wollen uns um die Grohner Düne kümmern, und der Vorstand der GEWOBA hat genau dies umgesetzt. Die GEWOBA hat bei beiden Teilen der Grohner Düne geboten, beim großen Teil der Grohner Düne, deren Verkauf jetzt bekannt gegeben worden ist, aber auch beim kleinen Teil. Sie ist noch im Gespräch und hat jetzt auch bekannt gegeben, dass sie voraussichtlich Exklusivität in den Verhandlungen bei der kleinen Grohner Düne haben wird. Dies wollen wir umsetzen, darauf komme ich nachher noch einmal zurück.

Jetzt zu dem Vorwurf, warum der Aufsichtsrat nicht informiert wurde! Herr Kastendiek, das ist eine Frage, die Sie gestellt haben, und ich kann Ihnen sagen, hier ist dem Vorstand kein Vorwurf zu machen, er hat den Aufsichtsrat wie immer informiert, das heißt, wenn etwas entscheidungsreif ist, dann kommt es in den Aufsichtsrat. Ein indikatives Angebot ist keine entscheidungsreife Unterlage, und man ist ja davon ausgegangen, dass man solch ein verbindliches Angebot auf Grundlage der Due Diligence abgeben kann. Dies wäre natürlich dem Aufsichtsrat vorgelegt worden. Ich möchte aber auch dazu sagen, der Aufsichtsrat hat niemals den Wunsch formuliert, über nicht entscheidungsreife Dinge informiert zu werden. Im Jahr 2012 ist die Grohner Düne das letzte Mal veräußert worden, danach gab es im Aufsichtsrat

keine Frage dazu, was die GEWOBA dort gemacht hat.

Wir haben im Jahr 2013 die Investitionsrichtlinie der GEWOBA beschlossen, da gab es keine Frage vonseiten der CDU, die dort einen Sitz im Aufsichtsrat hat, oder anderer zu sagen, wir möchten, dass die GEWOBA mit in die Investitionsstrategie aufgenommen wird. Das hätte man dort thematisieren können, es ist nicht thematisiert worden, deswegen ist dem Vorstand an dieser Stelle kein Vorwurf zu machen. Natürlich müssen wir aber für die Zukunft schauen, ob wir hier andere Regeln miteinander vereinbaren, dann brauchen wir dafür Kriterien, welches die Vorhaben sind, über die der Aufsichtsrat informiert werden will, auch wenn die GEWOBA sich in Kaufverhandlungen befindet. Ich kann Ihnen sagen, es werden viele solcher Verhandlungen geführt, und wir müssen da noch ein bisschen sortieren, welche dieser Vorgänge tatsächlich für den Aufsichtsrat von Interesse sind und welche nicht.

Die Frage, ob das jetzt eine einmalige Chance war, ist schon von Frau Dr. Schaefer beantwortet worden. Es ist auch aus meiner Sicht eine verpasste Chance, auch ich bedauere es, dass wir hier nicht zum Zuge gekommen sind. Der Grund, warum die GEWOBA nicht zum Zuge gekommen ist, liegt in den Regelungen, denen die GEWOBA unterworfen ist, die auch wieder im Aufsichtsrat festgelegt wurden, und auch diese müssen wir uns jetzt noch einmal genau anschauen. Wenn, wie es hier eingefordert worden ist, die Information über die Möglichkeit, die Grohner Düne zu erwerben, dem Anlageausschuss vorgelegt worden wäre, dann hätte er festgestellt - Herr Kastendiek, da liegen mir andere Zahlen vor als Ihnen -, dass die Rendite im Sinne der Investitionsrichtlinie, die im Aufsichtsrat beschlossen wurde, und zwar mit den Vertretern der CDU, der Grünen, der SPD auch der Banken, nicht auskömmlich ist. Wir haben dort auch Banken, die auf die Mindestrendite achten, die zu erzielen ist. Wir hätten nicht nur festgestellt, dass die Rendite nicht auskömmlich ist, sondern auch, dass keine belastbare Kostenkalkulation möglich ist, wenn die Due Diligence-Prüfung nicht durchgeführt worden ist.

Jetzt einmal Hand aufs Herz, Herr Röwekamp: Was hätte der Anlageausschuss den Vorständen gesagt? Kauft die Grohner Düne, egal, zu welchem Preis? Das ist doch nicht Ihr Ernst! Man hätte gesagt, das muss entsprechend der Investitionsrichtlinie geprüft werden, oder wir müssen - -.

(Zuruf des Abg. Röwekamp [CDU])

Ja, mit den Banken! Das macht man aber nicht in der heißen Phase einer Verkaufsverhandlung.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein, das macht man überhaupt einmal! Sie haben es gewusst und haben nichts getan!)

Das ist doch einmal ein guter Vorschlag, Herr Röwekamp, dann lassen Sie uns jetzt nach vorn schauen, und lassen Sie uns schauen, welche Strategie wir für die Zukunft entwickeln wollen!

Ich sage aber auch eines: Die GEWOBA hat in solchen Fällen immer einen strukturellen Nachteil gegenüber spekulativen Mitbewerbern, weil sie nicht wie andere das Objekt entmieten, dann luxussanieren und dann teurer weitervermieten kann. Das heißt, die Renditeerwartung der GEWOBA wird immer schlechter sein. Wir haben aber die Investitionsrichtlinie. Vor Kurzem haben wir sie überarbeitet, um die Handlungsmöglichkeiten der GEWOBA zu verbessern. Wenn wir die Handlungsmöglichkeiten weiter verbessern wollen, dann müssen wir die Investitionsrichtlinie im Aufsichtsrat erneut aufrufen. Ich sage Ihnen, wir werden sie im Aufsichtsrat auf die Tagesordnung setzen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Pohlmann, Fecker und Röwekamp sind schuld! Entschuldigung, Fecker nicht!)

Das habe ich nicht gesagt! Herr Röwekamp, der Pathologe ist immer schlauer als der Chirurg. Sie haben eine ganze Reihe von Chancen verpasst.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Aber Sie sind der Ober-schlaue!)

Nein, das sind Sie, das gestehe ich Ihnen zu, das will ich Ihnen nicht nehmen!

Was können wir jetzt tun? Ich habe gesagt, über die kleine Grohner Düne wird weiter verhandelt, das macht die GEWOBA. Sie hat darauf gedrängt, sich für einige Wochen Exklusivität zusichern zu lassen, damit eine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt werden kann. Wir werden uns dann das Ergebnis im Aufsichtsrat anschauen. Wenn die GEWOBA zum Zuge kommt, was ich hoffe, werden wir auch mit Grand City Property Gespräche führen und schauen, ob man mit einer gemeinsamen Anstrengung für beide Teile der Grohner Düne eine Entwicklung in dem Sinne vereinbaren kann, wie wir es uns alle erhoffen, dass wir diesen sozialen Brennpunkt stabilisieren.

Eines, Herr Kastendiek, ist völlig falsch, es hat bisher kein Vorkaufsrecht gegeben. Das, was Sie als Vorkaufsrecht darstellen, hat es auf keinen Fall für die GEWOBA gegeben. Wenn es ein Vorkaufsrecht gegeben hätte, dann für die Freie Hansestadt Bremen.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Nichts anderes habe ich gesagt! Ein Vorkaufsrecht der Kommune! - Abg. Röwekamp [CDU]: Ein gemeindliches Vorkaufsrecht!)

Das ist aber nicht der Fall! Es ist aber richtig, das haben Sie völlig richtig aus dem Baugesetzbuch zitiert, dass es Möglichkeiten gibt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das werden wir jetzt angehen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wieso jetzt erst?)

Better late than never!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie wissen seit einem Jahr, dass das Ding auf dem Markt ist, und Sie denken seit Montag darüber nach, sich vielleicht über das Baurecht Gedanken zu machen?)

Herr Röwekamp, wie gut hören Sie denn zu? Wir sind davon ausgegangen, dass sich die GEWOBA in aussichtsreichen Kaufverhandlungen befindet.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und jetzt ups!)

Wir müssen aber auch sehen, es wird nicht damit getan sein, diese Gebäude zu erwerben und die Wände mit ein bisschen Farbe zu streichen, sondern es wird einen Sanierungsbedarf geben. Hier ist der Vergleich zu Osterholz-Tenever gezogen worden. Dort sind vor vielen Jahren 38 Millionen Euro investiert worden. Dieses Objekt ist nicht ganz so groß, dafür haben sich aber die Kosten entwickelt. Wir gehen davon aus, dass wir hier einen größeren zweistelligen Millionenbetrag benötigen werden.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Bernhard?

Senator Dr. Lohse: Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte, Frau Kollegin Bernhard!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Zum einen wüsste ich gern, welche aktuellen Verhandlungen überhaupt anstehen und was Sie dafür tun, dass Sie sie aufnehmen können. Nachdem jetzt die Chance deutlich verpasst worden ist, stellen sich die Fragen, wie gehen Sie in Zukunft damit um, und in welchen Stadtteilen steht das zur Verfügung. Zum anderen interessiert mich Folgendes: Sie haben vorhin gesagt, die WiN-Mittel fließen mit 2,5 Millionen Euro ein. Ich meine, solche rein städtebaupolitischen und sozialpolitischen Ausgaben müssten letztendlich auch eingepreist werden, aber nicht nur die blanke Rendite. Insofern

verlange ich doch ein übergreifendes Konzept, wenn es um solch einen Kauf geht.

Senator Dr. Lohse: Diese 2,5 Millionen Euro, Frau Bernhard, sind im Zeitraum von 1998 bis 2014 dort hineingeflossen. Es ist jetzt ein bisschen unredlich zu behaupten - jetzt muss ich rechnen, es ist ein über 15 Jahre geleisteter Betrag, nein, jetzt rechne ich das nicht im Kopf hier vor Publikum, das geht schief, der irgendwo im Hunderttausenderbereich liegt -, es wäre die ganze Zeit nichts für die Grohner Düne getan worden. Es war mir von daher wichtig, das zu sagen.

Wir werden tatsächlich diese Dinge prüfen. Ich werde auch, das sage ich hier zu - Herr Pohlmann, Sie haben es angesprochen -, das Modernisierungs- und Instandhaltungsgebot prüfen. Das ist natürlich die Prüfung, die sich jetzt aufdrängt. Es ist zu prüfen, inwieweit wir Grand City Property an der Stelle verpflichten können, nachdem die GEWOBA nicht zum Zuge gekommen ist. Ich sage aber auch, wir werden für die Dinge, die wir uns gemeinsam vornehmen, auch die Unterstützung dieses Hauses benötigen. Wir werden sehr viel Geld benötigen, und das wird in der Regel heißen, dass wir auch sagen müssen, welche Maßnahmen wir stattdessen nicht durchführen, wenn ich die Finanzsenatorin in den Besprechungen, die wir zu ähnlichen Sachverhalten in der Vergangenheit hatten, richtig verstanden habe. Wir werden auch mit verschiedenen Ressorts zusammenarbeiten müssen, das ist nämlich nicht allein die Sache eines Ressorts.

Noch ein Punkt: Es ist anders als in Osterholz-Tenever, dort gab es damals 50 Prozent Leerstand. Bei der Grohner Düne haben wir einen sehr hohen Vermietungsstand, und sehr viele Mieten werden vom Sozialressort bezahlt. Das heißt, wir müssen auch an der Stelle schauen, ob wir möglicherweise Handlungsmöglichkeiten haben. Der Vermietungsstand fließt natürlich in die Kalkulation der Investoren ein. Es gibt, denke ich, schon Potenzial. Ich gehe auch davon aus, dass dies nicht die letzte Chance gewesen sein wird - Frau Dr. Schaefer hat es gesagt -, weil die Grohner Düne, ich sage einmal, alle zwei bis fünf Jahre zum Verkauf steht.

Lassen Sie uns gemeinsam, meine Damen und Herren, die Voraussetzung dafür schaffen, dass wir dies auf den verschiedenen Ebenen innerhalb der GEWOBA, vom Bauplanungs- und Städtebaurecht her und auch von der Finanzierungs- und Städtebauförderseite künftig in den Griff bekommen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Röwekamp, Fraktion der CDU.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator, Sie haben mich ja mehrfach in meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der GEWOBA angesprochen. Ich möchte hier deswegen ganz entschieden den Eindruck zurückweisen, der Aufsichtsrat hätte sich bei der Frage, ob und in welchem Umfang durch die GEWOBA die Bestände der Grohner Düne angekauft werden, an irgendeiner Stelle dagegen verhalten oder nicht genug gefordert.

Die Wahrheit ist, bis zu der Zeitungsmeldung hatten die Aufsichtsratsmitglieder der GEWOBA zu keinem Zeitpunkt davon Kenntnis, dass die Grohner Düne auf dem Immobilienmarkt angeboten wird und zwar seit fast einem Jahr der große Teil und schon viel länger der kleine Teil. Der Aufsichtsrat hatte keine Kenntnis davon. Der Einzige, der aus dem Gremium davon Kenntnis hatte, das waren Sie, Herr Senator Dr. Lohse. Sie haben dieses Wissen nicht an den Aufsichtsrat, nicht an den Anlagenausschuss, nicht an die Baudeputation, nicht in die Politik weitergespiegelt, Sie haben dieses Wissen ausschließlich für sich behalten. Das ist umso schlimmer, als Sie die notwendigen Konsequenzen daraus nicht gezogen haben, Sie haben zugeschaut, anstatt tätig zu werden. Das ist der Kernvorwurf an Ihre Adresse!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zu sagen, der Pathologe ist schlauer als der Chirurg, also, sehr geehrter Herr Senator Dr. Lohse, Ihre Rolle als Bausenator in Bremen ist nicht die Rolle eines Pathologen. Sie sind Chirurg und haben sich darum zu kümmern, dass so etwas wie auf der Grohner Düne gar nicht erst passiert, anstatt sich hinterher darüber zu mokieren, dass es passiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit Verlaub, auch Ihre zweite sinngebende Äußerung, better late than never, ist die falsche städtebauliche Antwort auf die Grohner Düne.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Ihnen war es ein Never! Und Sie hatten keine Strategie!)

Im Ernst und unter uns, Frau Dr. Schaefer, der Senator hat seit über einem Jahr, wenn nicht länger, Kenntnis davon, dass es erneut Verkaufsabsichten für die Grohner Düne gibt. Er weiß, in seiner Riesenbehörde gibt es Möglichkeiten und

chirurgische Instrumente, um sicherzustellen, dass diese Immobilie nicht von Heuschrecke zu Heuschrecke verschoben wird. Was macht er? Er legt die Hände in den Schoß, anstatt zu handeln, und das ist politisches Versagen, Frau Dr. Schaefer!

(Beifall bei der CDU - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Sie hatten keine Strategie! - Abg. Frau Ahrens [CDU]: Nun hören Sie doch einmal zu und rufen nicht immer dazwischen! - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das musst du gerade sagen mit deinen dauernden Zwischenrufen!)

In dem Hintergrundgespräch zur Vorbereitung auf diese Debatte hat er am Montag erst auf meine Nachfrage gesagt, als ich gefragt habe, sagen Sie einmal, Herr Senator, welche Möglichkeiten gibt es eigentlich für die Stadt, darauf zu reagieren, dass die Grohner Düne immer wieder auf den Markt kommt, das Thema habe ich heute Morgen auch einmal in der Morgenlage angesprochen und habe darum gebeten, das zu prüfen.

Frau Dr. Schaefer, nach Monaten, nach Wochen des vergeblichen Verhandeln der GEWOBA gibt der Senator seiner Behörde den Auftrag zu prüfen, ob irgendwie satzungsrechtliche Möglichkeiten bestehen, auf die städtebauliche Entwicklung dieses aus Bremer Sicht wichtigen entwicklungspolitischen Gebietes Einfluss zu nehmen. Das merkt er am Montag, nachdem die Verkaufsverhandlungen gescheitert sind. Was ist das eigentlich für eine Ressortführung, was ist das für eine Verantwortung des Senats? Da sagen Sie, da solle sich der gesamte Senat einmal Gedanken machen!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, eine Strategie!)

Wenn sich ein einzelner Senator, der zuständige Senator, schon keinen einzigen Gedanken gemacht hat, dann kann sich doch der gesamte Senat überhaupt keine Meinung bilden. Sie versuchen, von dem Versagen Ihres Senators abzulenken, und das ist die Wahrheit, sehr geehrte Frau Dr. Schaefer!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Röwekamp, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja, vielleicht beruhige ich mich dann ja sogar wieder ein bisschen!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, dann beruhige ich mich vielleicht auch ein bisschen. Ich würde gern wissen, Herr Röwekamp, was zu Ihren Zeiten die Strategie bezüglich der Grohner Düne war oder was Ihre Strategie jetzt ist, denn davon habe ich nichts gehört. Wollen Sie sie sanieren, wollen Sie sie zurückbauen? Warum haben Sie damals die ganzen Chancen nicht ergriffen? Was ist die Strategie?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrte Frau Dr. Schaefer, ich habe es ja eben schon gesagt: Erkennen Sie doch endlich mal an, dass die Wählerinnen und Wähler Ihnen seit sieben Jahren die Verantwortung für die Entwicklung unserer beiden Städte in die Hand gegeben haben, und verweisen Sie jetzt nicht immer auf die zurückliegenden 60 Jahre! Nehmen Sie sich bei Ihrer eigenen Verantwortung doch endlich einmal ernst!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe gefragt, was Ihre jetzige Strategie ist!)

Dieser Senator hat in dieser entscheidenden Frage versagt, unabhängig davon, was in der Vergangenheit gewesen ist. All das, was in der Vergangenheit gewesen sein mag, rechtfertigt doch nicht die Untätigkeit dieses Senators, Frau Dr. Schaefer! Was ist das eigentlich für ein Politikverständnis, das Sie an den Tag legen?

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rest ist doch ehrlicherweise reine Hypothese. Der Senator hat hier gesagt, der Aufsichtsrat hat eine vierprozentige Rendite vorgeschrieben. Wir haben am Montag darüber gesprochen, Herr Senator Dr. Lohse. Ich habe gesagt, die GEWOBA kam angeblich nur auf 3,85 Prozent Rendite, als sie es berechnet hat. Wir reden über 0,15 Prozent, wegen denen vermeintlich die Chance vergeben worden ist, städtebaulich Einfluss auf die Grohner Düne zu nehmen. Da sage ich bei aller Diskussion über die GEWOBA in der Vergangenheit ehrlicherweise auch: Wenn dieses Unternehmen als kommunales Wohnungsbauunternehmen eine Rechtfertigung haben soll, dann in Bezug auf ein Gebiet wie die Grohner Düne auch dann, wenn es sich nicht zu vier Prozent, sondern nur zu 3,85 Prozent rechnet. Deswegen halten wir die Anteile an dieser Gesellschaft, damit solche Dinge eben nicht unbeeinflusst an unseren Augen vorbeigehen, sondern damit wir Einfluss nehmen können.

Dieser Senator hat in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender, in der er von Anfang an über den Verlauf der Verhandlungen informiert war, versagt. Er wusste, es gibt keine Exklusivität, er wusste, es gibt Mitbewerber, er wusste, es gibt

keine Due Diligence, er wusste, dass auch mit anderen Bietern verhandelt wird, und trotzdem schaut er in seiner Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzender nur zu, während andere den Deal machen. Das ist ehrlicherweise Versagen in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der GEWOBA, und er schaut weiterhin wochen- und monatelang zu als Senator, der die Möglichkeit hätte, über öffentliches Baurecht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass aus der Grohner Düne endlich wieder ein ansehnliches Wohngebiet wird. So ist die Faktenlage in diesem Parlament, Herr Senator Dr. Lohse, da können Sie noch so viele verklärende Worte in die Vergangenheit und in die Zukunft richten.

Sie haben für uns als Bremerinnen und Bremer zwei Mal entscheidende Situationen verpasst, in denen wir auf die Entwicklung der Grohner Düne Einfluss hätten nehmen können: erstens, indem Sie die Verkaufsverhandlungen der GEWOBA gegenüber dem Anteilseigner Stadt Bremen nicht transparent gemacht haben, und zweitens, indem Sie auch als Bausenator vor dem Montag dieser Woche nicht eine Sekunde darüber nachgedacht haben, welche baupolitischen Möglichkeiten es gibt, auf diese Mehrfachveräußerung der Immobilie Einfluss zu nehmen, und das kreiden wir Ihnen an. An dieser Stelle haben Sie doppelt versagt. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Röwekamp, das kann ich so nicht stehen lassen, es ist einfach Unsinn. Es ist ja nicht so, dass der Ankauf an den 3,85 Prozent gescheitert ist. Es ist ja ein Unsinn, was Sie erzählen! Es ist so, dass die GEWOBA sich in Verhandlungen befand und wir davon ausgegangen sind, dass wir den Anlageausschuss dann konfrontieren, wenn ein prüffähiges Angebot auf dem Tisch liegt. Dies lag bis dahin nicht auf dem Tisch, das hätte sich auch dadurch nicht geändert, dass es im Anlageausschuss diskutiert wird. Ich lasse dies so nicht auf mir sitzen, das sage ich Ihnen hier ganz deutlich!

Wir haben über die Verantwortung gesprochen, die Ihre Partei, Ihre Fraktion dafür hat, dass man den Besitz an den städtischen Wohnungsbaugesellschaften aufgegeben hat, dass man es jetzt mit Aktiengesellschaften zu tun hat, die nach dem Aktienrecht verpflichtet sind. Sie dürfen auch keine Untreue begehen, sie müssen mit dem Geld ihrer Anteilseigner vernünftig umgehen. Es ist

auch nicht so, dass Sie und ich uns im Anlageausschuss einigen müssen, was die Investitionsrenditen anbelangt. Wir müssen uns mit den Banken einigen, mit den Sparkassen, wir haben dort einen großen Kreis von Akteuren. Wir haben mit denen immer wieder hart gerungen über diese Investitionsrichtlinie.

Wir werden das Thema neu aufmachen. Ich bin aber nicht sicher, wie weit wir dabei kommen, das müssen wir ehrlich sagen. Das heißt, wir müssen dann auch schauen, was wir vom städtischen Etat möglicherweise - Frau Linnert wird schon wieder blass! - noch dazugeben können. Es ist einfach so, wie die Dinge sind. Es ist das Ergebnis der verantwortungslosen Veräußerungspolitik der Vergangenheit, dass man auch bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften den Besitz aufgegeben hat. Das ist das Ergebnis, vor dem wir heute stehen, und hier müssen wir etwas tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, zum ersten Thema liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Freihändige Vergabe an Ex-Senator statt Verkauf an Höchstbietenden - Rot-Grün mauschelt bei Büropark

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kau, aber vorab würde ich gern den Ortsamtsleiter von Oberneuland, Herrn Kahl, ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Herr Kau, Sie haben das Wort!

Abg. **Kau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass man sich mit der eigentlich simplen Flächenvergabe in einem Büropark durch Ignoranz, Mogeln, Blackouts, Durchmarschmentalität und Koalitionswänge, also praktisch durch Selbstdemontage, so gegen den Bürgerwillen und ins Abseits stellen kann, das ist schon entblößend und kann parlamentarisch nicht übergangen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfehle Ihnen dazu einmal den Artikel der sicherlich der CDU sonst nicht äußerst freundlich geneigten „taz“ von heute!

Man kann ja über unterschiedliche Wege, die zu einer erstrebenswerten Lösung führen, grundsätzlich anderer Meinung sein und von mir aus auch

darüber streiten, das gilt im Leben nicht nur für die Politik oder insbesondere auch für das Verwaltungshandeln. Worüber sich Bürger in Oberneuland - manche sind ja anwesend - und wir von der CDU-Fraktion aber mehr als wundern müssen, das hält man kaum für möglich. Das Beispiel Büroпарк zeigt ein paar ganz typische Strukturen und Verhaltensweisen einer schon längst abgenutzten rot-grünen politischen Koalition. Dies ist eine Vorgehensweise, welche Bürger und Wähler, die ja schon bald wieder zur Urne gerufen werden, abstößt und wahrlich verärgert sowie verdrossen zurücklässt.

Dabei möchte ich deutlich klarstellen: Natürlich kann man sinnvollerweise Wohnbebauungen in eine solche Fläche einbringen. Das mag ja sogar Sinn machen und kommt unserer CDU-Forderung nach dem Ausweisen von mehr Neubauf Flächen für Neubürger, die wir so dringend brauchen, Frau Linnert, ja auch entgegen.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Aber!)

Natürlich kann eine freihändige Vergabe Sinn machen, die hat es oft ja auch schon einvernehmlich gegeben, aber doch nicht so und nicht in diesem Stil, Herr Dr. Heseler, mit lauter Nebelkerzen drumherum, falschen Schutzbehauptungen, die sich bei näherem Hinsehen als bloße Maske vor wahren politischen Absichten entlarven.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Welche Absichten sind das?)

Ich werde es Ihnen beschreiben, Herr Pohlmann!

Kurz skizziert: Erstens, der Senator für Wirtschaft und seine Behörde sowie die WFB als Grundstückseigentümerin scheren sich - mit Verlaub, Herr Präsident, wenn es auch parlamentarisch unfein ist! - einen feuchten Kehrtritt um die deutlich geäußerten Belange und Ansichten der betroffenen Anwohner und Bürger vor Ort, das werden wir gleich noch einmal näher beleuchten. Herr Dr. Lohse, was Sie eben im Zusammenhang mit der H.-H.-Meier-Allee an Respekt, Lob und Anerkennung für die Beiratsarbeit geäußert haben, klingt doch angesichts der Entscheidung bezüglich Oberneuland hohl und phrasenhaft.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Da gibt es nach Jahren des Stillstands und der rot-grünen Vermarktungsschlappe - so muss man es nennen - die Möglichkeit eines Ideenwettbewerbs

(Zuruf)

auf der Basis eines geänderten Bebauungsplans und eine echte Chance, Herr Pohlmann, einer öffentlichen Ausschreibung

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Büropark ist nun wirklich Große Koalition!)

auf einem absolut lebendigen Immobilienmarkt in Bremen, Herr Günthner, mit vielen kreativen Playern, und Sie vertun sie! Das haushaltspolitisch Notwendige, ja, meines Erachtens sogar Vorgeschiedene, und baupolitisch Ratsame wird rücksichtslos dem parteipolitisch Gewollten untergeordnet. So liest sich Ihre Handschrift in diesem Vorgang, meine Herren, und leider nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Mich persönlich erreichte der Vorgang erst funktional als Vorlage in der Wirtschaftsdeputation, und als dort von anwesenden Beiratsmitgliedern Behauptungen - heute muss man ja sogar sagen Bekundungen - aufkamen, es gebe weitere Mitbewerber und an einer Ausschreibung interessierte Bau- und Projektführer, wurde auf mehrfaches deutliches Nachfragen steif und fest und im Brustton der gespielten Überzeugung konzertiert: Nein, die kennen wir nicht, nein, die gibt es nicht!

Lieber Herr Dr. Heseler, ich möchte ja weniger Ihre Gedächtnislücke bedauern, als Ihnen durchaus schauspielerische Begabungen konstatieren! Manche Teilnehmer waren scheinbar sogar geneigt, Ihnen Glauben zu schenken, so war es vorgetragen. Ich frage Sie ernsthaft: Wo sind wir eigentlich in der politischen Kultur und im Umgang mit parlamentarischer Kontrolle angekommen, wenn man sich nur und erst durch persönliche mehrstündige Akteneinsicht Einblick in die wahre Situation verschaffen kann?

(Zuruf des Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen])

Warum? Sie waren doch gar nicht dabei, Herr Werner! Sie sind doch in der Wirtschaftsdeputation gar nicht gewesen!

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo waren Sie vor 8 Wochen, als wir das hier alles schon einmal diskutiert haben?)

Da war ich auch dabei, da hat Frau Neumeyer schon einmal zu dem gleichen Thema in der gleichen Richtung Stellung genommen! An die Rede kann ich mich sehr gut erinnern.

(Beifall bei der CDU)

Warum? Weil man in der Deputation - wie hieß es in der Zeitung wörtlich, das müssen Sie sich einmal vorstellen! - „unglücklich und missverständlich“ etwas Unzutreffendes mitgeteilt hat, Herr Dr. Heseler. Das ist unter Ihrem Niveau. Ich schätze Sie sonst sehr, weil Sie aus der Hüfte schießen können und die Sachverhalte meistens kennen, aber hier hatte Sie Ihr Gedächtnis total verlassen, und das war eine wichtige Entscheidungsgrundlage in einem Gremium. Entschuldigen Sie, an der Stelle habe ich ein komplett anderes Verständnis von Regierungshandeln!

(Beifall bei der CDU)

Nun zu unseren Gutmenschen, den Grünen, Sie Freunde der Bürgerinteressen, Sie Sachwalter der Initiativen vor Ort, ausgerechnet Sie Teilhabepredigten und Beiräteanbieter, Transparenzwahner und Vergabesaubermänner voll mit im Boot dieser Entscheidung,

(Beifall bei der CDU)

regeltreue Compliance-Prediger, die jahrelang hochgehaltene Prinzipien aus der Oppositionszeit plötzlich zugunsten einer demütigen Koalitionstreue vergessen haben!

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Günther, Sie waren auch nicht dabei! Nur, wer in der Deputationssitzung dabei war und die Herren Saxe und Willmann beobachten durfte und ihnen beim Tuscheln auch zuhören konnte, hat zumindest bei Ihrem völligen Schweigen, Ihrer Körpersprache, Gestik und Mimik wahrgenommen, Herr Saxe, wie unwohl Sie sich gefühlt haben, weil Sie sich lieber enthalten oder dagegen gestimmt hätten, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

In der Beziehung, Herr Saxe, sind Sie ein echter „Radfahrer“, und nur, weil es einmal nicht um Fahrradstraßen wie in der Wachmannstraße ging und es das schwarze Oberneuland und nicht das grüne Sachsenhausen war, hat man sich, vorbei an Beiratsmehrheiten und dem sachlichen Gebot der Teilhabe durch Ausschreibung, der SPD und dem politisch Gewollten untergeordnet.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Kölner Karneval! Der Karneval ist doch vorbei!)

So verlieren sich, Herr Günthner,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Günthner sitzt da übrigens, aber wir kennen das Problem!)

die eigenen hochgehaltenen Tugenden, und so rasch vergisst man, was man als Opposition, Herr Günthner, hier immer gefordert und zum grünen Prinzip erhoben hat.

Herr Senator Dr. Lohse hat hier ja soeben in der Fragestunde noch einmal zur Wachmannstraße und zur H.H.-Meier-Allee ein Beiratslob losgelassen und wirbt im Internet für die Bürgerforen und fordert mitzureden, mitzugestalten und Online-Bürgerbeteiligungen unter „Bremen bewegen“. Herr Günthner, dort wäre es etwas besser, man würde sich auf die Oberneuländer zubewegen, statt seinen virtuellen Vorlieben zu frönen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Mein Fazit ist, leider gibt es keine Moral bei der Geschichte. Die Oberneuländer Bürger sollen sehen, wo sie mit ihrem Mitspracherecht bleiben, ob es gefällt oder nicht, sie sollen schlucken und den Mund halten.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch irgendwie eine Büttensprache nach Aschermittwoch! Aschermittwoch war doch schon!)

Direktvergabe statt Ausschreibung, Herr Günthner,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Günthner oder Güldner? Sie müssen sich jetzt einmal entscheiden!)

obwohl vier und nicht zwei Mitbewerber ihr Interesse an einer Ausschreibung und Teilnahme deutlich und schriftlich bekundet hatten.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aschermittwoch war doch schon!)

Was lernen wir daraus? Grüne mischen sich nur ein, wenn es um ihre Klientel geht.

(Beifall bei der CDU)

Daher auch inzwischen der Begriff der Klientelpartei! Da diese grüne Klientel aber nicht in Oberneuland wohnt, konnten sich die dort im Stich gelassenen Bewohner auf Ihre Unterstützung, Herr Saxe, leider nicht verlassen. Pech gehabt! Bei der Europawahl erwartet man grüne Wahlergebnisse eben in anderen Stadtteilen, die noch rasch mit Fahrradfreundlichkeit aufgemöbelt werden.

Staatsrat Dr. Heseler hat Gedächtnislücken, und zwar nicht auf lange Sicht, Herr Dr. Heseler, sondern recht kurzfristig: Am 12. März 2014 wissen Sie schon nicht mehr, was Ihnen die WFB am 20. Januar 2014 mit einem Tabellenanhang ausführlich zugemailt hat und worauf Herr Dr. Kühling Sie auch noch mittels eines Sprechzettels hinweist, um sein eigenes Fell zu schützen. Dort heißt es wörtlich: „hatte ich Herrn Dr. Heseler ausgeführt, dass es ein Interesse privater Projektentwickler gibt“. Gleich nach der Sitzung, in der Nachbereitung, nimmt man dann den Sitzungsverlauf, wie ich höre, durchaus selbstkritisch wahr, immerhin, aber leider ohne Erfolg für die Oberneuländer. Es bleibt nur zu hoffen, dass der Bremer Bürger irgendwann auch einmal kritisch reagiert, Gelegenheiten dazu wird es in nächster Zeit ja geben. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin erstaunt über die Vermehrung der baupolitischen Sprecher der CDU! Wahrscheinlich werden wir dieses Thema hier noch so oft diskutieren, wie Sie neue baupolitische Sprecher generieren.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Es ist hier kein Theater, sondern die Bürgerschaft! - Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Können Sie das kurz Herrn Kau erklären? Ich überlege die ganze Zeit, ob ich diese kabarettistischen Versuche noch toppen kann oder ob ich es lassen soll! Ich versuche es einmal mit meiner Rede von vor acht Wochen! Der Büropark Oberneuland hat als Gewerbegebiet nicht funktioniert, und er ließ sich als solches nicht vermarkten. Weil das so ist, steht eine Umwandlung in einen Wohnstandort im rot-grünen Koalitionsvertrag nicht geheimnisvoll, sondern lesbar im Gewerbeentwicklungsprogramm, das wir in mehreren Deputationen besprochen und beschlossen haben, im Leitbild Bremen 2020.

(Abg. Kau [CDU]: Wurde ja gar nicht kritisiert!)

Im Juli 2012 wurde es als Projekt beschlossen. Deshalb haben wir uns vor einem Jahr - oder jetzt sind es schon fast eineinhalb Jahre - alle gefreut, als die ARGE Wohnungsbau im Bündnis für Wohnen auch in einer Versammlung, die hinterher Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat, vorgeschlagen hat, dort Wohnungsbau zu entwickeln. Wie man

das Gemauschel nennen kann, ist und bleibt und war mir auch schon vor acht Wochen ein Rätsel.

Ich will Sie nicht weiter mit meiner Rede vom Januar quälen, das war bis jetzt alles daraus zitiert, das hätten Sie dort auch hören können. Sie wissen es seitdem, Sie wissen es auch schon länger und haben eineinhalb Jahre lang nicht protestiert, und Sie protestieren jetzt seit acht Wochen gegen dieses Baugebiet. Warum, das müssten Sie beantworten!

(Abg. Kau [CDU]: Gegen die Vergabeart!)

Nein, Sie haben gerade auch lang und breit - das hat Herr Dr. vom Bruch beim letzten Mal auch getan - gegen das Baukonzept und das städtebauliche Konzept gewettert!

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht!)

Gerade eben!

(Abg. Tschöpe [SPD]: Herr Kau, erinnern muss man sich schon noch ein bisschen können, was man gesagt hat! Das ist keine Altersfrage!)

Vor allem, wenn es erst fünf Minuten her ist! Bei acht Wochen gestehe ich Ihnen das ja zu, aber Sie haben hier vor fünf Minuten doch ganz viel vom Beirat geredet und nicht von der Vergabe. Der Beirat ist doch kein vergaberechtliches Kriterium, das ist doch Quatsch!

Für die Grünen ist klar, die Entscheidungen über städtische Liegenschaften - das haben Sie ja gesagt, da werden Sie sich auch freuen - trifft die Politik. Das war in dieser Angelegenheit übrigens auch so. Es gibt ein hohes politisches Interesse, mit dem Wohnungsbau in Bremen voranzukommen, und es gibt auch, außer bei Herrn Dr. vom Bruch vielleicht und jetzt auch bei Ihnen, Herr Kau,

(Zuruf von der CDU: Und der Zweck heiligt die Mittel!)

ein hohes Interesse, Wohnungsbau in größerem Umfang auch in Oberneuland zu realisieren, und zwar auch schnell.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Sie möchten das verzögern, verhindern, kleiner machen, wie auch immer. Dass dafür die freihändige Vergabe an diesem konkreten Ort sinnvoll ist und war, dazu stehen wir.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Im Hinblick auf den Zeitdruck und das konkrete Konzept, das dort mit der Bauwirtschaft entwickelt wurde, wo die Entwicklung in den letzten Jahren eben nicht vorangekommen ist, liegt für den ehemaligen nicht umgesetzten Büropark Oberneuland ein gutes Konzept vor, das öffentlich und in Ihrem Beisein von der Bauwirtschaft insgesamt im Bündnis für Wohnen gemeinsam getragen und kommuniziert wurde. Dort wurde nicht gemauert, dort wurde gemeinsam entwickelt, aber es herrscht in der Bauwirtschaft - und darauf beziehen Sie sich ja ganz offenkundig und augenscheinlich - über das Projekt inzwischen vielleicht doch weniger Einvernehmen, als es im Bündnis für Wohnen dargestellt wurde, als das Projekt dort unter anderem vorgestellt und einvernehmlich zum Pilotprojekt wurde, auch im Beisein von baupolitischen Sprechern der CDU. Ich weiß nicht mehr, welcher es genau zu der Zeit war, ehrlich gesagt, aber es war ja jemand von Ihnen dabei und hat dort nicht widersprochen.

Es gibt eine Konkurrenzsituation - die Bauunternehmer haben offensichtlich Zoff untereinander -, und diese Konkurrenzsituation ist erst entstanden, das haben wir auch schon vor acht Wochen diskutiert, als das Konzept veröffentlicht wurde, als es in der Zeitung stand. Das ist Ihnen, ich war nicht dabei, aber offensichtlich auch in der Sitzung der Wirtschaftsdeputation berichtet worden. Es gab Bewerber, die sich nach der Presseberichterstattung, nach den Diskussionen im Bündnis für Wohnen und nach der Berichterstattung in den Deputationen gemeldet haben. Die freihändige Vergabe dafür ist möglich, sie scheint mir für das Projekt nach wie vor geeignet und das richtige Instrument zu sein.

Wir finden die Entscheidungsfindung, die Projektentwicklung und die Vergabeentscheidung auch nachvollziehbar, und das würde viel deutlicher, wenn Sie Ihre Kritik am Vergabeverfahren nicht mit lauter Geschmacksfragen und mit so einer komischen Antibauattitüde verbinden würden, die ich sonst auch von der CDU von Herrn Strohmann oder Frau Neumeyer nicht kenne. Trotzdem ist sie ja hier heute aufgetaucht, und vor acht Wochen ist sie schon einmal aufgetaucht. Ich finde, Sie weisen mit dieser Aktuellen Stunde auf eine wirklich wichtige Frage hin: Wir Grünen - das haben Sie ja gesagt - sind generell für Ausschreibungen, das ist für uns auch klar, wo immer das geht und sinnvoll ist, wir brauchen eine Konkurrenz über den Preis, wir brauchen natürlich auch eine Konkurrenz der Konzepte und Ideen, wo immer es geht -

(Abg. Pohlmann [SPD]: Es gibt einen Zeitfaktor!)

genau! -, aber es gibt in diesem Fall einen Zeitfaktor, mit dem wir erreichen wollen, dass da mög-

lichst schnell gebaut wird, und es gibt übrigens auch kein anderes Konzept.

Sie haben hier nichts dargestellt, vor acht Wochen nicht, heute nicht, in den Deputationen nicht, was da genau und konkret anders gebaut werden soll. Dass sich das manche im Beirat anders vorstellen, ist bekannt. Sie haben sich das einmal zu eigen gemacht, einmal auch nicht, einmal so halb. Man muss schon einmal fragen: Welche Rolle - da, finde ich, haben Sie recht - spielen die Entscheidungen für die Vergabe von öffentlichen Liegenschaften, und welche Rollen spielen dort freie Träger und Interessenvereinigungen?

Wir haben uns hier mit der ARGE im Bündnis für Wohnen zusammengetan und dieses Projekt entwickelt. Wir haben hier in der Bürgerschaft vor vier Wochen die Rolle der ESH in der Überseestadt debattiert. Welchen Einfluss hat die ESH dort auf Entscheidungen im Umgang mit Nutzungsentscheidungen für Leerstände der WFB? Wir diskutieren in Findorff, ob der Bedarf, den manche Bürger für einen Bürgertreff anmelden, zu einem Ausschreibungskriterium werden kann und wie er das werden kann und soll, die „Waller Mitte“, die Initiative in Walle, fordert mehr Einfluss ganz konkret auf die Planungsverfahren zum Desdorfer Platz. Für uns ist in allen diesen Fällen klar: Beteiligung bei der Entwicklung ist ein ganz integraler Bestandteil von Stadtentwicklung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist übrigens kein grünes Projekt, wie Sie das darstellen, sondern das ist State of the Art der Stadtentwicklung in ganz Deutschland. Das wird von der Großen Koalition zum Glück stärker gefördert als in den letzten Jahren von Schwarz-Gelb.

Es ist total unstrittig, dass diese Beteiligung zur Stadtentwicklung gehört, das ist kein grünes Wohlfühlprojekt, wie Sie das darstellen, und diese Beteiligung - und zwar die Beteiligung von Bauunternehmen oder von Bürgerinitiativen an solchen Prozessen - dient der Entscheidungsfindung. Die Beteiligung ist kein Wunschkonzert, und die Beteiligung ersetzt nicht die Entscheidungen. Die Entscheidungen treffen die Verwaltungen nach rechtlichen Kriterien, wie schon immer, und die Politik hier im Haus nach politischen Kriterien, da geht es um finanzielle Fragen, und es geht um konzeptionelle Fragen. Deshalb legen sie den Finger da in die Wunde, die wir uns genauer anschauen sollten: Wo und wie lassen wir Interessenvertretungen als politische Zusammenschlüsse direkt an den Entscheidungen teilhaben? Wie entwickeln wir mit Interessenvertretungen Projekte, und wie findet dann eine Vergabe statt? In diesem Fall -

das haben wir jetzt oft genug gesagt - fanden wir die Vergabe so sinnvoll.

Wir diskutieren hier im Grunde inzwischen ein internes Problem der ARGE Wohnungsbau, wenn wir ehrlich sind. Da treten Unternehmer miteinander mit dem Anspruch auf, eine gemeinsame Sprache zu sprechen - so treten sie auch im Bündnis für Wohnen auf -, gemeinsame Interessen zu vertreten und gemeinsame Vorhaben zu realisieren. Irgendwie scheint es dann untereinander Streit und Stress zu geben, und wir stehen hier vor der skurrilen Situation, dass wir ein Projekt der ARGE gutheißen und gegenüber der CDU auch verteidigen, aber unter den Mitgliedern der ARGE dieses Projekt ganz augenscheinlich umstritten ist. Insofern stellt sich für mich die Frage in dieser Aktuellen Stunde: Wessen Interessen vertritt die CDU hier heute?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die der Oberneulander Bebauungsgegner oder die der Bauwirtschaft, wie Sie es sonst gern darstellen, oder nur die Interessen eines Teils der Bauwirtschaft?

(Abg. Pohlmann [SPD]: Dann können die mal ihre eigenen Mitglieder fragen!)

Ich habe in der Zeitung gelesen, den Brief der CDU hat Ihr Parteivorsitzender geschrieben, auf dem gelben Zettel mit dem Thema der von Ihnen eingereichten Aktuellen Stunde ist dieser wieder durchgestrichen, ich finde, das sind komische Phänomene. Die Bauunternehmen wollen da aber bauen, da können wir ziemlich sicher sein, und zwar sowohl die einen als auch die anderen, und ich glaube nicht, dass die einen Bauunternehmer, die Sie möglicherweise vertreten, weniger bauen wollen als die Bauunternehmer, mit denen das Projekt geplant ist.

Sie versuchen hier, im rhetorischen Spagat irgendwie zwei, drei Zielkonflikte, die mit dem Bauen zusammenhängen, zu vermischen. Das funktioniert aber nicht, denn entweder, da wird gebaut - das Konzept haben wir ja mehrfach in unterschiedlichen Gremien debattiert -, oder da wird nicht gebaut. Das ist aber weder im Interesse der Wohnungsbaupolitik noch im Interesse der Wohnungsbauwirtschaft.

Sie betreiben Fundamentalopposition, protestieren aus allen Rohren irgendwie dagegen, inzwischen hat auch Ihre halbe Fraktion hier zu diesem Thema in den letzten Monaten gesprochen. Nichts dazu sagen konnte Herr Dr. vom Bruch

letztes Mal, nichts dazu gesagt haben Sie heute: Was wollen Sie da bauen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Was wollen Sie da bauen? Was soll da stattfinden? Oder andersherum: Was wollen Sie da konkret verhindern?

(Abg. Pohlmann [SPD]: Unser Dorf soll schön bleiben!)

Alles, was Sie fordern, ÖPNV, Kita - das haben wir auch alles letztes Mal schon besprochen -, ist in dem Konzept, was jetzt zur Rede steht und gegen das Sie hier ankämpfen, aufgehoben worden. Ein städtebaulicher Wettbewerb, den Sie fordern, hat stattgefunden, eine Entwicklungswerkstatt. Sie nennen es Ideenwerkstatt, das sind ja alles Begriffshudedeien! Was würden Sie da bauen? Das sagen Sie nicht. Wen wollen Sie da bauen lassen? Das sagen Sie vielleicht irgendwie doch. Gefällt das Konzept der konkurrierenden Unternehmen den Anwohnern und dem Beirat Oberneuland eigentlich besser als das, was im Moment öffentlich ist, und warum ist das konkurrierende Konzept eigentlich nicht öffentlich? Das alles interessiert Sie nicht wirklich, Sie haben davon kein Wort gesagt, in der Januar-Debatte nicht und auch heute nicht.

Dennoch wollen wir Ihre Kritik ernst nehmen und - da kann ich jetzt wieder meine Rede vom Januar zitieren - Ihre Kritik am Verfahren ernst nehmen, die Vergabeverfahren für öffentlichen Grund, auch für den Wohnungsbau und auch im Kontext des Bündnisses für Wohnen, wollen und müssen wir offensichtlich noch einmal konkretisieren. Das nehmen wir als Aufgabe mit. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Kollege Rupp, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund einer etwas angegriffenen Stimme und weil ich auch auf der einen Seite das Thema oder die Vehemenz des vorangegangenen Themas der Aktuellen Stunde und auch die vehemente Kritik daran teile, glaube ich, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo wir den Gegenstand der Kritik vielleicht doch nicht ganz so übertreiben müssen. Ich werde also keine kabarettistische Rede halten. Verzeihen Sie mir, wenn meine Ausführungen nicht so blumig und elaboriert sind wie die meiner Vorrednerinnen und

Vorredner, ich werde versuchen, mich sachlich zu halten.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Du bist ja auch Ingenieur!)

Erstens, wir haben gesagt, dass es eine ausgesprochen vernünftige Idee ist, Wohnungen im ehemaligen Büropark Oberneuland zu bauen, weil er als Büropark einfach nicht zu vermarkten war und Bremen Wohnungen braucht. Deswegen ist es eine gute Idee, so einfach ist das!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Zweitens, ich halte es für durchaus legitim, wenn eine Situation entsteht, in der so etwas notwendig ist, dass man sagt, wir verzichten auf eine Ausschreibung und vergeben freihändig. Auch dem haben wir zugestimmt, weil zunächst deutlich gemacht worden ist, wir haben eine Form von Zeit zu beachten, und wir bekommen Wohnungen schneller, wenn wir es so machen und müssen länger auf Wohnungen warten, wenn wir es ausschreiben.

Ich finde es auch okay, wenn man das, was man an Bieterinnen und Bietern oder an Interessentinnen und Interessenten auf dem Zettel hat, auch nach politischen Kriterien beurteilt. Selbstverständlich finde ich es notwendig zu sagen, wenn es unterschiedliche Ideen oder Interessenten gibt, an die man dann freihändig vergeben kann, dass man dann schaut, wer von ihnen dann am dichtesten an dem dran ist, was wir uns an Zielvorstellungen für diesen ehemaligen Büropark Oberneuland vorgestellt haben, und dann kann man sich auch entscheiden, unter Umständen jemanden zu nehmen, der nicht meistbietend ist. Insbesondere aber dann, wenn es um freihändige Vergabe geht, muss man, glaube ich, diesen Nachweis im Detail bringen. Man muss sagen: Wir haben uns für diesen oder für jenen Bieter entschieden, weil er ein wohnungs-, bau-, oder stadtentwicklungspolitisches Konzept hat, das unseren Zielvorstellungen am nächsten kommt, er bezahlt einen Preis - und das geht ja auch aus den Unterlagen hervor -, der durchaus akzeptabel ist, weil wir inklusive der Erschließungskosten an die obere Grenze der einmal geschätzten Kosten pro Quadratmeter kommen.

Ich finde es schwierig, dass in der Tat die Informationspolitik in der Wirtschaftsdeputation, ich sage einmal, optimierungsfähig ist. Da gab es eine Situation, in der wir direkt nachgefragt haben, und da wurde in der Tat der Eindruck erweckt, das sei der Einzige und den müssten wir jetzt nehmen, andere Alternativen gäbe es nicht, und schon gar nicht in der Geschwindigkeit. Das ist

mein Eindruck, der bei mir hängen geblieben ist. Es ist danach ja noch einmal eine Vorlage verschickt worden, in der das alles im Einzelnen aufgedrösel ist.

Ich finde, wir sind in der Verantwortung, insbesondere wenn freihändig vergeben wird, dass dann vorher gesagt wird, wer mit wem, wie oft, wie viel und warum, also indem die denkbaren Alternativen vorher auf den Tisch gelegt werden, auch als Vorlage in der Wirtschaftsdeputation, damit die Entscheidungen, warum ausgerechnet dieser oder jener bevorzugt oder genommen wird, für alle Deputierten und damit auch für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nachvollziehbar wird. Ich sage einmal ganz vorsichtig, da gibt es Nachholbedarf. Ich erwarte von den Kolleginnen und Kollegen, die dafür verantwortlich sind, also vom Wirtschaftssenator und vom Staatsrat, dass wir vielleicht eher, besser und ungefragt über solche Alternativen informiert werden und dann unsere Entscheidung auf einer anderen Grundlage treffen können und möglicherweise auch einmal sagen können, warum macht ihr das nicht anders. Das zu dem Thema Informationspolitik in der Wirtschaftsdeputation!

Meine Bitte ist einfach: Macht das nicht noch einmal, nicht so, denn sonst muss man sich hier wirklich überlegen, ob man tatsächlich auch als Opposition in bestimmten Fällen sagt, wir haben eine Situation, in der die Regierung dringend handeln muss, in der sie vorgibt, dringend zu handeln, in der sie dann eine Carte blanche bekommt - also man darf freihändig vergeben -, und wir stellen hinterher fest, das hätten wir vielleicht doch nicht machen sollen. So funktioniert es nicht, und da verspielt man sich auch Möglichkeiten, gegebenenfalls schnell zu handeln.

Bei aller Kritik, in vielen Fragen sind wir auch als kleine Fraktion gern bereit, auch einmal zu sagen, wenn ihr das vernünftig begründet, gerade in Wohnungsbaufragen, und wenn es sich lohnt und sein muss, dann macht es. Wir sind ja manchmal froh, wenn Dinge, die vernünftig sind, gemacht werden, aber, wie gesagt, ich finde es notwendig, dass man dann auch vorher die Karten auf den Tisch legt.

Der zweite Aspekt, über den wir hier diskutieren, hat mit dem ersten ja nicht unmittelbar etwas zu tun, das ist die Frage: Inwieweit sind eigentlich die Bürgerinnen und Bürger in Oberneuland an diesem konkreten Projekt, so wie es jetzt vorgestellt wird, beteiligt. Ich entnehme den Unterlagen und den Informationen, die ich habe, dass die Bürgerinnen und Bürger in Oberneuland durchaus sachliche Kritik an diesem Projekt haben. Sie sagen, die Gebäude sind zu hoch, sie sind zu lang, wir

haben keine Kita, und die Anbindung an den Nahverkehr ist nicht endgültig gelöst.

(Zuruf)

Es gibt unterschiedliche Argumentationen, und soweit ich weiß, ist die Argumentation ja auch parteiübergreifend. Es ist nicht nur eine einzige Partei, die gesagt hat, das findet sie nicht gut, sondern das sind ja alle Bürgerinnen und Bürger.

Ich weiß auch, dass man manchmal auch Entscheidungen treffen muss, mit denen man nicht alle Bürgerinnen und Bürger in einem Stadtteil zufriedenstellen kann, aber eines weiß ich ganz sicher: Wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern in Oberneuland sowie mit dem Beirat reden und noch einmal aufzunehmen versuchen, welche konkrete sachliche Kritik sie eigentlich haben, und das möglicherweise in das konkrete Projekt einspeisen, bin ich sicher, dass man davon einen Teil wegnehmen kann, ohne das Projekt zu gefährden.

Ich glaube, es ist jetzt die Aufgabe des Wirtschaftssenators, der entsprechenden Verantwortlichen und der Projektentwickler zu sagen, wir haben jetzt einmal mit euch geredet, da haben wir den Wind von vorn bekommen, und es gefällt euch nicht, was wir hier machen, aber vielleicht gibt es eine Möglichkeit, noch einmal einen Beteiligungsprozess in Gang zu setzen, in dem man schaut, an welcher Stelle man unter Umständen sachlich nachbessern kann, damit dieses Projekt auch in Oberneuland auf mehr Akzeptanz stößt. Das, finde ich, ist auch von denen zu verantworten, die das Projekt entwickeln. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. vom Bruch, CDU-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Pohlmann [SPD])

Nein, Entschuldigung! Der Abgeordnete Pohlmann hatte sich noch gemeldet!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Rupp, man sollte auch wirklich versuchen, sachlich zu bleiben. Ich versuche, die Überschrift noch einmal vorzulesen und wie ich das so empfunden habe: „Freihändige Vergabe an Ex-Senator statt Verkauf an Höchstbietenden - Rot-Grün mauschelt beim Büropark.“

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ex-Senator stimmt ja!)

Ich glaube, das ist ziemlich starker Tobak. Es ist richtig, ich werde auch für meine Fraktion darauf eingehen, was der sachliche Hintergrund ist, aber ich werde mir auch erlauben, im Rahmen dieser Debatte zu diesem Vorwurf Stellung zu nehmen. Ich glaube, das gehört auch zum Parlamentarismus dazu, wenn ehemalige Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses und Senatoren hier so angegriffen werden, dass wir dazu Stellung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der ehemals geplante und auch mit vielen städtischen Finanzmitteln ausgestattete und entwickelte Büropark Oberneuland ist vom Markt nicht angenommen worden - das haben meine Vorredner hier auch gesagt -, und das schon seit Jahren. Man kann es deutlich sagen, da müssen wir nicht darum herumreden, dieses Konzept ist gescheitert.

Es war ein Konzept, das wir auch in der Großen Koalition über lange Zeit entwickelt haben. Der gute Wille, hier auch etwas für den Dienstleistungsbereich zu machen, stand dahinter. Ich empfinde dabei überhaupt keine Häme, sondern man muss hier ganz nüchtern feststellen, dass der Markt ihn nicht angenommen hat, und ich finde es klug und richtig, dass wir uns auch als Rot-Grün ganz offen in unserer Koalitionsvereinbarung, der Debatte darüber und in den vielen Debatten, die wir über Fragen der Wohnungsbaupolitik geführt haben, klar positioniert haben. Wir haben gesagt, dass dieses Areal für den Wohnungsbau, dort, wo es möglich ist, für alle Segmente weiterzuentwickeln ist, das heißt, für den Reihenhausbau, aber auch für den Geschosswohnungsbau, also dass wir auch dieses hier ein Stück in die Normalität unserer Stadtgesellschaft einführen werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Bebauungsplan 2443 zur Änderung vom Gewerbegebiet hin zu Mischgebieten mit Wohnen liegt aktuell öffentlich aus. Die Debatte darüber wurde geführt, und dieser Beschluss zur öffentlichen Auslegung wurde im letzten Jahr einstimmig von der Baudeputation gefasst, also auch mit den Stimmen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU, die in der Baudeputation ihre Arbeit verrichten.

Die Entscheidung hin zu einem Wohnpark ist eines der Pilotprojekte der Bremer Wohnungsbauoffensive des Senats, und der Kollege Werner hat vollkommen recht, es hat eine breite und in-

tensive Debatte gegeben, auch im Bündnis für Wohnen, ob man das überhaupt realisieren kann.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ja, aber nicht vor Ort! Da lassen sie sich nicht blicken!)

Herr Dr. vom Bruch, hören Sie bitte einmal zu! Genauso geht es auch um bestimmte zu entwickelnde Wohngebiete in anderen Stadtquartieren. Ich finde es absolut richtig, dass wir dies auch im Bündnis für Wohnen diskutiert haben. Dort war eine Frage: Haben wir genügend Flächen, sind die 30 Flächen ausreichend, welche haben wir und welche Bedarfe gibt es? Wenn heute über 3 000 Menschen in Bremen eine Wohnung suchen - insbesondere junge Familien, Alleinstehende, aber auch Ältere -, und mit einem besonders hohen Anspruch, hier auch versorgt zu werden, und Studierende im besonderem Maße, dann hat die Politik bei der Entwicklung des Wohnungsbaus vollkommen zu Recht so schnell gehandelt.

Ich komme zu der Frage, dem entziehen wir uns nicht, was es auch heißt - ich habe die Debatte noch in guter Erinnerung, Herr Dr. vom Bruch, Ihre Aussage habe ich mir genau gemerkt und im Protokoll nachgesehen -, den dörflichen Charakter von Oberneuland zu erhalten und dass wir wollen, dass es keine neue Vahr gibt. Das wurde hier diskutiert und von Ihnen vorgetragen, und da gibt es Unterschiede, auch zwischen uns, der Koalition, und Ihrer Sichtweise. Es geht auch um Stadtteilgerechtigkeit, um die Frage, wie wir die Gesamtheit unserer Stadt entwickeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich verstehe die CDU nicht mehr. Zum wiederholten Male - man muss sich das auch einfach noch einmal vor Augen führen, was wir hier schon im Januar diskutiert haben, ich verstehe Sie nicht mehr! - kritisieren Sie den Senat, insbesondere das Bauressort, dass angeblich immer wieder gerade im Bereich der Bautätigkeit zu wenig getan wird. Was haben wir, der Senat und insbesondere das Bauressort, sich hier schon anhören müssen: Es würde nicht genug entwickelt, die Verwaltung würde nicht funktionieren. Manchmal stimmt das leider auch, aber hier nur eine Pauschalkritik zu äußern, das ist ein elementarer Unterschied. Das sind doch Sie gewesen! Hier, von diesem Platz aus, haben Sie es in den Debatten immer wieder gefordert, und jetzt behaupten Sie es im Zusammenhang mit dem Wohnpark Oberneuland, Herr Dr. vom Bruch, es bestehe kein Grund zu diesem künstlich aufgebauten Zeitdruck.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Genau!)

Sie selbst als CDU haben uns immer wieder kritisiert und gefordert, dass gerade in diesen Fragen, was die Bautätigkeit betrifft, die Aktionen schneller werden müssen, dass die Verwaltung auch operativer und schneller handeln muss, und jetzt tun wir es hier, und da sprechen Sie von künstlichem Zeitdruck.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist Ihr Widerspruch, in dem Sie sich auch hier immer wieder bewegen. Nicht umsonst! Da hat der Kollege Werner vollkommen recht, ich möchte auch einmal ganz gern wissen, wer denn beim nächsten Mal hier reden darf und wer dann wieder herausgestrichen wird von Ihrer Seite. Das sind ja die unterschiedlichen Linien, die Sie auch in Ihrer Fraktion haben.

Gestatten sie mir - und das möchte ich auch noch einmal sagen, Herr Kau -, jetzt auch auf den Punkt Ihrer Überschrift dieser Aktuellen Stunde zurückzukommen, freihändige Vergabe - Rot-Grün mauschelt - an ehemalige Kollegen und Senatoren dieses Hauses! Zu dem, was Sie bisher vorgetragen haben, was aber auch Herr Kastendiek, in der Wirtschaftsdeputation gesagt hat, in der Veröffentlichung in der Presse muss ich sagen, ich kann diesen Populismus und auch dieses Skandalisieren, was Sie immer machen und womit Sie sich auf einem Stammtischniveau befinden, einfach nicht mehr ab. Ich kann es wirklich nicht mehr ab, und ich finde es unerträglich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie von der CDU erweisen der politischen Klasse in diesem Land einen Bärendienst, indem Sie ehemalige Senatsmitglieder öffentlich und völlig zu Unrecht an den Pranger stellen, und Sie schaden damit unserem Land insgesamt, das möchte ich einmal sagen, ganz eindeutig.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Sie wissen, dass in dem Firmenkonsortium, das den Zuschlag für das Projekt Büropark Oberneuland erhalten hat, von den fünf Geschäftsführern auch mehrere Ihrer Partei angehören, unter anderem auch in führender Position eines Kreisverband. Ich möchte einmal ganz einfach sagen, Sie - -.

(Abg. Kau [CDU]: Wer ist das denn?)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Rupp, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind für mich drei Fragen offen geblieben. Die erste Frage, die ich habe, ist: Wenn man in der Wirtschaftsdeputation sitzt, und es gibt so etwas wie eine freihändige Vergabe, es gibt offensichtlich andere Interessentinnen und Interessenten, ist es dann eigentlich vermessen, eine Vorlage zu erwarten, die besagt, wir wollen dieses Grundstück an diese oder jene Bieter verkaufen, und im Übrigen gab es noch diese und jene Interessenten, die mehr bieten oder weniger bieten würden, oder wir haben uns entschieden an den Bieter oder die Bieterin, freihändig zu vergeben, aus den und den Gründen, also eine Vorlage, aus der transparent wird, wie man zu dieser Entscheidung gekommen ist! Ich würde das gut finden, und ich weiß nicht, ob das vermessen ist? Meiner Meinung nach gehört das bei einer freihändigen Vergabe dazu, wenn man sich sozusagen auch der Verantwortung dieser Vergabe stellen will. Ich habe so eine Vorlage in der entsprechenden Deputationssitzung nicht gesehen. Ich würde ganz gern die Frage beantwortet haben: Können wir demnächst, wenn so etwas wieder passiert oder ansteht, wenn so etwas notwendig wird, mit einer solchen Vorlage rechnen? Ich denke einmal, das ist im Bereich des Möglichen.

Zweitens finde ich es richtig, wenn jemand die berechnete Vermutung hat, dass die Vergabe nicht deswegen an einen bestimmten Bieter oder eine bestimmte Bieterin erfolgt ist, weil er das beste Konzept, einen akzeptablen Preis und die Ziele, die man hat, erreicht, sondern weil er möglicherweise einmal Ex-Senator ist oder ein Parteibuch hat, dann diese Frage erlaubt ist, und dann muss man den Nachweis erbringen, dass die Vergabe deswegen erfolgt ist, weil es das qualitativ beste Angebot gewesen ist. Dann ist es auch normal, dass Menschen damit zu tun haben, die in Parteien sind. Sonst dürften ja Menschen, die in Parteien sind, überhaupt keine Geschäfte mehr machen. Vetternwirtschaft entsteht dann, wenn man sozusagen ungerechtfertigt aufgrund der Verwandtschaft oder eines Parteibuchs etwas erhält, was man normalerweise sonst nicht bekommen hätte. Wenn so ein Vorwurf im Raum steht, dann, finde ich, gehört er entkräftet. Meines Erachtens ist er noch nicht entkräftet, es ist eher gesagt worden, dass ein solcher Vorwurf nicht statthaft sei. Da bin ich anderer Meinung, und vielleicht kann man das ja auch noch einmal richtigstellen.

Drittens: Ich hätte jetzt erwartet, dass die Rednerinnen und Redner, insbesondere die der Koaliti-

on, auch einmal sagen, ob die Kritik, die im Rahmen des transparenten Verfahrens an diesem Projekt geäußert worden ist, irgendeine Wirkung hat.

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich doch gerade gesagt! - Zuruf des Abg. Pohlmann [SPD] - Vizepräsidentin Schön übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben gesagt, die Beteiligung hat es gegeben, die Kritik hat es gegeben, und Sie haben gesagt, Beteiligung ist aber nicht gleich Entscheidung. Für mich hört sich das so an, als ob sozusagen diese Einwände unberücksichtigt bleiben.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann habe ich das ja möglicherweise falsch verstanden! Dann können Sie ja gleich noch einmal nach vorn kommen und sagen oder irgendwann sagen, an welcher Stelle jetzt welche Einwände des Beirats berücksichtigt werden oder nicht. Das wäre meine dritte Frage. Ich habe den Worten, die hier gesagt worden sind, nicht entnehmen können, an welcher Stelle jetzt die Kritik aus Oberneuland in irgendeiner Weise praktische Auswirkungen auf das Projekt hat. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist es wichtig, am Anfang der Debatte noch einmal eine kleine Begriffsklärung vorzunehmen, weil wir, das ist eben auch schon in den Ausführungen insbesondere des Kollegen Werner deutlich geworden, bei einer freihändigen Vergabe freihändig vergeben. Das heißt, es kommt jemand - und das ist im Bereich von Gewerbeflächen gang und gäbe - zur WFB oder in mein Haus und sagt, ich interessiere mich dafür, mein Unternehmen zu erweitern, ich interessiere mich dafür, etwas zu bauen, ich interessiere mich dafür, ein Grundstück zu kaufen. Dann verweise ich denjenigen, wenn er zu mir kommt, an die WFB und sage, rede mit der Geschäftsführung der WFB - das ist der normale Weg -, dann wird mit ihr darüber gesprochen, und dann findet eine sogenannte freihändige Vergabe statt.

Die freihändige Vergabe ist ein übliches Verfahren. Ich finde es ausgesprochen interessant, dass hier in Teilen der Debatte von der CDU der Eindruck erweckt worden ist, als wäre das etwas ganz besonders Anrüchiges. Ich begrüße den

Altkollegen Herrn Pflugradt oben auf der Tribüne, der kennt sich mit diesen Themen auch ganz gut aus.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Ja, das waren noch andere Zeiten!)

Ich verweise auf das Thema Hafenkante, wo freihändig vergeben worden ist zu einer Zeit, als im Wirtschaftsressort, dem ich jetzt vorstehe, ein CDU-Senator - ich weiß nicht mehr genau, wer das war - gesessen hat. Ich verweise darauf, dass wir, ich glaube, im Dezember - -.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Im Januar! Januar!)

Jedenfalls findet man im Protokoll zur letzten Bürgerschaftsdebatte zum Thema Büropark Oberneuland, dass wir im Dezember eine freihändige Vergabe in der Wirtschaftsdeputation gemacht haben, wo es um ein Grundstück an der Rennbahn gegangen ist. Ich erinnere mich übrigens gut an die Debatte, weil in der Wirtschaftsdeputation in dem Zusammenhang der Kollege Rupp die Frage gestellt hat: Könnte man da nicht eigentlich auch Wohnbebauung machen? Ich habe es jetzt leider nicht mehr im Kopf, aber es gab auch aus den Reihen der CDU eher höhnische Stimmen, die darauf verwiesen haben, also an der Stelle ja nun gerade nicht, es gebe ja nun besondere Interessen, also ein völlig normales Verfahren, freihändige Vergaben durchzuführen.

Genauso gehört dazu festzustellen, dass in diesem Fall ein potenzieller Investor uns angesprochen hat, gesagt hat, ihr plant im Büropark Oberneuland etwas anderes, Gewerbeflächenentwicklungsplan ist im Schwange, in der Diskussion gewesen, das, was an wohnungspolitischen Grundlagen beschrieben worden ist, das Wohnungsbauziel, das der Senat ausgegeben hat, ich habe Interesse, auf dieser Fläche etwas zu machen. Wir haben zu ihm gesagt, gehe zur WFB, rede mit der WFB, weil es sich um einen ehemalige Gewerbefläche handelt, die umgewandelt worden ist, ist sie für die Vermarktung zuständig. Da hat es keine politische Einflussnahme gegeben, es hat keine Mausehelei gegeben. Es ist mit diesem Investor genauso umgegangen worden, mit den Unternehmen, die dahinter stehen, wie mit jedem anderen Investor in dieser Stadt umgegangen wird.

Ich will Ihnen auch an dieser Stelle eines sehr deutlich sagen, weil ich durchaus die feinen Nuancierungen wahrgenommen habe zwischen der kraftvollen Überschrift, mit der Sie die Aktuelle Stunde hier, wie ich finde, in Teilen in diffamierender Weise angemeldet haben,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

und der Art, wie dann von Herrn Kau und von Herrn Dr. vom Bruch die Debatte geführt worden ist. Mir persönlich - ich nenne jetzt kein Kraftwort - ist es vollkommen egal, ob der Geschäftsführer eines Unternehmens Ex-Senator Peter Sakuth ist, Ex-Senator Jörg Kastendiek, Ex-Senator Jens Eckhoff, Ex-Senator Ronald-Mike Neumeyer, es ist mir vollkommen egal! Für mich geht es darum, bei Vergaben, bei wirtschaftlichen Themen in dieser Stadt sicherzustellen, dass das Beste für diese Stadt gemacht wird, dass das gemacht wird, was wirtschaftlich gut für diese Stadt ist, und da spielt die Frage des Parteibuches jedenfalls für mich als Wirtschaftssenator überhaupt keine Rolle, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir zu der Erkenntnis kommen, dass es Ihnen ja offenbar nicht so sehr um die freihändige Vergabe in diesem Vorgang geht, weil ich ja eben dargestellt habe, in welchen Fällen sie ohne Weiteres bereit waren, freihändige Vergaben durchzuführen, dann muss man sich doch die Frage stellen - da, finde ich, hat Herr Dr. vom Bruch gegen Ende seiner Rede die Katze aus dem Sack gelassen -, worum es Ihnen eigentlich geht! Es geht Ihnen auch nicht um Oberneuland.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Doch, natürlich!)

Sie haben gegen Ende Ihrer Rede gesagt - das ist sozusagen das, was der Kollege Herr Werner gesagt hat, wer mit einem Finger auf jemanden zeigt, auf den zeigen drei zurück - ,Sie haben gesagt, an die rot-grüne Koalition gerichtet und an den Senat gerichtet, Ihnen geht es doch nur darum, vor dem Wahltermin noch Spatenstiche zu machen! Das von einer Partei, die sonst generell findet, es würden zu wenige Spatenstiche in dieser Stadt gemacht! Interessanter Hinweis!

Ja, uns geht es darum, dass wir das aus unserer wohnungsbaupolitischen Erkenntnis umsetzen, die beschrieben worden ist, nämlich, dass wir zu wenige Wohnungen in Bremen und vor allem zu wenige Wohnungen für Menschen mit kleinem Einkommen haben, deswegen auch das Ziel von 25 Prozent im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Uns geht es darum, Wohnungsbauprojekte in dieser Stadt zu realisieren, und zwar wiederum nicht, weil irgendwann einmal wieder ein Wahltermin ist, sondern weil wir es politisch für notwendig halten, weil wir es sozialpolitisch für notwendig halten, weil es nach unserer Auffassung

die richtige Antwort auf die wohnungspolitischen Probleme in Bremen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb ist dieses Verfahren so transparent, wie Sie es hier mehrfach diskutiert haben und wie es aus den wohnungspolitischen Dialogen aller möglichen Beteiligten beschrieben worden ist, vonstattegegangen.

Noch einmal: Ich würde in der gleichen Situation wieder genauso handeln. Ich würde in der gleichen Situation wieder einen Unternehmer, der kommt und sagt, er würde gern Wohnungsbau auf einer Fläche machen, die wir umnutzen wollen, zur Wirtschaftsförderung schicken und sagen: Reden Sie mit ihnen darüber. Wenn man etwas anderes will, wenn man sagt, wir wollen generell Ausschreibungen durchführen, dann kann man das ja machen - das ist ja beispielsweise ein Instrument, das wir für die Überseestadt miteinander gemeinschaftlich gewählt haben -, aber wenn uns bestimmte Instrumente im Bereich der Vergabe und der Vermarktung von Flächen zur Verfügung stehen, dann nutzen wir sie vollumfänglich aus, um die vorhandenen Ziele zu erreichen.

In diesem Zusammenhang von Mauschelei zu reden, soll politisch uns diffamieren, aber natürlich diffamiert es in genau dem gleichen Maße die Unternehmen, die an der ARGE beteiligt sind, und deswegen finde ich diesen Vorwurf ausgesprochen unredlich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen stünde es Ihnen, glaube ich, auch nach dieser Debatte gut an, wenn Sie sich bei den beteiligten Unternehmerinnen und Unternehmern, die sehr viel für den Wohnungsbau machen wollen, entschuldigen würden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Pohlmann [SPD]: Jawohl, schämt euch!)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 24. März 2014

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Einzelhandel in der Bremer Innenstadt stärken

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. November 2013
(Drucksache 18/411 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort Herr Kollege Kastendiek, CDU-Fraktion.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass der Weg zum Podium nicht von der Redezeit abgeht.

(Senatorin Stahmann: Doch!)

Meinetwegen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Einzelhandel haben wir hier in der Bürgerschaft in den letzten Monaten des Öfteren behandelt und debattiert, zuletzt im Dezember auf Antrag der Regierungsfractionen. Wir hatten damals unseren Antrag zu dieser Thematik Einzelhandel eingebracht, leider ist es nicht zu einer Verknüpfung dieser beiden Anträge gekommen, was wir sehr bedauert haben, weil der engere Zusammenhang gegeben war. Ich will jetzt aber nicht so sehr darüber sinnieren, warum und wieso.

In dem damaligen Antrag von Rot-Grün ist die Kritik Senat deutlich geworden, die die Regierungsfractionen an dem Vorgehen bei dem Thema Innenstadt hatten. Wir teilen diese Kritik, die auch in der Debatte im Dezember geäußert worden ist, dass an ganz entscheidenden Punkten eine Konkretisierung des Innenstadtkonzeptes 2020 fehlt. Wie zurzeit die Situation ist, sieht man ja auch anhand der aktuellen Ereignisse rund um das Thema Ansgaritor beziehungsweise Lloydhof: Wenn einer der renommierten Projektentwickler im Bereich von Einzelhandelsimmobilien abspringt, dann kann man nicht einfach so darüber hinweggehen, sondern man muss sich schon Gedanken machen, ob das gewählte Verfahren zu den Parametern das Richtige ist. Er ist ja nicht der Erste, der abspringt, die Management für Immobilien AG, mfi, war eine derjenigen, die schon relativ früh die Flinte ins Korn geworfen hat, und sie ist ähnlich renommiert wie ECE. Vor diesem Hintergrund wäre, glaube ich, ein wenig Selbstreflexion erforderlich.

Wir haben jetzt in unserem Antrag die Punkte noch einmal aufgegriffen, denn wenn man sich die Geschichte der Innenstadtentwicklung anschaut, nämlich was in den letzten vier bis fünf Jahren vonseiten des Senats vorgetragen worden ist, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass zwar viel Papier beschrieben, aber leider konkret wenig umgesetzt worden ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Uns wurde im Jahr 2009 im Rahmen des Leitbildes das Zentren- und Nahversorgungskonzept vorgelegt, welches als Zukunftskonzept bezeichnet, aber letztendlich offensichtlich nicht weiter umgesetzt worden ist.

Wir hatten im Februar 2010 im Rahmen einer gemeinschaftlichen Deputationssitzung das Thema Ansgaritorviertel, in der wir vonseiten der CDU-Fraktion deutlich Kritik geübt haben, weil es nämlich keinen übergeordneten Rahmen, keinen Masterplan, wie immer Sie das nennen wollen, gab, in dem die Eckpunkte der Innenstadtentwicklung für die kommenden Jahre festgelegt sind.

Wir haben im vergangenen Jahr dann gesehen, dass der Senat diese Kritik - leider viel zu spät, aber er hat es ja zumindest getan - aufgenommen und versucht hat, ein Innenstadtkonzept darzulegen, das aber leider viel zu unkonkret und zu wenig speziell ist, insbesondere was die vorgeschriebenen Maßnahmen und einzelnen Projekte angeht. Deswegen waren wir auch verwundert, nachdem im September in der Deputationssitzung die rot-grüne Koalition überhaupt nichts zu diesem Innenstadtpapier gesagt hat, dass kurz danach ein Antrag das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat.

Unsere Kritik ist und bleibt, daran ändert auch nichts, dass die rot-grüne Koalition im Dezember ihren Antrag beschlossen hat: Es fehlen konkrete Maßnahmen, es gibt keine Beschlüsse. Wir werden leider die Situation haben - und das ist eine Prognose aufgrund der Art und Weise, wie sich der Senat zumindest in der Vergangenheit bei diesem Thema positioniert hat -, es wird auch zukünftig so sein, dass man nicht genau weiß, zu welchem Zeitpunkt man gedenkt welche Maßnahmen umzusetzen. Das ist, glaube ich, einer der zentralen Punkte, meine sehr verehrten Damen und Herren, den es umzusetzen gilt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen von unserer Seite aus in wenigen Stichworten den Antrag noch einmal in Erinnerung gerufen! Erstens, es fehlt an einem Zeit- und Maßnahmenkatalog, hier muss der Senat klar und deutlich sagen, wann er zu welchem Zeitpunkt was machen will. Das wollen auch die Investoren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zu glauben, dass sich jemand auf irgendeine Blackbox einlässt und viele Millionen Euro investiert - -. Wir sprechen beim Ansgaritorviertel von einem Gesamtinvestment in dreistelliger Millionenhöhe, das ist nicht irgendein Kaninchenstall, der gebaut werden soll, sondern betrifft ganz konkrete hohe Investitionen mit einer hohen Qualität, und da müssen die Beteiligten wissen, worauf sie sich einlassen.

Zweitens, auch das geht aus dem Innenstadtkonzept zu wenig hervor, es geht um das Marketingkonzept, um die Nachhaltigkeit der Marketingmittel, die im WfB-Haushalt zu verstetigen sind. Auch das ist ein ganz zentraler Punkt, der sich an keiner Stelle wiederfindet, auch im Haushalt nicht. Hier gilt es nachzubessern und dann letztendlich auch zu überprüfen und zu schauen, inwiefern die sogenannten Trittbrettfahrer stärker an der Marketingumlage beteiligt werden

(Glocke)

- ich komme zum Ende -, nämlich die ganzen Filialisten, die sich aus der Gemeinschaft herausziehen und von dem überregionalen Standortmarketing profitieren. Das kann nicht sein, auch das ist nicht in Ordnung, und hier gilt es natürlich in der Zielsetzung, den inhabergeführten Einzelhandel, den Mittelstand, der die Unverwechselbarkeit der Bremer Innenstadt ausmacht, am Ende zu stärken. Deswegen bitten wir um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Saxe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe hier als erstes Stichwort stehen: Erwartungshaltung zum CDU-Beitrag ist Innenstadtbashing! Die Erwartung ist voll erfüllt, muss ich sagen, es ist genau das passiert, was ich befürchtet habe, dass nämlich auf diesem Standort herumgehackt wird. Die Frage ist: Stimmt denn das, was die CDU da sagt? Was sagen eigentlich die Nutzer dazu?

Es gibt einen neuen Brandmeyer Stadtmarken-Monitor, und da hat sich die Innenstadt verbessert, wohlgemerkt im Zeitraum 2007 bis 2013. Darin wird die Bremer Innenstadt als besonders attraktiv bewertet, Bremen ist unter den Top Ten der deutschen Innenstädte auf Platz 9.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es steht noch sehr viel mehr darin. Was hat sich noch verändert zwischen 2007 und 2013? Die Zufriedenheit mit der Stadt hat sich sehr verbessert, die Note Eins geben inzwischen 29 Prozent der Bremerinnen und Bremer dieser Stadt statt vorher 27 Prozent, die Note Zwei 48 Prozent statt 43 Prozent. Das ist eine satte Steigerung von 70 auf 77 Prozent. Eine Innenstadt, die daniederliegt, wird nicht solche Bewertungen bekommen,

sondern wir müssen ganz eindeutig sagen, die Innenstadt ist der zentrale Anziehungspunkt für alle Bremerinnen und Bremer und vor allen Dingen auch für alle Besucherinnen und Besucher, die in unsere Stadt kommen. Noch eine weitere Zahl, mit der wir in Bremen ganz spitzenmäßig sind, nämlich die emotionale Bindung unserer Bürger in Bremen, die hat sich von 1,88 auf 1,82 - Schulnoten sind das - verbessert und ist damit die allerbeste in ganz Deutschland. Ich finde, darauf kann man ganz stolz sein. Das heißt, dass die Menschen das ganz anders wahrnehmen, als Sie uns das hier schildern.

Auch das Tourismusziel Bremen hat sich signifikant verbessert. Ich weiß noch, wie wir hier miteinander debattiert und Sie auch da Tourismusbashing betrieben haben. Sie schauen jetzt zwar zur Seite weg, aber da war es ganz eindeutig so, dass Sie im Prinzip den Untergang des Tourismusstandortes Bremen befürchtet haben. Wir haben nun in Bremen und Bremerhaven die Marke von 2 Millionen Übernachtungen überschritten, und da kann man doch nicht sagen, dass wir hier nun eine Krisensituation hätten. Wenn Sie mir sagen würden, das Bessere ist der Feind des Guten, auf der Debattengrundlage könnten wir

anfangen. Wir könnten sagen, wir sind schon gut, und wir können noch besser werden. Wenn wir so anfangen - -.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Hören Sie doch einmal zu in einer Debatte!)

Ich kann Ihnen schlecht zuhören, was wollten Sie?

(Zuruf des Abg. Kastendiek [CDU] - Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht hören Sie wirklich zu! Es geht darum, die Innenstadt zu stärken, und mit solchen schlechtmachenden Redebeiträgen, wie Sie sie hier immer wieder einen nach dem anderen abliefern, schaden Sie diesem Standort Bremen. Gut, das nehmen Sie billigend in Kauf, weil Sie hoffen, dass Sie damit Wahlen gewinnen, aber nachhaltig ist das, was Sie machen, ganz bestimmt nicht!

Sie haben, Gott sei Dank, die Erreichbarkeit der Innenstadt nicht erwähnt. Auch das wird in diesem Brandmeyer Stadtmarken-Monitor bewertet. Die Bremer bewerten die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in dieser Stadt mit einem Plus. Sie haben nämlich wahrgenommen, dass sie die Infrastruktur hier um 15 Prozent besser bewerten, und die Externen bewerten sie um 16,2 Prozent besser. Auch die externen Unternehmer bewerten die Verkehrsanbindung als sehr viel besser.

Ihre konkreten Beschlussvorschläge muss man dann auch einmal ganz genau anschauen. Sie listen da eine Million Euro in einem Jahr und 2,5 Millionen Euro im anderen Jahr auf. Das haben wir zweimal in Deputationen diskutiert, deswegen weiß ich gar nicht, warum Sie das nicht mehr gegenwärtig haben oder ausgeblendet haben, dass es diesen Maßnahmenkatalog schon längst gibt. Haben Sie nicht gesehen, da waren Sie nicht da?

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das ist ja auch kein Maßnahmenkatalog! Das ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht!)

Darin stehen Mittel von über 12 Millionen Euro für die Jahre 2014 und 2015. Man kann also nicht sagen, dass hier nichts passiert ist. Sie müssen einfach wahrnehmen, dass der Unsinn, den Sie hier an die Wand malen, einfach nicht stimmt. Die Menschen nehmen das ganz anders wahr, als Sie das hier darstellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gab von Herrn Strohmann eine lustige Wortmeldung - der ist leider draußen - in der Wirt-

schaftsdeputation, als er Sie vertreten hat. Er hat gesagt, 20 Jahre wäre nichts passiert. Ich glaube, die Kollegen können sich noch gut daran erinnern,

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Ja, das stimmt! Das kann ich bestätigen!)

es fiel übrigens auch mit in Ihre Zeit. Das war ausgesprochen peinlich, weil wir nämlich sagen müssen, in dem Zeitraum hat die öffentliche Hand etwa 170 Millionen Euro investiert, und es ist eine Milliarde Euro an privatem Kapital dazugekommen. Es ist also sehr viel gemacht worden.

Sie fordern in Ihrem Beschlussvorschlag auch, dass wir mehr für die BIDs tun müssen. Ich liste das jetzt, wie gesagt, nur der Reihe nach auf, was Sie da aufgeschrieben haben. Das ist ein bisschen alt, das gebe ich zu. Inzwischen gibt es längst das zweite Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren. Das liegt also längst vor. Bremen ist für ganz Deutschland so eine Art Zentrum in der BID-Bewegung, Hamburg ist noch etwas besser, muss man sagen. Ich weiß, DIE LINKE sieht das mit den BIDs eher nicht so positiv, das habe ich wahrgenommen. Ich kann die Bedenken dabei auch verstehen, sehe aber, dass wir gerade mit unseren drei BIDs, die wir haben - die Sögestraße ist hinzugekommen -, Preise gewinnen und man bundesweit wahrnimmt, dass wir mit BIDs ganz gut dastehen.

Dann haben Sie noch als Drittes vorgeschlagen, und das ist eben das, was Sie an Konzept vorschlagen, das kommunale Zentren- und Einzelhandelskonzept kontinuierlich an die Handelsentwicklung und neue Einzelhandelstrends anzupassen.

Das sind die drei Sachen, die Sie erwähnt haben. Das ist das große Konzept, das Sie für die bremische Innenstadt geplant haben. Ich mache mir echt Sorgen darum, wenn Sie irgendwann einmal in die Regierung gelangen, dass Sie mit so einem Minikonzept diese Probleme, die Sie da konstatieren, die es gar nicht gibt, denn die Menschen nehmen es ganz anders wahr, lösen wollen. Das macht mir wirklich Sorgen. Das ist ein Offenbarungseid. Sie haben es vorhin zu einem anderen Zeitpunkt ein Armutszeugnis genannt. Was in diesem Antrag steht, das ist wirklich ein Armutszeugnis!

Wir haben uns da als Koalition etwas ganz anderes mit auf den Weg genommen, wir haben nämlich den Einzelhändlern zugehört. Es gab vier Veranstaltungen im letzten Jahr, in denen ging es um die Sorgen der Einzelhändler, was die sich wirklich für Sorgen machen. Ganz klar, Sie deuten

es damit an, dass es veränderte Einzelhandelstrends gibt. Ja, meine Güte! Seit zehn Jahren gibt es einen Strukturwandel im Einzelhandel, und Sie reden davon, dass es vielleicht Einzelhandelstrends gibt, an die man sich dann irgendwann anpassen könnte. Nein, es ist fünf vor zwölf! Die Einzelhandelslandschaft verändert sich, und da haben wir als Koalition, denke ich, einen sehr guten Vorschlag gemacht, der die Ängste und Sorgen der Einzelhändler aufgenommen hat. Ich habe Sie bei den Veranstaltungen leider nicht sehen können, aber Sie haben sich wahrscheinlich berichten lassen, was da gesagt worden ist. Davon steht nichts in Ihrem Antrag, und Sie sind ganz weit weg von einer Zukunftsfähigkeit für den bremischen Einzelhandel. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Oppermann, Fraktion der SPD.

Abg. **Oppermann (SPD)*:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kastendiek, alter Wein in neuen Schläuchen bringt keine bessere Qualität und keinen besseren Inhalt.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Aber nichts gegen alten Wein!)

Wir haben diverse Male über dieses Thema diskutiert, ich denke noch an die große Diskussion zum Innenstadtkonzept 2025. Ich sage einmal, wer so redet, wie Sie hier momentan vortragen, und da gebe ich dem Kollegen Saxe recht, der zieht unseren Standort hier herunter. Wir sind alle aufgefordert, uns hier im politischen Raum für diese Stadt und für die hier Schaffenden einzusetzen. Da hilft es uns wenig, wenn wir sagen, wir machen hier nichts, und ihr macht da nichts. Das kann man aus der Sicht der Opposition leicht machen, aber ich denke, das hilft den Agierenden, dem Einzelhandel und der Innenstadt überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte Folgendes sagen: Wir haben in der Innenstadt natürlich mit den Zentren von Umlandstandorten zu kämpfen, das ist keine Frage, aber wir werden uns diesem Problem auch stellen. Wir sind in der Diskussion und in der Planung, was das Ansgari-Center angeht. Da ist ein Investor abgesprungen, aber es gibt diverse Gespräche, und die ECE ist nicht das Allheilmittel für Zentrenkonzepte, sondern es gibt auch noch andere. Das muss in Ruhe und in aller Tiefe hier beraten werden, um das zu beschließen.

Wir haben gerade in der Anfangsphase ja erleben müssen, wie sich hier die Inhaber großer Kaufhäuser, was das Gebäude angeht, drehten, weil Unternehmen auf einmal erkannt haben: Hier kann sich etwas bewegen, hier wollen wir eben eine schnelle Mark machen. Wir wollen das vermeiden, darum haben wir auch seinerzeit den Lloydhof aufgekauft, damit wir dieses Gebäude hier nicht als Spekulationsobjekt dem Markt überlassen.

Ich möchte auch noch einmal Folgendes sagen: Das Ressort ist gerade dabei, hier zusammen mit den Agierenden eine Ideensammlung zusammenzustellen: Was kann man hier machen? Es sind in diesem Sinne auch sehr viele Private gefordert, nicht nur die Stadt oder der Staat als solche, sondern hier sind auch die Eigentümer gefordert, sowohl die Immobilieneigentümer als auch die Geschäfte, die sich hier verdingen. Insofern brauchen wir auch eine gewisse Zeit, um etwas Vernünftiges zu stellen.

Konkretisierung und Umsetzung sollen in Schritten erfolgen. Das ist auch richtig so, bevor wir hier mit einem Schnellschuss, so wie Sie das vielleicht gern haben möchten, Dinge tun, die uns am Ende nicht helfen. Einen Zeit- und Maßnahmenkatalog oder eine Planung, das haben wir bereits in der Deputation gefordert, das hat der Kollege Kottisch seinerzeit gegenüber dem Senator gesagt, erwarten wir vom Ressort in Bälde, damit man sich daran abarbeiten kann.

Zu den Forderungen: Ich habe eben gerade etwas zu der Maßnahmenplanung gesagt, sie ist auf den Weg gebracht worden, sie läuft gerade. Das wäre der große erste Punkt. Ich will zum zweiten Punkt etwas sagen, der Kollege Saxe hat das auch schon angedeutet, was das BID-Gesetz angeht, was die BIDs im Ansgari-Center, in der Sögestraße und selbst im Viertel angeht, da mag es hier und da ein wenig haken, aber insgesamt höre ich jedenfalls von vielen Agierenden nur Positives. Ich finde, das ist alles auf den richtigen Weg gebracht. Auch das braucht so seine Zeit.

Wir wollen, und das ist, was Sie in Punkt drei geschrieben haben, das kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept der Stadt kontinuierlich an die Handlungsentwicklung anpassen. Wir hatten vor ein paar Monaten die Diskussion zum E-Commerce. Ich sage einmal, das ist eine Veränderung im Bereich des Einzelhandels, auch der muss man sich stellen.

Das Innenressort redet gerade mit den Beteiligten darüber, was die besten Schritte sind und was getan werden kann, um auch den inhabergeführten Einzelhandel in Bremen zu unterstützen. Ich

mache mir weniger Sorgen um die hier vorhandenen großen Filialisten und Warenhausketten, sie können das alle selbst machen und betreiben auch schon E-Commerce. Ich bin aber der Auffassung, wir sollten - und das machen wir auch und wollen wir auch machen - uns um den inhabergeführten Einzelhandel kümmern, sodass wir dem die Möglichkeit offerieren, die Chance geben und unterstützen, auch in diesem Segment Geld zu verdienen.

Hinsichtlich der Fläche muss man in der Tat schauen, ob die 800 Quadratmeter, die in unserem Einzelhandelskonzept stehen, noch zeitgerecht sind. Es gibt viele, die sagen, dass das so richtig sei. Wir haben momentan sehr viele Familien, Mütter und Väter, die mit den Kinderwagen in die Märkte fahren, wir haben auch viele ältere Herrschaften, die mit ihren Rollstühlen und Rollatoren in die Märkte fahren, sie brauchen den entsprechenden Platz, um mit ihren Wagen dort durchzukommen, ebenso wie die anderen Kunden, die mit dem Einkaufswagen dort durchfahren. Insofern brauchen wir eine größere Fläche. Wir müssen wohl überlegen und auch sehr pragmatisch handhaben, von der 800-Quadratmeter-Fläche abzuweichen. Vielleicht kommen wir eines Tages auch dahin, dass wir eine andere Fläche festlegen, aber man sollte vieles pragmatisch halten und handhaben.

Ich habe jedenfalls den Eindruck, dass wir das hier so machen. Ich glaube, dass die Koalition und die Agierenden auf dem richtigen Weg sind. Wie gesagt, alter Wein in neuen Schläuchen bringt keinen besseren Inhalt. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß gar nicht, was Sie gegen alten Wein haben, aber möglicherweise schmeckt er in neuen Schläuchen nach Schwefel oder Ähnlichem. Ich weiß es nicht genau, auf jeden Fall finde ich dieses Bild in dem Zusammenhang nicht angebracht. Es gibt einen Antrag der CDU, der den Einzelhandel in Bremen stärken will. Ich finde, das ist zunächst einmal ein Ziel, das geteilt wird. Wir streiten sozusagen über die Fragen, wer es eigentlich macht und wer nicht und ob es dort bessere Möglichkeiten gibt.

Ich möchte damit beginnen zu wiederholen, was wir in dieser Debatte immer gesagt haben: Unse-

rer Meinung nach hat dieses Einzelhandelskonzept einen Geburtsfehler. Es fußt darauf, die Agentur Junker + Kruse hat irgendwann einmal in ihrer Studie festgestellt, dass die Bremer Innenstadt im Vergleich zu anderen Städten im Verhältnis zur gesamten Stadt weniger Einzelhandelsflächen hat. Daraufhin hat man den Schluss gezogen, dass wir in der Innenstadt mehr Einzelhandelsflächen brauchen. Dabei hat man vernachlässigt, in derselben Studie steht, dass die Einzelhandelsfläche in Bremen pro Kopf ungefähr genauso groß ist wie in vergleichbaren Städten in der Bundesrepublik.

Die interessante Frage ist, ob es eine Notwendigkeit gibt, die Einzelhandelsflächen in der Innenstadt auszuweiten - das ist Bestandteil des Innenstadtkonzeptes -, zum Beispiel im Ansgariviertel. Wir schaffen unter anderem mit dem am Bahnhofsvorplatz geplanten Gebäude 9 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche, irgendetwas in der Größenordnung. Ich sage Nein! Wenn wir Bremen als Stadt mit einem attraktiven Zentrum, aber auch mit vergleichbaren Nebenzentren aufrechterhalten wollen, dann ist es meines Erachtens nicht richtig, die Einzelhandelsflächen der Innenstadt überproportional auszuweiten. Wir können stattdessen gern darüber reden, wie man diese Flächen qualitativ aufwertet, wie man sie vielleicht anders strickt.

Meiner Meinung nach brauchen wir in der Innenstadt nicht mehr Einzelhandelsflächen, zumindest nicht in der Größenordnung von 10 bis 15 Prozent, wie es jetzt in den Entwürfen steht, im Gegenteil. Nehmen wir diese Einzelhandelsflächen, dann entsteht unter Umständen ein negativer Effekt auf die Nebenzentren in Bremen, die genauso angenommen und für die Bewohnerinnen und Bewohner genauso wichtig sind. Ich erinnere daran, wenn man von der einen Seite durch Bremen fährt, sind es ungefähr 10 Kilometer, und wenn man auf der anderen Seite von Ost nach West fährt, sind es ungefähr 40 Kilometer. Es ist keine Scheibe.

Meines Erachtens ist es daher richtig, dass dieses Einzelhandelskonzept, das deutlich auf die Innenstadt fokussiert ist und deutlich mehr Einzelhandelsflächen dort haben will, zu kritisieren ist und möglicherweise auch nachgebessert werden muss, vor allem auch deswegen, weil wir die Waterfront mit 44 000 Quadratmetern haben. Es wird ein Outlet Center in Stuhr eröffnet, und der Weserpark will in der Größenordnung von 20 000 Quadratmetern erweitern. Die Frage ist, ob wir mit einem Konzept, welches dann auch noch in der Innenstadt mehr Einzelhandelsflächen organisiert, einen ruinösen Wettbewerb erzeugen, bei dem hinterher keiner mehr vernünftig existieren kann.

Deswegen ist die Forderung, das bestehende Konzept mit Maßnahmen zu hinterlegen, Zeitangaben zu machen und mit Finanzvolumina zu hinterlegen, der falsche Weg, wir brauchen eine Umorientierung im Innenstadtkonzept.

Wir sind skeptisch, was die Business Improvement Districts, also die Geschäftsverbesserungsareale, Geschäftsverbesserungsdistrikte, angeht.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Gebiete!)

Es zeigt eine gewisse Art der Hilflosigkeit, wenn man versucht, eine Gemeinschaft von Werbegemeinschaften und Menschen, die dort wohnen, zu erzwingen. Wir sind davon nicht überzeugt. Unabhängig von der Frage, ob es gut ist oder nicht, schließe ich mich der Tatsache an, dass es keine bürokratischen Hürden mehr gibt, die man erst abbauen müsste, um noch mehr BIDs zu schaffen. Meines Erachtens sind die Voraussetzungen, wenn man es denn möchte und gut findet, hinreichend.

Die dritte Forderung ist, das Zentren- und Nahversorgungskonzept der Stadt Bremen kontinuierlich anzupassen. Grundsätzlich finde ich, dass das ein vernünftiger Ansatz ist, wir müssen das Zentren- und Nahversorgungskonzept, aber auch - das fehlt wieder - das Nebenzentrenkonzept und damit das Nahversorgungskonzept mit ins Auge fassen, denn wenn wir uns auf das Zentrum fokussieren, vernachlässigen wir die Nebenzentren. Das liegt in der Natur der Sache. Deswegen kommt an dieser Stelle die Frage, was man dort in den Fokus nehmen muss, deutlich zu kurz, wenn man nur das Zentrum und die Nahversorgung berücksichtigt. Man braucht die Nebenzentren, und solch eine Antwort, kontinuierlich an die Handelsentwicklung und Einzelhandelstrends anzupassen, ist aus der Phrasendreschmaschine. Das ist für mich sehr substanzlos, und wenn man nicht sagt, was genau man damit meint und welche Mechanismen, Methoden und Möglichkeiten man hat, eine solche Anpassung vorzunehmen, geht es irgendwie ins Leere.

Ich mache noch darauf aufmerksam, dass wir neben der Frage -

(Glocke)

ich komme zum Schluss! - des Einzelhandelskonzeptes Einzelhandel in der Innenstadt und umzu jede Menge Gastronomie, Kultureinrichtungen und Büros haben, die zum großen Teil leer stehen. Das heißt, wenn wir uns über ein Einzelhandels- oder Innenstadtkonzept unterhalten, dürfen wir nicht ausschließlich auf den Einzelhandel achten, wir müssen auf andere Gewerbetreibende

achten, wir müssen auf Büros achten, und dann wird möglicherweise ein Schuh daraus, an welcher Stelle wir das Innenstadtkonzept sachlich kritisieren und in eine andere Richtung lenken. Mit diesem Antrag passiert das nicht, deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler^{*)}: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Innenstadt hat für den Senat einen ganz wichtigen Stellenwert. Wir kümmern uns nicht nur um die Innenstadt, wir haben auch ein Zentren- und Nahversorgungskonzept, und wir haben einen Schwerpunkt auf die Nebenzentren gelegt, aber die Innenstadt hat in den letzten Jahren einen besonderen Schwerpunkt erfahren. Wir haben über viele Jahre hinweg - nicht nur unter Rot-Grün, auch schon vorher - sehr viel in die Innenstadt investiert. Dies hat auch dazu geführt, dass viele private Investitionen geflossen sind. Heute ist die Bremer Innenstadt attraktiver, als sie es vor vielen Jahren war, und wir entwickeln sie weiter.

Wir haben im Maßnahmenkonzept im Wesentlichen das, Herr Kastendiek, was sie fordern. Wir haben für den Haushalt 2014/2015 die Maßnahmenprojekte in der Bremer Innenstadt dargestellt, die wir gemeinsam mit der Handelskammer, der CityInitiative und vielen anderen Unternehmen angehen. Es bleibt noch viel zu tun.

Ich glaube, wir haben hier, was die einzelnen Aspekte angeht, ein vernünftiges Konzept für die Innenstadt. Die Innenstadt ist attraktiver geworden, das sehen Sie. Es kommen mehr Menschen in die Stadt, es kommen mehr Besucher, mehr Touristen in die Stadt, die Kaufkraft steigt, auch da dürfen wir nicht nachlassen.

Es wurde gesagt, der Abgeordnete Saxe und der Abgeordnete Oppermann haben darauf hingewiesen, wir haben in den nächsten Jahren noch einen enormen Strukturwandel vor uns, gerade im Einzelhandel. Die Unternehmen müssen darauf die richtigen Antworten finden, und wir können und werden dies begleiten. Die Innenstadt ist dabei ganz wichtig, hier ist ein Aspekt, den wir schon häufiger auch in der Bürgerschaft diskutiert haben, die Entwicklung im Online-Handel macht natürlich dem stationären Handel erheblich zu schaffen, und hier müssen die Unternehmen neue Konzepte entwickeln. Wir setzen darauf, dass dies auch im Ansgariquartier klappt, dass das Leuchtturmprojekt in der Innenstadt werden soll, das, wenn es klappt, auch enorme Folgeinvestiti-

onen auslösen und die Attraktivität weiter steigern kann.

Herr Kastendiek, Sie haben darauf hingewiesen, ein Unternehmen ist hier abgesprungen, das ist richtig. Ich kann Ihnen dazu versichern, dass wir die Gründe, die dieses Unternehmen genannt hat, hier nicht zu investieren, sehr sorgfältig analysieren werden, die im Übrigen, wie uns das Unternehmen, mit dem wir im Gespräch sind, selbst gesagt hat, nicht primär mit Bremen zusammenhängen, sondern mit einer neuen Unternehmensstrategie, die wesentlich internationaler ist und weniger Investitionen in Deutschland generell bedarf.

Wir müssen aber die Argumente im Einzelnen sehr genau anschauen, was den öffentlichen Raum im Vergleich zu dem privaten Raum, die Attraktivität und das Verhältnis von Wohnen und Einkaufen angeht. All dies sind Themen, die wir sehr intensiv diskutieren, wo wir dazu beitragen wollen, dass die Innenstadt attraktiver wird.

In unserem Maßnahmenkonzept, das wir vorgelegt haben, sind Themen wie das Martiniviertel, die Langenstraße, der Jacobikirchhof aufgegriffen worden, und viele andere Projekte sind darin benannt. Wir werden vermutlich sehr große Veränderungen in den nächsten Jahren auch im Karstadt-Gebäude haben, auch das wird auf die umliegenden Bereiche Auswirkungen haben, wir haben neue Unternehmen, die sich ansiedeln, vielleicht noch zu wenige inhabergeführte Unternehmen, darauf können wir als Politik aber nicht unbedingt direkten Einfluss ausüben. Alles in allem steht die Innenstadt also genauso wie der Handel in Bremen insgesamt vor großen Wandlungen, darauf müssen wir Antworten geben.

Ich glaube, insgesamt ist die Stadt für den Handel attraktiver geworden, der Weserpark ist eine Erfolgsgeschichte, und die Waterfront, die wir ja unter dem Namen Space Park noch in krisenhafter Erinnerung haben, ist ein richtiges Erfolgsprojekt geworden mit vielen Arbeitsplätzen für die Menschen, die dort leben. Genauso muss die Innenstadt noch stärker werden, und daran arbeiten wir. Ich glaube, wir sind hier auf dem richtigen Weg. Das, was Sie fordern, machen wir zum großen Teil längst, deswegen finden wir hier wenig Neues in diesem Antrag, und der Senat wird das Innenstadtkonzept und die Innenstadtentwicklung weiterhin zum Schwerpunkt machen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Kastendiek, CDU-Fraktion.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss immer ein bisschen schmunzeln, Herr Abgeordneter Saxe, sage ich ganz ehrlich, weil Sie ein Talent haben, auf Sachverhalte und Redebeiträge einzugehen, die gar nicht gehalten worden sind, daher sind Sie sich treu geblieben. Es freut mich auch, dass Sie mit sich selbst zufrieden sind, das ist ja auch schon einmal ein erster Schritt diesbezüglich an der Stelle.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das teilt er mit Ihnen ja!)

Wenn Sie sich aber einmal, so wie ich es Ende letzter Woche gemacht habe, mit dem Sprecher der CityInitiative unterhalten - Herr Saxe, tun Sie das einmal, ich habe das Ende letzter Woche gemacht -, dann bekommen Sie ein ganz anderes Bild als das, was Sie hier schildern. Es geht hier gar nicht um Bashing, das hat letztendlich auch keiner gesagt, sondern Sie sollten sich - und das war der Gegenstand der Debatte, und deswegen sollten Sie, wenn Sie eine ernsthafte Debatte führen, sich auch an dem Inhalt und dem Fortgang der Debatte beteiligen und hier nicht vorgefertigte Redebeiträge zu einer Rede halten, die nie gehalten worden ist - schon mit den Herausforderungen, so wie es Herr Staatsrat Dr. Heseler angedeutet hat, auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU)

Was sind denn die Herausforderungen des Einzelhandels, einmal unabhängig von Wegebeziehungen? Das ist ein infrastrukturelles Problem, nur zur Erinnerung, man muss nicht zu weit nach hinten denken, wir haben hier im Jahr 2012 in der Bürgerschaft einen entsprechenden Antrag mit einem entsprechenden Konzept vorgelegt. Schauen Sie in den Protokollen nach, dann werden Sie sich daran erinnern, dass wir zu dem Thema Infrastruktur und Wegebeziehungen ein Konzept vorgelegt haben, und wir haben auch diesen Antrag schon etwas früher vorgelegt, meine lieben Freunde von der rot-grünen Koalition! Sie haben vermieden und abgelehnt, eine Verknüpfung zu einem Ihrer Anträge herbeizuführen, obwohl es sachgerecht gewesen wäre. Daher seien Sie einmal weiter mit sich zufrieden, aber damit ist leider der Innenstadt letztendlich nicht geholfen!

(Beifall bei der CDU)

Die Herausforderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsrat Dr. Heseler angedeutet hat, das ist doch der Punkt! Ob es nun E-Commerce, M-Commerce oder Social Media Marketing ist, das sind ja auch die Stichworte gewe-

sen, die wir hier im Dezember angesprochen haben, und auf die der Einzelhandel eingehen muss, und natürlich auch letztendlich die Herausforderung hinsichtlich der Aufmachung und Gestaltung, wo es dem inhabergeführten Einzelhandel schwerfällt, in der Schnelligkeit, wie sich das heutzutage verändert - Kollege Kottisch könnte das vielleicht viel besser ausführen an der Stelle -, letztendlich in dem Wettbewerb zu den Malls auf der grünen Wiese auch eine Chance zu haben. Ich finde, es wäre ein großer Fehler, die Bremer Innenstadt zu einer überdachten Mall weiterzuentwickeln, das hört man ja nach dem Motto, wir müssen einmal schauen, in welchen Wettbewerb wir eintreten. Nein, wenn wir anfangen, in den Wettbewerb mit dem Weserpark als überdachte Mall oder mit der Waterfront einzusteigen, glaube ich, würde das die Chancen der Bremer Innenstadt negieren.

Der Charakter der Bremer Innenstadt muss stärker in den Mittelpunkt gehoben werden, es muss die Chance geben, vernünftige 1B-Lagen, 2A-Lagen zu haben, und die haben wir letztendlich nicht in ausreichendem Maße. Wir haben die 1A-Lage, lang und schlapp, das können sich nur noch die Filialisten leisten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was uns fehlt, sind die 1B-Lagen, sind die 2A-Lagen, wo ein inhabergeführter Einzelhandel es auch schafft, in der Schnelligkeit auf die Anforderungen, die der Markt mit sich bringt, letztendlich auch entsprechend zu reagieren. Da sind wir der Auffassung - Sie mögen das nicht teilen, weil Sie sich ja gut finden -, dass die Ansätze in dem Innenstadtkonzept, wie vorgelegt, eben nicht ausreichend sind. Hören Sie auf, davon zu reden, dass Sie in der Deputationssitzung im September, als der Senat das Innenstadtkonzept vorgelegt hat, irgendetwas dazu gesagt haben! Sie haben nichts dazu gesagt, Sie haben es zur Kenntnis genommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und deswegen sollten Sie dann an der Stelle auch seriös bleiben, einen Fokus auf die Herausforderungen legen und nicht irgendwie mit Allgemeinplätzen hier versuchen, es schöner zu reden als es ist!

Die Herausforderungen sind skizziert. Ich fordere Sie auf, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen, und nicht rein formalistisch! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Saxe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)⁷⁾: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ja schön, dass ich Sie zum Schmunzeln gebracht habe. Mich hat es auch zum Schmunzeln gebracht, weil ich immer noch nicht weiß, was Sie eigentlich wirklich wollen. Ich vermisste das Konzept, das Sie für die Bremer Innenstadt haben. Sie haben irgendwann, soweit ich es mitbekommen habe, gesagt, Parkhaus-Mitte, da müssen wir irgendetwas anderes entwickeln, aber dabei negieren Sie, dass wir da Mietverträge haben, die bis zum Jahr 2018 laufen. Die Koalitionsfraktionen haben sehr wohl schon längst Vorschläge dazu gemacht, als sie sich mit den Innenstadtparkhäusern beschäftigt haben.

Es gibt einen massiven Strukturwandel im Einzelhandel, und wenn Sie das mitbekommen, dann müssen Sie nicht nur mit dem Sprecher der City-Initiative sprechen, sondern dann müssen Sie Kärnerarbeit machen und wirklich mit den Einzelhändlern reden, und da herrscht die nackte Angst. Das ist auch vollkommen klar, wenn bestimmte Bereiche jetzt schon 15 oder 20 Prozent Umsatzeinbußen haben, dann macht man sich Sorgen. Ich glaube aber, man muss sehen, wie man damit positiv umgeht.

Es wird in der Zukunft andere Vertriebsformen geben, es wird auch andere Flächenbedarfe geben. Deswegen jetzt einfach zu sagen, wir machen einfach so weiter, wie wir es immer gemacht haben, immer die gleichen Flächen, wie wir vorher gedacht haben, das wird nicht mehr funktionieren. Die Innenstadt wird nicht mehr genutzt werden, um Waren bereitzuhalten, also um ein überdimensioniertes Lager zu sein, es wird viel mehr Showrooms geben, wo Leute sich etwas anschauen, etwas ausprobieren, und es sich dann - das können wir als Grüne zwar bedauern - nach Hause schicken lassen, das wird immer mehr passieren. Es wird andere Ansprüche an das Erlebnis Einkauf geben. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört, vielleicht stecken Sie da auch zu wenig in der Materie, aber das ist das, was den Einzelhändlern, wenn Sie mit ihnen wirklich sprechen, Sorgen macht. Es gab die Veranstaltungen, gleich vier an der Zahl, wie gesagt, ich habe von Ihnen keinen dort gesehen, da hätten Sie diese Sorgen ganz hautnah erlebt.

Dieses Innenstadtkonzept, deswegen heißt es auch so, hat sich sehr viel weiter gehende Gedanken gemacht. Es ist auch ein Paradigmenwechsel darin enthalten, weil die Innenstadt ein wenig anders gedacht wird. Sie wird in ihren Verflechtungen mit den umliegenden Stadtteilen gedacht. Das macht auch Sinn, denn dort befinden sich etwa 80 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, und 250 000 Menschen wohnen in

unmittelbarer Nähe, die potenzielle Kunden sind. Natürlich geht es dabei auch um die Erreichbarkeit, aber eine Innenstadt ist auch ein Raum für Wohnen, Arbeit, Tourismus, Bildung, Wissenschaft und nicht zuletzt eben auch ein ganz wichtiger Freizeitraum.

Ich habe zu Beginn meiner ersten Rede gesagt, dass wir mit der Bremer Innenstadt eigentlich schon sehr gut dastehen. Das sagen die Besucherinnen und Besucher, das sagen die Bremerinnen und Bremer, die dort wirklich mit den Füßen abstimmen. Das Bessere ist die Herausforderung für das Gute, und so will ich Ihnen auch einige ganz konkrete Punkte nennen, die, glaube ich, besser werden müssen.

Ich sehe notwendige Verbesserungen an den Randgebieten der Innenstadt. Die Bahnhofstraße ist für mich ein großes Problem, da sollte eine Fußgängerzone sein. Am Wall ist ein Bereich, in dem ich große Mängel sehe, auch da sollte man schauen, wie man den weiter beruhigen kann. Die Martinstraße ist, denke ich, eine Schlucht - wir von Bündnis 90/Die Grünen kennen sie gut, wir müssen dort jeden Tag mehrfach hindurch, und man ist froh, wenn man es geschafft hat - und kein Ort zum Verweilen. Nahe dem Ansgariviertel haben wir die Bürgermeister-Smidt-Straße, das ist auch kein Ort, an dem man sich wohlfühlt. Das ist kein Boulevard. Diese Randgebiete zu verbessern, das wird eine Herausforderung sein.

Man muss die Verknüpfungen zu den anderen Stadtteilen herstellen, in denen die Menschen wohnen, die wir als Kaufende und in ihrer Freizeit in der Innenstadt haben möchten. Da sind die Verknüpfungen unglücklich, wenn man sich die Tunnel anschaut. Die Tunnel sind stets wie ein Nadelöhr, durch das man in die Innenstadt kommt. Der Gustav-Deetjen-Tunnel ist ein wirkliches Problem, oder wenn Sie in den Findorff-Tunnel hineinschauen, ist der unheimlich lang, man würde am liebsten die Augen schließen und ist froh, wenn man dort hindurch ist. Das sind natürlich Orte, die eine Barrierewirkung erzielen, und ich denke, an diesen Bereichen müssen wir arbeiten.

Ich möchte am Schluss noch einmal ganz deutlich sagen: Auch die Fußgänger- und Radanbindungen, mit denen man die Innenstadt erreicht, sind ein großes Problem bei der Erreichbarkeit der Innenstadt. Ich möchte nur Stichworte nennen: Domsheide, Schüsselkorb, Herdentorsteinweg sind große Probleme. Es geht dabei um Nahmobilität, und da müssen wir, wenn wir die Innenstadt in ihren Verknüpfungen mit den benachbarten Stadtteilen denken, besser werden. Da sehe ich tatsächlich Verbesserungsbedarf. Seien Sie mir

nicht böse, ich habe es einfach nicht erkannt, deswegen konnte ich nicht über ihr Konzept reden! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/411 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. Dr. Korol [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Stadtticket sichern und stärken

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013 (Drucksache 18/480 S)

Wir verbinden hiermit:

Stadtticket übertragbar machen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. August 2013 (Drucksache 18/370 S)

und

Stadtticket übertragbar machen!

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 12. Februar 2014 (Drucksache 18/506 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 18/370 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 27. Sitzung am 27. August 2013 an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie

überwiesen worden. Diese legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 18/506 S ihren Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)^{*)}: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heute vorliegende Antrag zum Stadtticket beziehungsweise Sozialticket, wie es früher einmal hieß, hat eigentlich schon eine sehr lange Historie. DIE LINKE hat in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 einen Antrag gestellt, das Stadtticket übertragbar zu machen, dann hat die Koalition dazu einen entsprechenden eigenen Antrag gestellt. Unser Antrag wurde abgelegt, und der Antrag der Koalition wurde angenommen. Dabei gab es an den Senat Prüfaufträge, die jetzt mit der Mitteilung des Senats beantwortet wurden. Das Ganze ist ein wenig kompliziert. Es gab noch mehrere Anträge dazwischen, aber ich denke, es gilt dort das Wort eines bekannten Zeitgenossen, der gesagt hat: Entscheidend ist, was hinten herauskommt.

Schauen wir uns einmal an, was jetzt hinten herauskommt! Ein kleines Resümee: Wir müssen feststellen, nachdem der Senat jetzt nun seine Prüfaufträge erledigt hat, ist eigentlich klar, dass das Stadtticket nicht übertragbar gemacht wird, das der Preis in Zukunft bei den normalen Preissteigerungen der BSAG angeglichen wird und wohl geprüft werden soll, ob möglicherweise einzelne Zugstrecken mit dem Stadtticket benutzt werden können. Am Ende kommt dabei heraus, dass das Stadtticket 2014 zurzeit 30,70 Euro kostete, die Mobilitätszulage bei Hartz-IV-Empfängern beträgt 24,07 Euro, das heißt, der heutige Unterschied beträgt 6,70 Euro, wenn ich das richtig sehe, nicht mit hineingerechnet die zusätzlichen Preissteigerungen der BSAG, die wohl kommen werden.

Ich spreche für DIE LINKE, wenn ich sage, dass das Stadtticket damit aus unserer Sicht ad absurdum geführt wurde, daran ist nichts Soziales mehr. Man kann es Stadtticket nennen, weil es im Grunde ein weiteres Preisangebot der BSAG mit besonderen Bedingungen ist, das ist in Ordnung. Es ist noch etwas günstiger als andere Angebote der BSAG, aber das eigentliche Ziel, dass es ein Sozialticket für sozial Bedürftige gibt, erreicht dieses Ticket nicht mehr.

Was wir hier heute erleben, das möchte ich wohl gemerkt als das doppelte Elend der Bremischen Sozialpolitik bezeichnen. Was meine ich damit?

Das erste Elend, das ich hier sehe, besteht darin, dass eigentlich alle Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen sehr wohl wissen, wie die soziale Spaltung dieser Stadt zu verhindern, zu verändern oder zumindest etwas zu bessern wäre, zum Beispiel mit solch einem Instrument wie dem Sozialticket. Doch leider muss man feststellen, dass Bremen unter dem Diktat der Schuldenbremse und der Großen Koalition in Berlin steht, die wieder einmal die Reichen und die Konzerne nicht ausreichend besteuert, und für richtige soziale Maßnahmen wird auch in Zukunft weiter das Geld fehlen. Das ist das erste Elend, denn Sie wissen genau, wie das Elend eigentlich zu beheben wäre.

Das zweite oder das doppelte Elend, um es einmal so zu nennen, ist der Umstand, dass Sie mit dem Instrument des Sozialtickets eigentlich nur die Kollateralschäden Ihrer alten Politik abzufedern versuchen, denn es ist die Politik von Rot-Grün gewesen, besonders bei der Einführung der Hartz-I- bis Hartz -IV-Gesetze, die überhaupt erst einen besonderen Anteil der Armut per Gesetz geschaffen hat, den wir heute in dieser sozial gespaltenen Stadt mühsam wieder aufzufangen versuchen. Aus Sicht der LINKEN folgt daraus ganz deutlich, dass es am Ende des Tages nur eine zielführende Forderung geben kann, und die kann immer nur heißen: Hartz IV muss weg! Das ist für uns die Grundessenz, und die ist auch nicht weiter verhandelbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist leider so, auch das muss ich hier feststellen, dass das momentane Stadtticket aus Geldmangel einfach keine nennenswerte soziale Komponente hat. Ich kann das verstehen, wenn man der Schuldenbremse und der Politik der Großen Koalition in Berlin folgen möchte, dann ist dafür einfach kein Geld vorhanden.

Wir sagen ganz deutlich - und das ist unsere Meinung als LINKE -, Ihnen scheinen nach wie vor Rettungsschirme für Banken wichtiger zu sein als Rettungsschirme für Menschen. Sie werden auch weiterhin Reiche und Konzerne nicht in der entsprechenden Weise besteuern, wie es für die Kommunen notwendig wäre.

Ich kann abschließend leider nur feststellen, dass das Stadtticket eben kein Sozialticket ist, sozial ist daran gar nichts mehr. Das, was Sie immer großartig als Armutsbekämpfung im Mund führen, das sind einfach nur leere Worte. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Kollegin Wendland, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Möhle [SPD])

Was sagst du?

(Abg. Möhle [SPD]: Frau Präsidentin!)

Frau Präsidentin, ich möchte mich in aller Form entschuldigen! Ich fange noch einmal an: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, es ist ein großer politischer Erfolg, dass wir in unserer Stadt Bremerinnen und Bremern, die wenig Geld zur Verfügung haben, Mobilität ermöglichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die rot-grüne Koalition ist angetreten, um den sozialen Zusammenhalt in Bremen zu stärken, und dieser zeigt sich auch darin, dass jede Bremerin und jeder Bremer am öffentlichen Leben teilnehmen kann. Dafür ist Mobilität unverzichtbar, sie ist die Voraussetzung für soziale Kontakte. Besonders für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist es nicht einfach, sich in der Stadt frei zu bewegen, nicht jeder Weg ist mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu bewältigen. Viele Menschen, die wenig oder gar kein Einkommen haben, leben in innenstadtfernen Stadtteilen, in Tenever, in der Vahr, in Gröpelingen, dort, wo die Mieten vergleichsweise günstig sind, daher müssen sie besonders weite Wege zurücklegen, um bestimmte Angebote wahrnehmen zu können. Ihnen steht oft auch kein Auto zur Verfügung. Um überhaupt mobil sein zu können, sind diese Bremerinnen und Bremer zwingend auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Mit dem Stadtticket federn wir, und zwar Rot-Grün, Armutsfolgen ab.

Der gesetzliche Regelsatz der Grundsicherung für Erwachsene erfordert, dass sich die Menschen die Ausgaben für Mobilität vom Munde absparen müssen, da der monatliche Regelsatz leider immer noch viel zu gering ist, weil er viel zu gering berechnet worden ist. Das wollen wir nicht akzeptieren. Wir blicken daher auf die neue Bundesregierung, und wir fordern sicherzustellen, dass der Regelsatz in Zukunft menschenwürdig und verfassungskonform nach oben angepasst wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Bremen gehört für Rot-Grün die Bereitstellung von bezahlbarer Mobilität zu den sozialen Verpflichtungen eines Gemeinwesens, und solange die neue Bundesregierung hier nicht handelt, übernimmt Rot-Grün soziale Verantwortung. Es ist eine große Kraffanstrengung, das Stadtticket als eine freiwillige Leistung, und zwar trotz der Haushaltskonsolidierung in Bremen, dauerhaft abzusichern. Bereits im Jahr 2010, im Jahr der Einführung des Stadttickets, haben 75 000 Bremerinnen und Bremer dieses Angebot genutzt. Im Jahr 2012 waren es bereits 100 000 Menschen mehr, also circa 175 000 Menschen, im Dezember des Jahres 2013 nahmen 198 000 Bremerinnen und Bremer das Stadtticket in Anspruch. In den Haushaltsentwürfen sind für die Jahre 2014 und 2015 jeweils 2,8 Millionen Euro vorgesehen, hinzu kommen noch 0,5 Millionen Euro pro Jahr, die die BSAG zur Verfügung stellt.

Die hohe Nachfrage nach dem Ticket bestätigt unsere Politik. Trotzdem stellt sich die Frage, ob durch eine Verbesserung des Tickets noch mehr Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen für das Ticket gewonnen werden können. Deshalb hat Rot-Grün im Dezember 2012 einen Antrag eingereicht, zu dem jetzt die Mitteilung des Senats vorliegt, die wir heute diskutieren.

Der rot-grüne Antrag wurde mit den Stimmen der LINKEN verabschiedet. DIE LINKE ist dann irgendwann auf die Idee gekommen zu sagen, wir wollen uns auf die Übertragbarkeit des Stadttickets fokussieren. An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass Sie einen Einzelfall nehmen, um auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Wenn Sie das gemeinwohlorientiert nennen, dann frage ich mich, ob Sie in dieser Sache einen klaren Durchblick haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zum Antrag von Rot-Grün! Wir haben uns die Frage gestellt, ob durch eine Verbesserung des Tickets noch mehr Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen gewonnen werden können. Das Angebot könnte noch näher an die Bedürfnisse herangerückt werden. Deswegen haben wir vom Senat einen Prüfbericht gefordert, der uns heute vorliegt. Im Bericht geht es insbesondere um die Mitnahmemöglichkeit, um das Familienticket, um Übertragbarkeit und die Abschaffung des Nachtlinienzuschlags. Diese Punkte wurden in den Blick genommen, und die Kosten wurden berechnet. Der Senat hat dann nach umfangreicher Prüfung entschieden, der Bürgerschaft nicht den Vorschlag zu machen, das Stadtticket auszuweiten, da die Leistungen, so die Aussage des Senats, ausschließlich über die

Nutzer finanziert werden mussten, das Stadtticket würde viel teurer werden.

Eine persönliche Anmerkung zum Schluss! Gerade Familien- und Kinderarmut ist eines unserer sehr großen Probleme, und deshalb sollten wir diskutieren, ob wir nicht eine Möglichkeit finden, die Mobilität der Familien mit Kindern zu erhöhen. Gerade für diese Menschen im Sozialleistungsbezug muss es auch möglich sein, sich bei einer gemeinsamen Freizeitgestaltung im Stadtgebiet frei bewegen zu können, und außerdem ist in diesen Familien das Geld besonders knapp.

(Glocke)

Zum Schluss, ganz klar, für Rot-Grün hat Priorität, das Stadtticket dauerhaft abzusichern. Das ist eine sozialpolitische Maßnahme, auch um Armutfolgen abzusichern. Wir ermöglichen damit vielen Bremerinnen und Bremern ein Mindestmaß an Mobilität. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ryglewski, Fraktion der SPD.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Frau **Ryglewski** (SPD)¹⁾: Wenn Sie sich entschieden haben, dann verwende ich auch die korrekte Anrede!

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Liebes Präsidium!)

Gute Anregung! Liebes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall und Heiterkeit - Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat aus der Mitteilung des Senats beginnen: „Die sozialen Teilhabemöglichkeiten jedes Einzelnen benötigen immer ein Mindestmaß an persönlicher Mobilität, da soziale Aktivitäten oftmals räumlich voneinander getrennt sind.“ Dieses Zitat aus der Mitteilung des Senats war für die rot-grüne Koalition der Grund für die Einführung des Stadttickets. Die Kollegin Wendland hat es gesagt, für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, ob Menschen die Möglichkeit haben, die ganze Stadt für sich zu erkunden, sie sich zu eigen zu machen, oder ob wir sie auf ihren Stadtteil und ihr unmittelbares Wohnumfeld beschränken.

Viele teure Kultureinrichtungen und Festivitäten, für die wir viel Geld ausgeben, liegen in der Innenstadt. Es ist daher nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage, ob man die Ressourcen, die man ausgibt, auch jedem Menschen zugänglich macht. Ich sage ganz klar, wir als Fraktion der SPD, aber auch als Koalition insgesamt, stehen daher weiter voll und ganz hinter dem Stadtticket.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch ganz bewusst, das sind uns die 2,8 Millionen Euro pro Jahr wirklich wert, das ist Geld, das wir gern ausgeben!

(Beifall bei der SPD)

Das Stadtticket ist eine freiwillige Leistung, aber wir sind davon überzeugt, dass Mobilität ein Grundrecht ist, das jedem zusteht.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Jawohl!)

Der Bedarf zeigt sich auch an den stets steigenden Nutzerzahlen, immer mehr Menschen kaufen es.

Wir haben heute von der LINKEN gehört, dass das Stadtticket so, wie es jetzt gestaltet ist, für sie nicht ausreichend ist. Zum Schluss hat sich Herr Erlanson noch zu der Aussage verstiegen, dass wir es auch abschaffen könnten. Dazu sage ich: Die Haltung, es gibt nichts Richtiges im Falschen, ist immer schön und gut, aber das ist eine Haltung, die man sich auch leisten können muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage ganz klar, dass die vielen Menschen in Bremen, die das Stadtticket in Anspruch nehmen, sich diese Haltung nicht leisten können. Für sie ist es ein Unterschied, ob ein Stadtticket, dessen Preis leider über dem für Mobilität vorgesehenen Anteil im Regelsatz liegt, zur Verfügung steht oder ob ein reguläres Ticket gekauft werden muss. Von daher stehen wir weiter hinter dem Stadtticket.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon sehr interessant, dass sich in diesem Hause eine Koalition von links bis nach rechts bildet, wenn es um das Stadtticket geht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch noch einmal gern an den Antrag der CDU, der mittlerweile zurückgezogen wurde, in dem gefordert wurde, die Arbeitsfähigkeit der Begegnungsstätten in Bremen dadurch sicherzustellen, dass man in einem Halbsatz - mehr war es wirklich nicht! -,

gesagt hat, lasst uns das doch mit der Abschaffung des Stadttickets finanzieren.

Ich finde diese Art und Weise, wie hier Bedürftigkeiten gegeneinander ausgespielt werden, schlicht unwürdig. Ich möchte darüber auch nicht mehr viele Worte verlieren, Sie haben den Antrag schließlich zurückgezogen, auch wenn ich nicht davon ausgehe, dass dies aus Einsicht geschehen ist, sondern weil es uns als rot-grüner Koalition gelungen ist, im Haushalt für die Jahre 2014 und 2015 beides finanziell darzustellen. Wir als rot-grüne Koalition spielen Bedürftige nicht gegeneinander aus.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Mitteilung des Senats! Wir begrüßen, dass der Senat den Vertrag mit der BSAG in ein unbefristetes Vertragsverhältnis überführt hat. Insofern möchte ich auch an dieser Stelle die Aussagen des Kollegen Erlanson kritisieren, der gesagt hat, dieser Antrag hatte uns gar nichts gebracht. Wir haben für die Menschen, die das Stadtticket in Anspruch nehmen, sichergestellt, dass das Stadtticket als Angebot auch erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich bedauern wir, dass es finanziell nicht darstellbar ist, den Preis des Stadttickets zu halten, und wir bedauern auch - und auch das gehört dazu -, dass es nicht möglich ist, eine Art Familienticket einzuführen und das Stadtticket so auch weiter attraktiv zu machen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine kleine Kritik an den Senat richten: Es hätte uns durchaus sehr gefreut, wenn wir diese Mitteilung des Senats beziehungsweise den Bericht zum Stadtticket früher erhalten hätten, sodass wir auch noch innerhalb der Haushaltsberatungen darüber hätten diskutieren können, ob uns das Stadtticket nicht vielleicht noch ein bisschen mehr Geld wert ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir aber sicher, dass das Thema heute nicht vom Tisch ist. Wir werden genau im Auge behalten, dass die Attraktivität des Stadttickets nicht verloren geht, und wir erwarten auch weiterhin Berichte über die Annahmehzahlen und das, was bei weiteren Preissteigerungen passieren soll, weil man bei einem Preis von 30 Euro auch sehen muss, dass es dann nicht über den Preis ausblutet.

(Glocke)

Einen Satz noch, um es noch einmal festzuhalten: Für uns ist soziale Mobilität ein Grundrecht. Wir wollen, dass auch Menschen mit einem geringen Einkommen die ganze Stadt zur Verfügung haben und nicht nur die Straße, in der sie leben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert, Fraktion der CDU.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade, weil ich die Bemühungen des Bremer Senats und auch der Bürgerschaft, mit dem Stadtticket zu helfen, wirklich anerkennenswert finde, finde ich es auch wichtig zu erklären, warum wir uns Ihrer Sichtweise über Hilfe nicht so richtig anschließen können.

Mindestens knapp 3 Millionen Euro wird Bremen demnächst Jahr für Jahr das Stadtticket ausgeben. Erwerben können es Menschen, die von Grundsicherungsleistungen leben - nicht so, wie Sie es eben immer wieder betont haben, Menschen, die wenig Geld haben -, das betrifft wirklich nur die Menschen, die von Grundsicherungsleistungen leben. In der sogenannten Hartz-IV-Leistung ist zum Beispiel eine monatliche Pauschale von ungefähr 25 Euro für Mobilität enthalten, davon können sich viele Betroffene keine normale Monatsfahrkarte für 56,70 Euro leisten. Doch auch viele arbeitende Menschen haben nur wenig Geld. Sie sind jedoch vom Erwerb des Stadttickets ausgeschlossen, weil sie mit ihrem Verdienst ein paar Euro über der Grundsicherung liegen.

(Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie schon einmal etwas vom Jobticket gehört!)

Bei einer Familie mit Kindern kommen für die Monatsfahrkarten gegenüber einem Hartz-IV-Empfänger so schnell über 50 Euro, 60 Euro oder noch mehr zusammen. Aus diesem Grund finden wir die bisherige Regelung überhaupt nicht gerecht, sondern eher zutiefst ungerecht und auch unsozial, nur aus anderen Gründen als denen, als Herr Erlanson es vorhin dargestellt hat.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollten das ganz streichen in den Haushaltsberatungen!)

Nun hat der Senat vernünftigerweise beschlossen, den Zuschuss für die einzelnen Tickets nicht mehr zu erhöhen. Das darf aber nicht darüber

hinwegtäuschen, dass der Zuschuss bei steigendem Verkauf einzelner Tickets insgesamt natürlich trotzdem steigen muss. Bis Ende des Jahres 2015 werden nach bisheriger Planung insgesamt mindestens 9 Millionen Euro in das Stadtticket investiert worden sein. Mit den 9 Millionen Euro hat man den Menschen zwar irgendwie geholfen, aber hat diese Hilfe auch einen nachhaltigen Effekt? Die CDU hat sich bereits im Jahr 2011 gegen das Stadtticket ausgesprochen, weil schon damals absehbar war, was passieren wird.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Das haben wir nicht vergessen!)

Es ist sozial ungerecht, es ist teuer, und es hilft den Menschen kaum, ihre Lebenssituation von der Arbeitslosigkeit hin zur Arbeit zu verändern.

Wenn man wie Bremen chronisch zu wenig Geld hat, dann muss man sich gut überlegen, wofür man es ausgibt. Solche sozialen Aktionen, die ich, ehrlich gesagt, an sich gut finde und die ich auch gern starten würde, weil sie die Menschen ohne Zweifel erfreuen und ihnen das Leben leichter machen, kann man aber nur starten, wenn man auf der anderen Seite zum Beispiel auch genug Geld für einen qualitativ guten Ausbau der Kinderbetreuung oder für die Schulen hat. Geld kann man bekanntlich nur einmal ausgeben.

Frau Senatorin Stahmann sagte im Januar hier in dieses Mikrofon: „Mit dem Geld, im Portemonnaie, das wir haben, müssen wir die besten Maßnahmen erreichen.“ Genauso sehen wir das auch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das Rad mit dem Stadtticket zurückzudrehen, ist wegen der inzwischen hohen Bedeutung für die Nutzer unbestritten schwierig und auch sicher nicht einfach machbar, aber dass DIE LINKE immer noch höhere Investitionen fordert, können wir nicht nachvollziehen. Wir fragen uns, wie viele Kinder mithilfe der 9 Millionen Euro wesentlich intensiver vorbereitet in das Schulleben starten könnten, um dann später selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Beides parallel zu verwirklichen, scheint in Bremen nicht machbar, ich würde mich wirklich freuen, wenn es so wäre.

Die CDU-Fraktion würde gern mit Ihnen gemeinsam über gute, alternative Regelungen für Menschen in besonders, herausfordernden Lebenssituationen nachdenken. Eine Krankheit, auch ein regelmäßiges Ehrenamt oder vielleicht auch der Flüchtlingsstatus, es gibt Zeiten oder Situationen, in denen eine besondere Unterstützung in Mobilitätsfragen angesagt sein kann. Die Arbeitssuche

kann im Übrigen nicht das Argument für das Ticket sein, denn Transferleistungsempfänger, die wegen der Arbeitssuche mobil sein müssen, können die notwendigen Fahrten mit dem Jobcenter abrechnen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal deutlich sagen, dass sich viele arbeitende Bremerinnen und Bremer gegen ein normales Monatsticket entscheiden müssen, weil es ihnen mit 56,70 Euro einfach zu teuer ist. Viele laufen zu Fuß oder fahren mit dem Rad und kaufen bei Bedarf Einzelfahrscheine, weil es so für sie immer noch viel günstiger ist. Das ist die Wirklichkeit für ganz viele Menschen in unserer Stadt. Die meisten von ihnen leben sogar relativ gut damit, denn außer, dass sie Geld sparen, tun sie auch etwas für die Fitness.

Wir lehnen den Antrag der Linksfraktion zur Übertragbarkeit des Stadttickets ab und stimmen dem Bericht der städtischen Deputation für Bau, Umwelt und Verkehr zu. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ryglewski, Fraktion der SPD.

Abg. Frau **Ryglewski** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich, ehrlich gesagt, gerade noch einmal einen Moment sammeln. Frau Grönert, ich habe da vorhin Dinge gehört, da passen für mich einige Sachen nicht zusammen! Sie sagen einerseits, wir tun zu wenig für Menschen in schwierigen Lebenslagen, andererseits sagen Sie aber, das, was wir tun, sei falsch, man könnte Menschen auch anders unterstützen. Sicherlich! Wir sind ja auch nicht hier angetreten und haben behauptet, dass das Stadtticket sämtliche soziale Probleme dieser Stadt löst. Das zu behaupten, wäre ja auch vermessen, aber ich glaube, sowohl die Kollegin Wendland als auch der Kollege Erlanson und ich haben deutlich gemacht, dass es gerade beim Thema Mobilität um eine ganz wesentliche Sache in unserer Gesellschaft geht, nämlich um Teilhabe.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Thema Teilhabe geht es eben nicht in erster Linie darum, dass man jemandem ermöglicht sich auf Arbeitssuche zu begeben oder ihm in seiner schwierigen Situation hilft, sondern es geht einfach darum, dass jemand an Gütern und an Dingen, die uns allen hier zur Verfügung stehen, teilhaben kann, dass er sie genauso nutzen kann, wie irgendjemand anderes. Jemand, der nicht die

Möglichkeit hat, von Gröpelingen in die Innenstadt zu fahren, und bei dem der Museumsbesuch gar nicht am Eintritt scheitert, sondern schon daran, dass er sich schlichtweg die Fahrt in die Stadt nicht leisten kann, der kann auch an diesen Dingen nicht teilhaben. Deswegen haben wir dieses Stadtticket eingeführt, und deswegen haben wir gesagt, Mobilität ist ein Grundrecht.

Wir haben darauf hingewiesen, dass das Stadtticket eine freiwillige Leistung ist, aber wir dürfen auch Freiwilligkeit und Almosen nicht miteinander verwechseln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss ganz ehrlich sagen, bei Ihrem Beitrag hatte ich zwischendurch das Gefühl, dass genau diese beiden Begriffe miteinander vermischt worden oder durcheinandergeraten sind. Uns geht es darum, dass jeder in dieser Stadt die Möglichkeit hat, an dieser Stadt teilzuhaben, zu partizipieren und überall hinzufahren. Natürlich wissen wir, dass das in bestimmter Hinsicht unzureichend ist, natürlich werden wir Armut mit dem Stadtticket nicht beheben, natürlich geht es in erster Linie darum, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, damit sie auch in der Lage sind, ihr Leben eigenverantwortlich zu bestreiten, aber wir müssen doch auch im Blick haben, dass Menschen, die dazu aktuell nicht in der Lage sind, auch die Möglichkeit haben, Freizeitaktivitäten in Anspruch zu nehmen, dass sie einfach einmal sagen können, Mensch, ich will am Sonntag mit den Kindern in den Bürgerpark fahren, weil es da schön grün ist, und ich will auch einmal etwas anderes sehen als meine Straße hier vor der Haustür. Genau das müssen wir doch auch im Blick haben.

Ich würde mir deshalb wirklich wünschen, dass wir vielleicht an dieser Stelle irgendwann in diesem Hause auch eine gewisse Einigkeit darüber erzielen, weil ich eigentlich finde, das ist gar nicht zu viel verlangt, dass man an der Stelle zu einer gemeinsamen Auffassung kommt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte an meine Vorrednerin anschließen: Auch für den Senat ist die persönliche Mobilität jedes Menschen eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, und die wollen wir ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schwierige und individuelle Lebensumstände und Krisen dürfen in einer sozialen Marktwirtschaft nicht dazu führen, dass sich Menschen allein aufgrund fehlender Mobilitätschancen nicht mehr am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Ich bin da in voller Übereinstimmung mit denjenigen von Ihnen, die dies auch betont haben. Das Stadtticket sichert genau ein solches Mindestmaß an persönlicher Mobilität.

Die bisherige Entwicklung - Frau Wendland hat die Zahlen genannt - zeigt, dass das Stadtticket von den Menschen gut angenommen wird. Der Senat sieht das Stadtticket deshalb als Erfolg an. Ich sage auch, es ist eine Errungenschaft. Wir haben hier wirklich etwas geschaffen, und das sollten wir auch wertschätzen. Der Senat setzt sich deshalb für eine dauerhafte Fortführung des Stadttickets ein, auch wenn das einen erheblichen, wir haben darüber gesprochen, finanziellen Kraftakt erfordert.

Die Beschränkungen, die sich auch aus unserer Haushaltsnotlage ergeben, führen dazu, dass das Stadtticket nicht in vollem Umfang so ausgestaltet werden kann, wie allein aus sozialpolitischen Gründen wünschenswert wäre, das heißt, wir müssen einen Kompromiss zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren eingehen. Wir hatten gleichwohl den Auftrag der Bürgerschaft mit konkreten Vorschlägen, die wir prüfen sollten. Wir haben sie tatsächlich ernsthaft geprüft.

Wir haben die Untersuchung durchgeführt, die Ihnen zugegangen ist, und wir haben es uns anschließend nach der Abwägung mit unserem Vorschlag nicht leicht gemacht. Es ist aber im Ergebnis so, dass alle untersuchten Varianten, das Stadtticket weiterzuentwickeln, zu einer deutlichen Erhöhung der notwendigen Ausgleichsbeträge der Stadtgemeinde an die BSAG geführt hätten, entweder weil die Zahl der berechtigten Personen stark ansteigt, wie zum Beispiel durch die Erweiterung des Nutzerkreises auf alle Personen mit einem niedrigen Monatseinkommen, oder weil wir zusätzliche Leistungen aufgenommen hätten.

Herr Erlanson, Sie haben gesagt, wir hätten das Stadtticket ad absurdum geführt und könnten es deswegen abschaffen. Ich glaube, diese These kann man ganz einfach ad absurdum führen. Ich habe gesagt, die knapp drei Millionen Euro pro Jahr plus eine halbe Million Euro der BSAG sind ein erheblicher Kraftakt. Wenn es wirklich so absurd ist: Was passiert denn, wenn ich hier öffentlich darüber nachdenken würde, das Stadtticket tatsächlich abzuschaffen? Es käme sofort zu ei-

nem Sturm der Entrüstung, und dann würden wir sehen, wie wichtig das Stadtticket für viele Menschen dieser Stadt ist. Deswegen bitte ich, auch hier ein bisschen Ernsthaftigkeit in der Debatte walten zu lassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für eine weitere Erhöhung, meine Damen und Herren, der Kosten um 2,8 Millionen Euro in den Haushalten 2014/2015 plus die halbe Million der BSAG, die dann wieder in den Verlustausgleich, der von meinem Ressort geleistet wird, einfließt, sodass man den Betrag letztlich hinzurechnen kann, haben wir im Moment keine Handlungsspielräume. Wir müssten leider, das sage ich ganz ausdrücklich, um den Abstand zu den normalen Kosten der Tickets nicht weiter anwachsen zu lassen, dann auch Preissteigerungen bei den regulären BSAG-Tickets vornehmen. Die Grundphilosophie ist, wir wollen den Zuschuss konstant halten, damit das Stadtticket langfristig finanzierbar bleibt. Das ist das Wichtige, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus diesen Gründen verfolgt der Senat die von der Bürgerschaft angeregte Auswertung des Stadttickets nicht weiter, sondern wir verstetigen den aktuell gültigen Leistungsumfang, denken aber auch über eine Weiterentwicklung nach. Wenn wir jetzt über einen Tarif für eine Stadt nachdenken, dann denken wir auch darüber nach, wie dann auch Stadtticketnutzer in geeigneter Weise hier hoffentlich auch in den Genuss kommen können. Wir haben - und ich bin dankbar, dass das hier auch angemerkt wurde - tatsächlich mit der BSAG einen unbefristeten Vertrag, auch das ist etwas Neues, sodass wir nicht jedes Jahr neu um die Fortführung des Stadttickets zittern müssen, sondern wir haben es jetzt dauerhaft gesichert.

Frau Grönert, ich habe am Ende nicht verstanden, was Sie wollen - wollen Sie es abschaffen, wollen Sie es verbilligen, wollen Sie es mehr Nutzern zugänglich machen, oder wollen Sie das Geld für andere Zwecke ausgeben -, das muss ich Ihnen ganz offen sagen. Ich glaube, wir sollten einfach anerkennen, dass wir hier eine gute Maßnahme haben. Die wollen wir verstetigen, die wollen wir beibehalten. Es ist ein Beitrag zur Teilhabe, es ist ein Beitrag zur sozialen Mobilität. Meine Damen und Herren, auch wenn wir uns mehr wünschen würden, wir können in Bremen nicht alle Probleme lösen, die der Bund nicht löst. Es gibt bestimmte Dinge, die müssen auf Bundesebene geschehen.

Wir haben hier das neu gegründete Bündnis für sozialen Zusammenhalt. Ich denke, wir müssen auch im Bereich der Armutsprävention einfach mehr machen, auch dann werden wir hier zu Entlastungen kommen. Deswegen setze ich auch große Hoffnungen darauf, dass wir mit diesem neuen Verfahren, uns mit der Armutsprävention auseinanderzusetzen, Fortschritte machen, dann sollte das Stadtticket auch auf Dauer finanzierbar bleiben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich sehe, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse nun zuerst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/370 S abstimmen.

Wer diesem Antrag der Fraktion DIE LINKE seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Dr. Korol [BIW])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist abgelehnt.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/480 S, und dem Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie, Drucksache 18/506 S, Kenntnis.

Baumbestand in Bremen nachhaltig weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Januar 2014
(Drucksache 18/495 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bremen ist eine grüne Stadt, eine Großstadt mit einem relativ großen Baumbestand und vielen Grünflächen. Das ist sehr gut, und wir wollen, dass es so bleibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bremerinnen und Bremer lieben ihre Bäume. Es gibt in Bremen 300 000 öffentliche Bäume, davon 70 000 Straßenbäume. Bäume sind zum Glück in Bremen auch emotional besetzt. Die Bremerinnen und Bremer sorgen sich um die Bäume, sie wehren sich gegen Baumfällungen. Das ist gut so, denn das führt dazu, wie zum Beispiel jetzt im Viertel am Sielwall und Osterdeich, dass neue Technologien angewendet werden, um Bäume bei unumgänglichen Straßenbaumaßnahmen zu erhalten. Wenn dort am Ende Bäume gefällt werden mussten, um die getrauert worden ist, denke ich, ist das trotzdem gut.

Warum ist es gut, wenn man sich um Bäume kümmert? Bäume steigern in städtischen Räumen die Lebens-, Aufenthalts- und Wohnqualität, aber es hat nicht nur etwas mit Ästhetik zu tun, sondern sie sorgen für ein gutes Mikroklima durch ihre Verdunstungen, sie spenden Schatten. Es ist nicht trivial, wenn wir uns die Folgen des Klimawandels ansehen und uns vermehrt mit Hitze in der Stadt im Sommer beschäftigen müssen, dann ist ein angenehmes Mikroklima absolut notwendig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bäume erhöhen die Luftqualität durch das Filtern von Staub, sie produzieren Sauerstoff, das ist, glaube ich, jedem bekannt, der Lärm wird durch Bäume verringert, und sie bieten natürlich Tieren Lebensräume und tragen zur Artenvielfalt der Stadt bei.

Wir haben hier vor drei Monaten gemeinsam die Nachpflanzung von Straßenbäumen debattiert, Sie erinnern sich sicherlich daran, wie wir Sie finanzieren können, wenn der Umweltbetrieb Bremen dies aus seinen eigenen Haushaltsmitteln in den nächsten zwei Jahren nicht gewährleisten kann, da - und da waren wir uns auch alle einig, dass es ein wichtiges Thema ist - erst einmal die Verkehrssicherheit gewährleistet sein muss. Als

dieser Debatte resultierte dieser Antrag. Wir wollen und müssen den Erhalt des städtischen Baumbestandes sichern, dies ist eine wichtige Aufgabe, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gefahren für die Gesundheit der Bäume sind zum einen die häufiger werdenden Trockenperioden und Starkwindereignisse sowie der Einsatz von Auftausalzen im Winterdienst. Daher fordere ich, dass man endlich anfängt, nicht nur die Symptome zu bekämpfen, nämlich kranke Bäume zu fällen und nachzupflanzen, sondern endlich auch die Ursachen für die Baumschäden, nämlich das vermehrte Ausbringen von Streusalz in großen Mengen, zu bekämpfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

30 Prozent der Straßenbäume sind durch Streusalz geschädigt. Das beeinträchtigt nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern verursacht auch jedes Jahr enorme Kosten. Daher, meine Damen und Herren, muss man endlich einmal daran und das Übel an der Wurzel packen. Eine Beschädigung der Baumrinden durch parkende Autos stellt ebenfalls ein Risiko für die Stadtbäume dar, ein anderes großes Problem sind Baumschäden durch Baustellenaktivitäten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu unserem Antrag! Manchmal ist aufgrund von Verschiebungen und wegen unserer langen Tagesordnungen in der Bürgerschaft einiges in den Anträgen überholt. Das finde ich erst einmal gut so, denn es zeigte, dass an den Problemen gearbeitet wird, wenn Forderungen schon umgesetzt werden oder worden sind, bevor wir hier die Tagesordnung abgearbeitet und die Anträge beschlossen haben. Insofern sind die Punkte 1 und 2 des Antrags bereits erfüllt. Wir haben in der Deputation Gelder aus der Wasserentnahmegebühr für die Nachpflanzung von Straßenbäumen bereitgestellt. Außerdem wurde ein Baumpatenchaftsprogramm inzwischen aufgelegt und schon mit etlichen Spenden von Privatleuten und Firmen mit Leben erfüllt. An dieser Stelle, meine Damen und Herren, möchte ich mich für die wirklich schnelle Realisierung des Patenprogramms beim Umweltbetrieb Bremen und vor allen Dingen auch bei den Spenderinnen und Spendern der Bäume bedanken! Machen Sie weiter so! Es ist gut angelegtes Geld in städtisches Grün und gleichzeitig ein super Beitrag zum Klimaschutz und für ein gutes Klima in der Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichwohl haben wir den Antrag aufrechterhalten, da die anderen Punkte noch aktuell sind. Wir wollen ein Konzept, in dem die Pflegerückstände, der zukünftig zu erwartende Pflegeaufwand und die damit verbundenen Kosten dargestellt werden. Der Umweltbetrieb Bremen arbeitet derzeit daran, aber es gilt immer noch, Informationen einzuholen, um uns ein wirkliches Bild über die Pflegerückstände zu machen. Wir wollen, dass der gesamte öffentliche Baumbestand erfasst wird. Wir wollen aber vor allen Dingen, dass bei Nachpflanzungen Arten verwendet werden, die besonders robust und nicht so anfällig sind, die nicht so schnell Schaden nehmen und den zukünftigen klimatischen Bedingungen sowie Luftschadstoffen angepasst sind.

Wir brauchen dringend einen besseren Baumschutz, zum Beispiel durch die Minimierung des Streusalzeinsatzes, aber auch durch das Aufstellen von Baumschutzbügeln. Wir wollen, dass Anwohnerinnen und Anwohner besser über anstehende Fällarbeiten, Ersatzpflanzungen und die Möglichkeiten des Baumpatenchaftsprogramms informiert werden. Deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen, denn Baumschutz ist Klimaschutz. Baumschutz spart Kosten für Neuanpflanzungen, Baumschutz verbessert das innerstädtische Klima, und Baumschutz ist ein Beitrag zur Wohn- und Lebensqualität. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk, Fraktion der SPD.

Abg. **Gottschalk** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es werden zusätzliche Mittel bereitgestellt, um abgängige Bäume zeitnah nachzupflanzen. Wir freuen uns, dass dies möglich ist, und wir haben diese Maßnahme gern unterstützt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abgängige Bäume zeitnah nachzupflanzen, genügt allerdings nicht. Um den Baumbestand in der Stadt Bremen nachhaltig, ich betone nachhaltig, weiterzuentwickeln, bedarf es mehr. Für die SPD sind deshalb drei Punkte in dem vorliegenden Antrag besonders wichtig. Erstens: Der Bestand an Bäumen muss in angemessener Weise gepflegt werden, und dies muss sichergestellt werden. Das heißt, es sind regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Totholz und Bäume, die zum Verkehrsrisiko werden, müssen beseitigt werden,

damit kein Unglück passiert. Das alles erfordert einen erheblichen personellen Aufwand und kostet erhebliche Summen Geld. Dieser finanzielle Bedarf, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird in den nächsten Jahren automatisch weiter steigen, denn der Baumbestand wird im Durchschnitt älter und höher, und er bedarf deshalb mehr Kontrolle und Pflege.

Vor dem Hintergrund der Haushaltsnotlage muss deshalb geklärt werden, wie wir ein neues Gleichgewicht von Neuanpflanzungen und der notwendigen Pflege von Bäumen hinbekommen. Dieses Gleichgewicht war zuletzt nicht mehr gegeben. Deshalb sollte das Nachpflanzen eigentlich ausgesetzt werden, um die entstandenen Rückstände aufzuarbeiten. Solche Rückstände dürfen zukünftig nicht mehr entstehen. Das gebietet die Pflicht zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit. Wenn wir in den letzten 10 Jahren rund 10 000 neue Straßenbäume angepflanzt haben, dann ist das sehr erfreulich, aber es muss geklärt werden, wie es zukünftig weitergehen soll. Wo liegt unser Ziel für die Zahl der Straßenbäume? Wie viele Bäume wollen und können wir uns leisten, also in angemessener Weise pflegen, und wie viel Geld wird uns das perspektivisch eigentlich kosten? Diese Fragen müssen beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite, für uns besonders wichtige Punkt ist: Wir dürfen nicht nur die 70 000 Straßenbäume im Blick haben, wir müssen auch die anderen Bäume im öffentlichen Besitz mit bedenken. Das sind noch einmal rund 220 000 Bäume. Die positive Seite dabei: Das Gros dieser Bäume bedarf nicht derselben Intensität der Kontrolle und Pflege wie die Straßenbäume. Die negative Seite: Das vorhandene Wissen über diese anderen Bäume ist lückenhaft. Es gibt nur mehr oder weniger grobe Schätzungen über ihren Zustand und über die möglichen Pflegerückstände. Auch diese Bäume stehen aber vielfach an Plätzen, an denen sie zu einem ernststen Risiko für die Verkehrssicherheit werden können, zum Beispiel an Kinderspielplätzen. Es ist deshalb wichtig und dringend, dass diese Informationslücken geschlossen werden, also der gesamte öffentliche Baumbestand erfasst und in ein Pflegekonzept eingebunden wird. Das ist der zweite wichtige Punkt.

Der dritte für uns besonders wichtige Punkt sind die Herausforderungen, die der Klimawandel für den Baumbestand mit sich bringt. Wir wissen, dass das innerstädtische Grün von hoher Wichtigkeit für das Mikroklima in der Stadt ist. Wir wissen, dass es in seiner Bedeutung weiter zunehmen wird. Wir wissen aber auch, dass die Klimaerwärmung neuartige Risiken für den vorhandenen

Bestand an Bäumen mit sich bringen wird. Eine der zentralen Fragen ist deshalb: Welche Art von Bäumen muss in den nächsten Jahren in welcher Verteilung neu angepflanzt werden, um in 30, 40 oder noch mehr Jahren ein möglichst widerständiges Grün in der Stadt zu haben, ein Grün, das möglichst effektiv zum Binnenklima, zum Mikroklima in dieser Stadt beiträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Fragen sind alles andere als trivial. Sie sind auch nicht neu, aber eines sollten wir vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir jetzt geführt haben, doch auch festhalten: Diese Fragen verdienen jetzt mehr Aufmerksamkeit, und das wollen wir mit dem vorliegenden Antrag erreichen. Deshalb bitten auch wir um Ihre Zustimmung! - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff, Fraktion der CDU.

Abg. **Imhoff** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut mich, liebe Grüne, dass Sie nun doch noch, zumindest, die Bäume betreffend, zu Ihrer grünen Seele zurückgekehrt sind und die 1 400 Bäume, die jedes Jahr sterben und nicht nachgepflanzt werden sollten, nun doch nachpflanzen wollen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Rupp [DIE LINKE]: Das steht eben nicht darin!)

Wir freuen uns, dass Sie unsere Kritik ernst nehmen und auch nach Lösungen suchen und diese auch finden wollen. Die Stadt lebt von unseren Bäumen, von unseren Parks und von unseren Grünanlagen. Ich meine, da sind wir uns hier alle einig, und das haben Sie auch schon in Reden in der Vergangenheit betont. Dass die Haushaltslage in zwei Jahren besser ist, um dann Bäume nachzupflanzen, war eine Fehlannahme. Deshalb ist es richtig, dass Sie Ihr eigenes Handeln oder das Handeln des Ressorts noch einmal überdenken.

Wir müssen jetzt alle handeln und müssen jetzt Lösungen finden. Die Idee mit den Baumpatenschaften ist in Ordnung. Ich bin gespannt, wie sich dieses Projekt entwickeln wird, weil ich nicht glaube, dass wir für 1 400 Bäume, die wir im Jahr ungefähr nachpflanzen müssen, komplett Baumpatenschaften finden. Grundsätzlich ist es in Ordnung, wenn es Menschen und Firmen gibt, die bereit sind, sich für Bäume einzusetzen. Man sollte diese Hilfe in Anspruch nehmen. Ob diese

Idee von Erfolg gekrönt ist, das habe ich eben schon gesagt, bleibt noch offen.

Mich würde aber noch einmal interessieren - Sie haben gesagt, es soll aus einer Haushaltsstelle bezahlt werden -, aus welcher Haushaltsstelle Sie das genau bezahlen wollen. Sie haben eben gerade einen Vorschlag gemacht, nämlich die Einnahmen aus der Wasserentnahmegebühr.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist in der Deputation beschlossen worden! Das haben wir alle beschlossen!)

Ich will es hier aber gern noch einmal von dem Senator hören, das ist dann vielleicht noch einmal offizieller. Es wäre insofern schön, wenn er das gleich auch noch einmal bestätigen könnte. Wir brauchen langfristige Lösungen für den Erhalt der Bäume, und wir wollen das Thema nicht alle zwei Jahre neu diskutieren.

Ich komme gleich zum dritten Punkt Ihres Antrags, dem wir grundsätzlich zustimmen können, denn es geht ja nicht nur um die Straßenbäume, die wir hier in Bremen haben, sondern es geht auch um die Bäume des öffentlichen Grüns. Hier schwimmen wir praktisch ohne Kompass auf einem Ozean, und deswegen müssen wir etwas unternehmen. Dazu steht auch etwas im Antrag, wie eben schon erklärt.

Deswegen können wir den meisten Ziffern zustimmen, bis auf Ziffer 3 d, in der dargelegt wird, dass der Streusalzeinsatz im Stadtgebiet reduziert werden soll. Das halte ich für fahrlässig. Wir beantragen deshalb zu diesem Punkt eine getrennte Abstimmung. Wir müssen nämlich sicherstellen, meine Damen und Herren, dass die Menschen in Bremen auch bei Glätteis noch einigermaßen sicher von A nach B kommen. Schon heute wird in Wirklichkeit nur noch auf den Hauptverkehrswegen und Hauptverkehrsstraßen gestreut, und deswegen kann man jetzt nicht sagen, das wollen wir auch noch reduzieren.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber auf den Gehwegen!)

Insofern haben wir da eben eine andere Meinung.

Trotzdem finden wir den Antrag insgesamt relativ gut, weil Sie Ihre eigenen Fehler erkannt haben. Der Streusalzminimierung stimmen wir nicht zu, und deswegen bitten wir um getrennte Abstimmung! - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als im November letzten Jahres bei der Betriebsausschusssitzung des Umweltbetriebs Bremen ein Konzept zur Baumpflege vorgelegt wurde, war es im doppeltem Sinne ein gelinder Schock, als klar wurde, dass ungefähr 1 400 Bäume gefällt werden müssen und nicht nachgepflanzt werden sollen.

Erstens: Es wurde klar, dass es einen Pflegerückstand gibt, insbesondere bei den Straßenbäumen in Bremen, und das ist für die Verkehrssicherheit alles andere als gut. Zweitens: Notwendige Bäume können nicht nachgepflanzt werden. Wir wissen - in diesem Hause besteht dazu Einigkeit -, dass Bäume alles andere als schmückendes Beiwerk oder Verkehrshindernisse sind. Sie haben ganz unterschiedliche Aufgaben, das wurde des Öfteren gesagt: Sie sind gut für das Mikroklima, sie spenden Schatten, sie sind Lebensraum für alle erdenklichen Tiere. Es gibt also eine Menge Gründe, weshalb man eigentlich Bäume, auch Straßenbäume, braucht.

Es ist einfach nicht hinzunehmen, dass eine grüne Stadt wie Bremen irgendwann sagt, zwei Jahre brauchen wir jetzt einmal nicht nachzupflanzen! Das sind 1 400 Bäume weniger. Unter dem Strich, prozentual gesehen, wären das vielleicht nicht so viele gewesen, aber aller Erfahrung nach entsteht dann an einer bestimmten Stelle eine große Lücke. Die Bäume, die gleichzeitig gepflanzt werden, haben oftmals nämlich das Problem, dass sie eben gleichzeitig absterben, und möglicherweise müssen dann mehrere Bäume gleichzeitig gefällt werden.

Diese Tatsache hat in diesem Hause in gewisser Weise für einen gewissen Aufruhr gesorgt. Schnell wurde deutlich, dass dieses Konzept so eigentlich nicht gewollt ist und dass dieses Haus eigentlich daran arbeiten muss, dass das so auch nicht wahr wird. Das finde ich in Ordnung.

Wir haben in der Vergangenheit schon einmal einen Antrag eingebracht, dass der Umweltbetrieb Bremen entsprechend in die Lage versetzt werden muss, seinen Aufgaben nachzukommen, und wir haben in der Debatte in der Aktuellen Stunde auch gefordert, dass diese Bäume tatsächlich nachgepflanzt werden. Diese Absicht besteht nun.

Jetzt liegt ein Antrag der Fraktionen vom Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vor, der zum einen noch einmal bestätigt, wie wichtig die Bäume sind, und zwar nicht nur die Straßenbäume, sondern

auch alle anderen, und der bestätigt, dass ein Pflegedefizit besteht. Bekannt ist allerdings nicht so genau, in welcher Höhe Mittel aufzuwenden sind. Im Gutachten des Umweltbetriebs Bremen stehen schon ziemlich genaue Zahlen. Vielleicht ist aber noch nicht der komplette Umfang des Pflegerückstands bekannt, sodass nur ein Teil des Pflegerückstands in Zahlen, in Bäumen und in Euro in dem Bericht erwähnt werden konnte.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nur für Straßenbäume, aber nicht für andere!)

Wir wissen, welches Defizit bei den Straßenbäumen vorhanden ist, bei den anderen Bäumen gibt es unglücklicherweise noch Nachholbedarf. Ich finde es in Ordnung, dass man jetzt sagt, das müssen wir ändern.

Mein Kollege von der CDU hat gerade gesagt, die Koalition habe sich entschlossen, dass diese 1 400 Bäume nachzupflanzen sind. Das steht nicht in dem Antrag. In dem Antrag steht, wir wollen es nachhaltig weiterentwickeln. Kollege Gottschalk hat auch deutlich das Verhältnis zwischen vorhandenen Mitteln und nachzupflanzenden Bäumen hergestellt.

Der Antrag ist von der rot-grünen Formulierung geprägt, die eigentlich alle Optionen offen lässt: Aus der Notwendigkeit heraus sind bestimmte Bäume zu fällen, nicht zu fällen oder nachzupflanzen, und das wird dann vor dem Hintergrund des Haushaltsnotstandes als nachhaltig definiert. Man muss schon einmal genauer lesen, was in dem Antrag steht. Trotzdem finde ich es in Ordnung, dass man jetzt sagt, wir müssen uns dem widmen.

Wir werden die Ziffern 2 und 3 des Antrags unterstützen. Der Ziffer 1 stimmen wir nicht zu. Wir haben nichts gegen Baumpatenschaften, aber was mich persönlich und auch meine Fraktion ein wenig stört, ist, dass man den Eindruck erweckt, ein solches Konzept könnte öffentlich notwendige Dienstleistungen in irgendeiner Weise ersetzen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ergänzen!)

Das funktioniert meines Erachtens nicht, und es ist kein Ersatz. Es ist auch in der Summe kein Ersatz für eine, wie Sie sagen, nachhaltige, ich sage, dauerhafte Sicherung des Baumbestands. Das ist keine Garantie dafür. Ich sage einmal, das hat ein bisschen etwas von Feigenblatt und von Alibi. Deswegen sagen wir, Baumpatenschaften kann machen, wer will. Ein Konzept zu Baumpatenschaften zu beschließen, das möglicherweise

nach drei Monaten vorgelegt werden wird, finde ich eher überflüssig.

Ich mache noch darauf aufmerksam, dass dieser Antrag eine für uns ganz entscheidende Lücke hat. Das Kontrollieren und das Beschneiden der Bäume, die Herstellung der Verkehrssicherheit und das Nachpflanzen ist nicht nur eine Frage des Geldes. Dazu braucht man Leute, die das können. Beim Umweltbetrieb Bremen gibt es dafür mittlerweile zu wenig Mitarbeiter, und es werden jedes Jahr weniger. Wenn wir also auf der einen Seite ein Konzept zur nachhaltigen Entwicklung haben wollen, dann brauchen wir auch ein Personalkonzept für den Umweltbetrieb Bremen, das ihn personell in die Lage versetzt, diese Arbeit auch durchführen zu können.

Wir wissen, die Kolleginnen und Kollegen werden älter und scheiden irgendwann aus. Es gibt eine Generationenlücke. Es werden eher zu wenig Leute neu eingestellt, und wir haben dann möglicherweise irgendwann das Problem, dass zwar Geld zur Verfügung steht, um die Bäume zu kontrollieren und nachzupflanzen, dass wir die Arbeit aber möglicherweise an Fremde vergeben müssen, weil wir es selbst nicht mehr im Griff haben, weil die Mitarbeiter im Umweltbetrieb Bremen nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Ich beantrage getrennte Abstimmung. Wir werden der Ziffer 1 nicht zustimmen, den Ziffern 2 und 3 stimmen wir zu. Wir werben noch einmal dafür, dass die Personalsituation des Umweltbetriebs Bremen nicht außer Acht gelassen wird, wenn man sich Gedanken über die Umsetzung des Konzepts macht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal kann man in diesem Haus den Eindruck gewinnen, dass der Grad der Aufregtheit in der Debatte umgekehrt proportional ist zu dem Ausmaß der ungelösten Probleme, die wir versuchen, miteinander zu lösen.

Wir haben eine sehr gute Situation. Ich denke, Frau Schaefer hat es gesagt. Wir haben vor drei Monaten über das Thema hier intensiv diskutiert. Ich habe viele Zahlen genannt, die ich nicht alle

noch einmal nennen werde. Ein paar kann ich Ihnen heute nicht ersparen, aber wir sind in der schönen Situation, dass wir tatsächlich die ersten zwei Punkte dieses Antrags schon abgearbeitet haben.

Ich will Ihnen sagen, wo wir stehen, es ist ja danach gefragt worden, die Zahlen noch einmal: Wir haben in Bremen 220 000 Bäume in Parks und 70 000 Straßenbäume, das sind 26 000 mehr als vor drei Jahrzehnten! Das heißt, in Bremen hat die Zahl der Bäume immens zugenommen, und das macht auch einen großen Teil des lebenswerteren Lebensgefühls hier aus.

Das Ressort, das muss ich auch noch einmal sagen, hat zu keinem Zeitpunkt entschieden, Bäume nicht nachpflanzen zu wollen. Da erinnern sich einige hier in diesem Haus ganz falsch. Es hat im Betriebsausschuss des Umweltbetriebs Bremen eine Erörterung gegeben, während der deutlich wurde, dass aus den Haushaltsmitteln des UBB die vollständige Nachpflanzung in den zwei Jahren, in denen man den Fokus auf die Verkehrssicherung legen muss, nicht möglich sein wird. Das ist einzig und allein alles. Dann sind die Ideen und Anstöße gegeben worden zu schauen, wie wir dies auf andere Weise finanzieren können. Die Mehrkosten, von denen wir bei 700 Fällungen pro Jahr sprechen, also 1 400 Bäume in zwei Jahren, das entspricht zwei Prozent des gesamten Baumbestandes, wurden damals auf 1,6 Millionen Euro beziffert. Ich möchte Ihnen jetzt sagen, wie wir das finanzieren wollen. Herr Imhoff, Sie haben danach gefragt! Wir haben es geschafft, außerplanmäßig aus dem Sondervermögen Infrastruktur/Teilvermögen Grün 400 000 Euro von diesen 1,6 Millionen Euro, die wir für die vollständige Nachpflanzung benötigen, bereitzustellen. Diese können wir aus Haushaltsmitteln des Ressorts nicht weiter erhöhen.

Wir haben aber - Frau Schaefer hat es gesagt - per Deputationsbeschluss aus den Mitteln der Wasserentnahmegebühr jeweils 380 000 Euro über zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Damit bleibt für die zwei Jahre noch eine Lücke von 170 000 Euro pro Jahr. Das entspricht 212 Bäumen, die wir über Patenschaften gewinnen wollen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diese gewinnen werden. Ich selbst habe ja eine solche Pflanzung im Bremer Westen vorgenommen, und ich habe gemerkt, welche Resonanz das in der Straße hervorruft. Menschen kommen aus ihren Häusern, schauen und fragen: Wie kann ich mich beteiligen? Menschen denken sich Aktivitäten aus, stellen in einer Gaststätte eine Spendendose auf, damit man sich auch mit kleineren Beiträgen als 50 Euro beteiligen kann. Das bürgerschaftliche

Engagement bezüglich der Bäume hier in Bremen ist ungeheuer groß, und dafür bin ich außerordentlich dankbar. Ich bin sicher, dass wir es auf diesem Weg auch schaffen werden, diese Bäume tatsächlich zu pflanzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was die Pflegerückstände angeht, hat der UBB für die Straßenbäume bereits die Grundlage geliefert. Die Pflegerückstände mit dem Abarbeitungskonzept und den finanziellen Ressourcen sind tatsächlich in der Betriebsausschusssitzung am 1. November 2013 vorgelegt worden. Zurzeit werden die Grundlagen für die Bäume in Grün- und Parkanlagen, auf Schulgrundstücken, Kinderspielplätzen und dergleichen erarbeitet. Das ist arbeitsintensiv, das gebe ich zu, das braucht ein bisschen Zeit, aber es wird jetzt erarbeitet.

Was die Erfassung der Bäume betrifft, die Ziffer 3 b des Antrags: Alle rund 70 000 Straßenbäume in Bremen sind mittlerweile mit ihren individuellen Stammdaten erfasst. Im Jahr 2014 wird dieses Kataster um den Pflegezustand, die Verkehrssicherungskontrollen und die Baumarbeiten, die gemacht werden, ausgeweitet, sodass wir erstmals eine vollständige Dokumentation für alle relevanten Daten bei den Straßenbäumen in diesem Jahr haben werden. Diese Daten werden auch die Grundlage sein, um die systematische Pflege zu organisieren und vor allen Dingen zu vermeiden, dass kein erneuter jahrzehntelanger Pflegerückstand aufwachsen kann. Das wird aufgrund dieses Katasters, dieser Erfassung nicht mehr möglich sein. Wir werden es merken, wenn dort ein Delta entsteht, und man wird frühzeitig gegensteuern können, sodass sich die Probleme in der Zukunft so nicht wiederholen werden.

In den Grün- und Parkanlagen sind die Baumbestände bisher nur in Gruppen flächenhaft erfasst. Eine vollständige Stammdatenerhebung ist dort aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich, aber auch nicht erforderlich, weil man in waldartigen Gebieten nicht bei jedem Baum den gleichen Verkehrssicherungsanspruch anwenden muss. Es wird deshalb ein abgestuftes Konzept für die Grün- und Parkanlagen geben.

Dass wir auf klimaresistente Baumarten achten, ist selbstverständlich, meine Damen und Herren. Da arbeiten die Fachleute meines Hauses mit dem UBB auf der Grundlage der Empfehlungen des Arbeitskreises Stadtbäume bei der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz eng zusammen. Wir arbeiten auch mit innovativen Baumschulen zusammen, die uns mit entsprechend resistenten Arten versorgen, um eine möglichst große Vielfalt

an geeigneten Straßenbäumen zur Verfügung zu stellen.

Streusalz ist ein großer Stressfaktor für die Bäume. Das haben wir oft genug hier erörtert. Wir arbeiten im Moment daran und werden das zu gegebener Zeit dann hier auch noch einmal diskutieren, wie wir den Streusalzeinsatz künftig auch auf gesetzlicher Grundlage noch weiter reduzieren. Wir bereiten eine Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes vor, und ich freue mich schon, dass wieder der Vorwurf der Verbotspartei kommen wird. Wir stehen dazu, dass wir Streusalz für die falsche Maßnahme halten

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und werden deswegen entsprechende Regelungen diesem Hause zur Beschlussfassung vorschlagen.

Was die Information bei den Baumfällungen angeht, nehmen wir das außerordentlich wichtig. Das hohe Engagement der Bremerinnen und Bremer zeigt sich auf der anderen Seite in der großen Sensibilität, wenn Baumbestände gefällt werden müssen, weil sie anders nicht zu erhalten sind. Wir tun ja auch schon sehr viel, ich muss das noch ganz kurz, auch wenn Sie jetzt unruhig werden, sagen, denn ansonsten muss man wirklich konkret sagen, was noch fehlt bei den Informationen, die wir anbieten. Auf der Homepage des UBB wird ausführlich über die Gründe von Baumfällungen informiert. In der Kundenzeitschrift des UBB, „ökocity“, welche eine Auflage von 200 000 Exemplaren hat, erscheinen regelmäßig ausführliche Artikel über Baumpflege, Baumfällungen und Verkehrssicherheit. Auf der Homepage wird auch eine nach Straßennamen geordnete ständig aktualisierte Fällliste veröffentlicht, mittels derer sich jede Bürgerin und jeder Bürger Informationen über zu fällende Bäume und Nachpflanzungen einholen kann. Die aktuellen Fälllisten werden an die Ortsämter weitergeleitet, sodass auch die Beiräte die Informationen bekommen.

Vor größeren Fällmaßnahmen werden regelmäßig in den Bezirken Pressetermine mit dem Ortsbeirat und Anwohnerinnen und Anwohnern durchgeführt, bei denen die Fachleute direkt vor Ort Schäden an den Bäumen und die notwendige Maßnahmen erläutern. Bei ausgewählten Fällungen gibt der Umweltbetrieb Bremen Pressemeldungen heraus, und bei Nacharbeiten an Bäumen werden Hauswurfsendungen verteilt.

Meine Damen und Herren, ich finde, es ist schon ein ganz umfassendes Informationsangebot. Man kann sich immer noch etwas Zusätzliches ausdenken, man muss aber dann auch wirklich schauen, was der UBB noch leisten kann, was wir noch leisten können oder inwieweit es dann auch Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger ist, sich selbst zu informieren, wenn sie an diesem Thema Interesse haben. Wenn es gute Vorschläge gibt, werden wir diese auch weiter aufgreifen, wenn sie finanzierbar und umsetzbar sind.

Ich glaube, es geht Bremen gut. Bremen ist eine grüne Stadt, Bremen bleibt eine grüne Stadt. Wir werden die Bäume nachpflanzen, und ich freue mich, dass wir das auf diesem Wege erreichen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die gemeinsame Beratung geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es ist hier getrennte Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zuerst über die Ziffer 1 abstimmen.

Wer der Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Dr. Korol [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 1 zu.

Ich lasse jetzt über die Ziffer 3 d abstimmen.

Wer der Ziffer 3 d seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Dr. Korol [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 3 d zu.

Nun lasse ich über die restlichen Ziffern abstimmen.

Wer den restlichen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den restlichen Ziffern zu.

(Einstimmig)

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2011

Mitteilung des Senats vom 20. November 2012 (Drucksache 18/256 S)

Wir verbinden hiermit:

Jahresbericht 2013 der Freien Hansestadt Bremen - Stadt - des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 25. April 2013

(Drucksache 18/324 S)

und

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2011 (Mitteilung des Senats vom 20. November 2012, Drucksache 18/256 S) und zum Jahresbericht 2013 - Stadt - des Rechnungshofs vom 25. April 2013 (Drucksache 18/324 S)

vom 24. März 2014

(Drucksache 18/526 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über die Entlastung des Senats, Drucksache 18/256 S, abstimmen.

Wer dem Senat gemäß Paragraf 114 Absatz 1 in Verbindung mit Paragraf 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung erteilen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat Entlastung.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 18/526 S, abstimmen.

Wer den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 18/526 S, beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Jahresbericht 2013 des Rechnungshofes, Drucksache 18/324 S, und von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 18/526 S, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit sind wir an das Ende unserer Tagesordnung gekommen.

Ich bedanke mich und schliesse die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19.02 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft am 25. März 2014 nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte:

	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
13	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 52 (mit Vorhabenplan 52) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Farger Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Farger Straße - südlich Betonstraße - rückseitig Richard-Taylor-Straße - Wegeverbindung zwischen Farger Straße und Rackelsweg <p>Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2014 (Drucksache 18/508 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 52.</p>
14	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum</p> <ul style="list-style-type: none"> - nördlich Lesumer Heerstraße - östlich Eichenhof - südlich Friedehorstpark - westlich Brunnenhofstraße <p>Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2014 (Drucksache 18/509 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 56.</p>
16	<p>Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen</p> <p>Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014 (Drucksache 18/516 S)</p>	<p>Entscheidung entsprechend des Wahlvorschlags.</p>
20	<p>Sechster Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)</p> <p>Mitteilung des Senats vom 11. März 2014 (Drucksache 18/521 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft nimmt den Bericht zur Kenntnis.</p>
21	<p>Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr.26 vom 19. März 2014</p> <p>(Drucksache 18/525 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.</p>